

Ausweitung des Ukrainekriegs nach Mitteleuropa – Lösungsansätze, wie sich Ostdeutschland herausziehen kann

von Joachim Wernicke, Berlin

15. September 2023

Inhalt

Kurzfassung

Die Grenzsperrung *Berliner Mauer*, mit der sich die ostdeutsche Besatzungszone DDR 1961 von der westdeutschen Besatzungszone *Bundesrepublik* abgeriegelt hatte, öffnete sich im November 1989, im Zuge einer friedlichen demokratischen Revolution in der DDR. Dies war für die Menschen in Europa zugleich das befreiende Signal, dass der jahrzehntelange *Kalte Krieg* zwischen den USA und der Sowjetunion beendet war, damit auch die Rollen von deren feindlichen Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt. Die Aufbruchstimmung strebte zu der gesamteuropäischen Friedensordnung von Lissabon bis zum Ural.

Doch es kam anders. Seit 2022 tobt in Europa ein Krieg, offiziell zwischen dem völkerrechtswidrig angreifenden Russland und der Ukraine, tatsächlich aber eine zwangsläufige Folge des Vorrückens der NATO nach Osten. So beliefern die USA und deren Gefolgsstaaten die Ukraine mit zunehmend wirksameren Waffen, mit dem erklärten Ziel, Russland durch militärischen Sieg zu „ruinieren“. Deutschland dient als Drehscheibe für die Rüstungsströme und für das US-Kommando. Verhandlungen über einen Waffenstillstand scheinen unerwünscht. Damit wächst die Gefahr, dass der Krieg sich nach Mitteleuropa ausweitet, mit dem erwartbaren Ziel Russlands, das US-Militär aus Europa zu vertreiben, d.h. vor allem aus Deutschland. Technisch erscheint dies möglich, allerdings auf Kosten ziviler Verwüstung.

Obwohl die deutsche Vereinigung drei Jahrzehnte zurückliegt, treten zunehmend Gegensätze zwischen deren beiden Teilen hervor: Im Ostteil, der *Ex-DDR*, ist die Einschätzung zur deutschen Rolle im Ukrainekrieg kritischer. Die sechs ostdeutschen Bundesländer genießen in Alleinstellung einen völkerrechtlichen Schutz durch den 2+4-Vertrag von 1990: für ausländisches Militär gesperrt und atomwaffenfreie Zone. Diese Sonderrolle ermöglicht als *Glücksfall* einen Fächer von Lösungsansätzen dafür, dass sich Ostdeutschland *aus eigener Kraft* aus der drohenden Kriegsgefahr auf deutschem Boden ausklinken kann:

- **Militärsperre.** Den 2+4-Vertrag einhalten: NATO-Militärtransporte durch oder über die Ex-DDR unterbinden.
- **Atomwaffenfrei.** Gemäß 2+4-Vertrag atomwaffenfähige Großwaffen in oder über der Ex-DDR unterbinden.
- **Rotkreuz-Schutzzonen.** Entmilitarisierte Rotkreuz-Schutzzonen in den Ex-DDR-Ländern bestimmen und anmelden.
- **Dialog statt Waffen.** Bestehende Russland-Kontakte für Gespräche über einen Ukraine-Waffenstillstand nutzen.
- **Niemals Angriff durch die NATO.** Von *allen* NATO-Staaten die – bisher fehlende – Zusicherung einholen: *niemals* NATO-Waffenexplosionen auf Ex-DDR-Gebiet! Freunde bombardieren einander nicht.
- **Atomwaffenverbotsvertrag.** Mit Berufung auf die einstige UN-Mitgliedschaft der DDR als Ex-DDR dem Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 beitreten.
- **Deutsche Verfassung.** Ostdeutsche Initiative, die – bis heute fehlende – deutsche Verfassung zu schaffen, die im 2+4-Vertrag vorausgesetzt ist. Dabei wäre der Reform-Verfassungsentwurf der DDR von 1990 einzubringen – wenigstens für das Gebiet der Ex-DDR, mit dem friedensorientierten Grundtenor: Politische Probleme sind *niemals* durch Militärgewalt lösbar, und Demokratie und Militäreinsätze passen nicht zusammen.

Diese sieben Vorschläge werden beschrieben und in Folgekapiteln näher begründet, entlang ihren historisch-politischen Hintergründen, vor allem den militärisch-industriellen Einflüssen auf die Außenpolitik der USA und der spannungsreichen jüngeren deutschen Zeitgeschichte.

1. Lösungsansätze für Ostdeutschland
 - 1.1 Militärsperre
 - 1.2 Atomwaffenfrei
 - 1.3 Rotkreuz-Schutzzonen
 - 1.4 Dialog statt Waffen
 - 1.5 Niemals Angriff durch die NATO
 - 1.6 Atomwaffenverbotsvertrag
 - 1.7 Deutsche Verfassung
2. Antriebskraft US-Militärpolitik
 - 2.1 Rasanter Feindbildwechsel 1945
 - 2.2 Neue Rolle der US-Truppen
 - 2.3 Drehscheibe Westdeutschland
 - 2.4 Militärisch-industrieller Komplex der USA
 - 2.5 „NATO-Nachrüstung“
 - 2.6 Wirtschaftliche Klemme der Sowjetunion
 - 2.7 Sonderrolle von BRD und DDR
3. Erst Reform, dann Staatsstreich
 - 3.1 Friedliche Revolution in der DDR
 - 3.2 Regie aus den USA
 - 3.3 USA und BRD gegen den Rest
 - 3.4 Bündnis zweier „Irrläufer“
 - 3.5 Schnelligkeit
 - 3.6 Befehl Grundgesetz
 - 3.7 James Madisons Trick
 - 3.8 Artikel 146 oder 23?
 - 3.9 Zusammenspiel Kohl-Bush
 - 3.10 Erfolgreich, aber verzagt
 - 3.11 Wunderwaffe D-Mark
 - 3.12 Freie Wahl
 - 3.13 Zwei Morde
 - 3.14 Nicht einen Zoll
 - 3.15 Reise nach Camp David
 - 3.16 Nichts gewesen
 - 3.17 Zwei plus Vier
 - 3.18 Feilschen in letzter Minute
 - 3.19 Gorbatschows Geheimnis
 - 3.20 Auftrag erfüllt
4. NATO-Osterweiterung
 - 4.1 Ab 1997 Vollgas
 - 4.2 Der Weg in den Ukrainekrieg
 - 4.3 Imperium oder Selbstverteidigung?
 - 4.4 Deutsche Schuld
 - 4.5 Kriegsziel Rüstungsumsatz
 - 4.6 Restebasar
 - 4.7 Atomkrieg?
5. Schutz der Ex-DDR
 - 5.1 Russisches Angriffsziel Ex-BRD
 - 5.2 Deutschland ist nicht mehr kriegsfähig
 - 5.3 Schutzglocke 2+4-Vertrag über der Ex-DDR
 - 5.4 Deutsche Brüche des 2+4-Vertrags
 - 5.5 Die Rest-DDR
 - 5.6 Länder gegen Bund
 - 5.7 Rotkreuz-Schutzzonen und mehr
 - 5.8 Echte Demokratie mordet nicht
 - 5.9 Die DDR-Reformverfassung von 1990
 - 5.10 Frieden und Klima
 - 5.11 Jugendbegegnung als Sicherheitspolitik
 - 5.12 Dezentralität als Personenschutz

Quellen und Anmerkungen

1. Lösungsansätze für Ostdeutschland

Ostdeutschland ist seit dem Zweiten Weltkrieg das Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone *Deutsche Demokratische Republik (DDR)* mit der Viersektorenstadt Berlin in der Mitte. Seit der deutschen Vereinigung von 1990 umfasst es die sechs „neuen“ Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin, zusammen knapp ein Drittel der Fläche und mit 16 Millionen etwa ein Fünftel der Einwohner Deutschlands. Dessen größeren Teil *Westdeutschland* bilden die zusammengefassten ehemaligen westalliierten (amerikanisch-britisch-französischen) Besatzungszonen, genannt *Bundesrepublik Deutschland (BRD)*.

Das neu vereinte Deutschland wurde 1990 Mitglied des von den USA befehligten Militärbündnisses NATO, aber mit zwei wesentlichen Unterschieden Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland:

- Gemäß dem 2+4-Vertrag von 1990 zwischen BRD, DDR plus den 4 Siegermächten [1] hat Ostdeutschland einen besonderen militärischen Status: Dort darf kein nicht-deutsches Militär stationiert oder „verlegt“ werden, ebenso keine Atomwaffen und dafür geeigneten Trägermittel.
- Im russisch-ukrainischen Krieg seit 2022 lehnt in Ostdeutschland die überwältigende Mehrheit die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine ab, in Westdeutschland denkt so nur eine Minderheit [2].

Im Ukrainekrieg spielt Deutschland eine wichtige Rolle: Russland griff die Ukraine an, völkerrechtswidrig. Wenig beachtet, waren unter den Ursachen für den Krieg deutsche Fehlverhalten, darunter Brüche des 2+4-Vertrags. Die Ukraine erhält in dem Krieg wachsende westliche Waffen- und Zieldatenunterstützung, über Deutschland als Drehscheibe, mit der erklärten westlichen Absicht, Russland in eine Niederlage zu zwingen. Die Erfolgsaussicht dieser Absicht ist anzuzweifeln. Vielmehr ist mit letztendlich massiver militärischer Gegenwehr Russlands zu rechnen. Um einen strategischen Atomkrieg USA-Russland sicher zu vermeiden, wäre aber solche russische Gegenwehr nicht gegen das Kernland der USA zu erwarten, sondern gegen NATO-Europa.

So ist das Geschehen in der Ukraine zunehmend zu einem Stellvertreterkrieg geworden, zwischen einerseits den USA und deren NATO-Gefolge und andererseits Russland. Ausgefochten wird der Krieg bisher nur auf ukrainischem Boden. Aber die Befehlszentralen und die Masse des US-Militärs in Europa befinden sich in Westdeutschland. Die deutsche Regierung duldet dies, aus unklaren Gründen. Aus russischer Bewertung dürfte sich also Deutschland im Ukrainekrieg zu einer wichtigen Kriegspartei gegen Russland gemacht haben. Somit wächst die Gefahr von Krieg auf deutschem Boden.

Rein technisch erscheint es durchaus möglich, dass Russland zu einem zukünftigen Zeitpunkt die Militärpräsenz der USA in Europa lähmt und somit beendet, durch einen konventionellen Überraschungsangriff mit einer massiven Salve nicht abwehrbarer Hyperschall-Präzisionsgeschosse auf die US-Stützpunkte und NATO-Infrastruktur in Deutschland. Die unvermeidlichen Begleitschäden würden zumeist deutsches Zivilgebiet treffen.

In dem Bemühen, solches Geschehen wenigstens für Ostdeutschland, die *Ex-DDR*, zu verhindern, tritt als *Glücksfall* deren oben beschriebene Sonderrolle in den Vordergrund. Dabei geht es um auch heute noch bestehende ostdeutsche Pflichten aus dem 2+4-Vertrag, verbunden mit Rechten auf Sicherheit, die als Schutzglocke für die *Ex-DDR* wirken.

Vorausgesetzt ist allerdings, dass die Landesregierungen der ostdeutschen Bundesländer diesen Schutz für ihre Bevölkerungen aktiv – und am besten gemeinsam – beanspruchen. Überwältigende Mehrheiten dürften bei solchen Maßnahmen hinter ihren Landesregierungen stehen, notfalls unterstützt durch Bürger-

initiativen zu Volksabstimmungen, die – anders als auf Bundesebene – auf Landesebene zulässig sind. Dabei ginge es jeweils um Gesetzesentwürfe, deren Annahme durch Volksentscheid die Landesregierungen direkt binden.

Die für die ostdeutschen Länder aus dem 2+4-Vertrag naheliegenden eigenen Sicherheitsmaßnahmen wirken zugleich dämpfend auf die Kriegseskalation: Kaschiert durch moralische Propaganda, geht es in Konflikten zwischen Industriestaaten *immer* hauptsächlich um Geld für Großunternehmen. Ein Ausklinken der *Ex-DDR* würde die Geld- und Waffenströme in Europa bremsen – und damit auch den Ukrainekrieg.

Mit dem Ziel, dass es *niemals* zu Krieg in der *Ex-DDR* kommt, nachfolgend der Vorschlag von sieben einschlägigen Handlungsmöglichkeiten der ostdeutschen Landesregierungen, gestützt auf die (wohl gesicherte) Annahme, dass die eigene, teils noch *DDR*-sozialisierte Bevölkerungsmehrheit in der Frage der Kriegsvermeidung engagiert hinter ihrer jeweils friedensorientierten Landesregierung steht, und auf die (vielleicht falsche) Annahme, dass die NATO-orientierte amtierende Bundesregierung sich gegen solche Landesaktionen stellen würde.

1.1 Militärsperre

Der 2+4-Vertrag enthält das Verbot, in Ostdeutschland nicht-deutsches Militär zu stationieren oder zu „verlegen“. Dabei liegt gemäß Artikel 5 des Vertrags und einer zugehörigen Protokollnotiz [1] die Entscheidung, ob ein Militärvorgang erlaubt ist oder nicht, bei der Regierung des vereinten Deutschland, also der Bundesregierung. Dabei gilt allerdings eine Einschränkung: Vor dem Stationieren oder „Verlegen“ nicht-deutschen Militärs und Rüstungsmaterials durch oder über die *Ex-DDR* muss die Bundesregierung dafür gesorgt haben, dass die „Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei“ berücksichtigt sind.

Solche tatsächlich auftretenden, also kritischen Fälle sind etwa nicht-deutsche Militärflugzeuge über der *Ex-DDR*, im Rahmen von NATO-Bewegungen, und im Ukrainekrieg der Durchtransport nicht-deutschen Rüstungsmaterials und Militärs in die Ukraine, durch oder über die *Ex-DDR* hindurch. Diese Vorgänge sind geschehen und wurden in den Leitmedien berichtet. Also versäumt die Bundesregierung im Fall Russlands ihre Einschränkung gemäß 2+4-Vertrag, solchen Transporten nicht zustimmen zu dürfen. Das heißt, die Bundesregierung bricht den Vertrag. Russland könnte zu Recht bemängeln, dass die Bundesregierung solche Militärbewegungen über *Ex-DDR*-Gebiet nicht sperrt.

Russische Beschwerden darüber sind bisher nicht bekannt geworden. Aber zu gegebener Zeit könnte Russland diesen Vertragsbruch als Begründung für eine militärische Selbstverteidigung gegen Deutschland verwenden.

Originellerweise ist das vereinte Deutschland gar nicht Vertragspartner des 2+4-Vertrags, sondern dies sind, wie gesagt, die 2 deutschen Staaten *BRD* und *DDR* und die 4 Besatzungsmächte Sowjetunion (heute deren Rechtsnachfolger Russland), USA, Großbritannien und Frankreich. Die beiden deutschen Staaten sind 1990 scheinbar im vereinten Deutschland aufgegangen. Aber der 2+4-Vertrag verpflichtet sie zu einer *dauerhaften* Aufsicht über das vereinte Deutschland, nämlich zu dessen vertragsgemäßem Verhalten und zu den Inhalten einer zu schaffenden deutschen Verfassung (siehe Kapitel 5.3). Diese Verfassung ist im übrigen auch im Schlussartikel 146 des Grundgesetzes gefordert, das ausdrücklich *keine Verfassung* ist.

Die Forderung des 2+4-Vertrags bedeutet also, dass es unabhängig von dem vereinten Deutschland je eine Rest-Institution *BRD* und *DDR* geben muss, mit Weisungsrecht gegenüber der gesamtdeutschen Regierung zur Einhaltung des 2+4-Vertrags. Wie diese beiden Rest-Institutionen sich gemeinsam oder einzeln gegen die Regierung des vereinten Deutschland durchsetzen, muss die anderen Vertragspartner des 2+4-Vertrags nicht interessieren.

Die Rest-DDR ist, geografisch offensichtlich, identisch mit der Gemeinschaft der ostdeutschen Bundesländer.

Demnach die Aktion: Am besten gemeinsam, notfalls einzeln unterbinden die Ex-DDR-Bundesländer aus eigener Zuständigkeit mit eigenen Mitteln den nicht-deutschen Militär-Luftverkehr und die Rüstungstransporte in die Ukraine, mit der Begründung, dies sei ihre Verpflichtung aus dem 2+4-Vertrag, und sie seien verantwortlich für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in ihren Gebieten.

Die Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern dürfte bestehen.

1.2 Atomwaffenfrei

In ähnlicher Weise die Aktion: Mit der Begründung des 2+4-Vertrags sperren die Ex-DDR-Landesregierungen den Aufenthalt von atomwaffenfähigen Großwaffen in oder über der Ex-DDR, speziell auch von Artilleriegerät des atomwaffenfähigen Geschosskalibers 155 mm und von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen wie Tornado.

Zusammen mit der bereits behandelten teilweisen Militärsperre (Kapitel 1.1) entstünde eine gesamtheitliche Militärsperre der Ex-DDR-Bundesländer. Auch hier scheint die Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern zu bestehen.

Wäre diese Sperre vollbracht, könnten die Landesregierungen der Ex-DDR von der russischen Regierung verlangen, diese Gebiete von möglichen künftigen Militärangriffen im Zuge des eskalierenden Ukraine-Kriegsgeschehens auszunehmen, weil von der Ex-DDR keinerlei Gefährdung Russlands mehr ausgehe. Hierzu wären zweiseitige Gespräche aufzunehmen.

1.3 Rotkreuz-Schutzzonen

Wenig bekannt ist die seit 1977 bestehende Möglichkeit des modernen humanitären Kriegsvölkerrechts, schon im Frieden entmilitarisierte Schutzzonen für die Zivilbevölkerung [3] zu erklären und beim *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)* in Genf anzumelden. Bei dieser Regelung handelt es sich um die moderne völkerrechtliche Absicherung des älteren Begriffs unverteidigter „*Offener Städte*“, die etwa im Zweiten Weltkrieg verschiedentlich erklärt waren (Athen, Brüssel, Paris, Rom und weitere). Die Kriegsparteien hatten dies überwiegend respektiert.

Wer kann und soll solche Erklärung und Anmeldungen von Rotkreuz-Schutzzonen vornehmen? Die Auswahl der Zonen müsste regional erfolgen, also durch die Landesregierungen. Die überregionale Bundesregierung hätte dann nur noch die protokollarische Aufgabe, die Schutzzonen international anzumelden.

Praktisch ist allerdings zu befürchten, dass die amtierende Bundesregierung angesichts ihrer starken Orientierung auf die NATO die Anmeldung entmilitarisierter Schutzzonen ablehnen würde, so dass die betreffenden Länder für ihren Selbstschutz eigene Wege beschreiten müssten.

In der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland dürfte unstrittig sein, dass eine erfolgversprechende militärische Verteidigung Deutschlands nicht mehr möglich ist, wegen seiner hohen Besiedlungsdichte, seiner verletzlichen Infrastruktur und der hochgefährlichen industriellen Gefahrenquellen (Atomanlagen, Großchemie) im Land (siehe Kapitel 5.2). Man denke nur an einen Ausfall der Stromversorgung in einer Region.

Sollte es dazu kommen, dass Panzer, Kanonen und Kampfbomber in oder über Deutschland feuern, würde binnen Stunden die Aufbauarbeit von Generationen vernichtet, ganz abgesehen von den Personenschäden. Wenn im Krieg in Deutschland das erste Kind verletzt ist, haben wir verloren, denn danach kann es nur noch schlimmer werden. Selbst wenn andere Staaten hinterher Siege behaupten und Rüstungskonzerne wirtschaftliche Vorteile

ziehen: Deutschland hat von Krieg im eigenen Land *in jedem Fall* Schäden, die – aus Sicht der Bevölkerung – kein Nutzen aufwiegen kann.

Deutschland ist also nur noch *nicht-militärisch* zu verteidigen, durch Diplomatie und im Extremfall durch gewaltfreien zivilen Widerstand der Bevölkerung – siehe die erfolgreichen Beispiele Tschechoslowakei 1939 und Dänemark 1940, in beiden Fällen gegen die Besetzung durch die Nazi-Wehrmacht. Die damaligen Führungen dieser Länder waren auf das Wohl ihrer Bürger ausgerichtet. Sie wussten: Keine fremde Militärmacht wäre in der Lage, ihre zusammenhaltende Bevölkerung zur Unterwerfung zu zwingen oder zu verlocken. So ging es also darum, eigene Verluste an Menschen und Werten zu vermeiden. Für dieses Ziel war die *Gewaltfreiheit* die einzig wirksame Methode, denn nur sie verweigerte dem Angreifer die benötigte Rechtfertigung für Waffeneinsätze.

Dies gilt umso mehr in der heutigen Zeit, mit der schnellen und umfangreichen internationalen Nachrichtenverbreitung, die 1939/40 noch nicht vorstellbar war. Aus Gesprächserfahrungen zu urteilen, lehnt heute eine überwältigende Mehrheit in Deutschland jegliche Kriegswaffenexplosionen in ihrem Lebensraum ab, egal durch wen und mit welcher Begründung.

Überraschenderweise teilt aber die amtierende Bundesregierung diese Sicht ihrer Bevölkerungsmehrheit nicht, wie die 2022 begonnene massive Aufrüstung der Bundeswehr und die Waffenunterstützung der Ukraine zeigen. Auch scheint es unklar, inwieweit Ex-BRD-Landesregierungen die Vorbeugung gegen Kriegsgeschehen in ihren Ländern als wichtiges Thema betreiben, mit Rücksicht auf wirtschaftsstarke eigene Rüstungsindustrien und Militärstandorte, die für die Regionalwirtschaft einträglich sind. Initiativen westdeutscher Landesregierungen zu entmilitarisieren Rotkreuz-Schutzzonen scheinen deshalb bisher fraglich.

Hingegen scheint in der Ex-DDR eher eine Bereitschaft der Landesregierungen zu militärkritischen Maßnahmen zu bestehen, zu vermuten aus der bekannten ablehnenden öffentlichen Meinung zu Waffenlieferungen an die Ukraine.

Daraus die Aktion: Die Ex-DDR-Landesregierungen bestimmen jeweils entmilitarisierte Schutzzonen in ihren Ländern und melden sie beim IKRK an, mit dem Verweis auf die einstige eigenständige UN-Mitgliedschaft der DDR.

Die Schutzzonen wären also eine zusätzliche Schutzmaßnahme für die Zivilbevölkerung, über die konventionelle und atomare Militärsperre der Ex-DDR (Kapitel 1.1 und 1.2) hinaus.

Die Schutzzonen sollten mindestens die Großstädte umfassen, jeweils umgeben von einem Sicherheitsgürtel, beispielsweise in der Tiefe einer typischen Artillerie-Schussweite (ca. 50 km). Noch sinnvoller wäre es, jeweils das *gesamte* Bundesland zur Schutzzone zu erklären, denn Militärstellungen im Land bilden im Fall eines äußeren Angriffs keinerlei Schutz mehr, sondern sind nur noch zulässige Beschussziele.

Auch in diesem Punkt scheint die Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern zu bestehen.

1.4 Dialog statt Waffen

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges war die sowjetische Besatzungszone Deutschlands *DDR* wie auch die anderen osteuropäischen Staaten in das sowjetische Wirtschaftsbündnis *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* eingebunden. Diese Kontakte besonders nach Russland bestanden auch zur Zeit der deutschen Vereinigung, nahmen aber mit dem Eigentümerwechsel der Großbetriebe in der Ex-DDR ab, mit der Folge dort wachsender Arbeitslosigkeit.

Anders als in Westdeutschland und in den osteuropäischen NATO-Staaten bestand trotz jahrzehntelanger sowjetischer Militärbesetzung in der Ex-DDR keine ausgeprägte Russen-

furcht. Bei weithin negativer Einschätzung des russischen Angriffs auf die Ukraine ist dort zugleich ein gewisses Verständnis dafür verbreitet, dass Russland sich bedroht sieht, durch das Vorrücken der NATO und der US-Truppen an seine Grenzen. Somit wird also zum Ukrainekrieg eine Vorgeschichte gesehen, mit aktiver Rolle der USA und der ukrainischen Regierung.

Daraus die Aktion: Die Ex-DDR-Landesregierungen erklären den Ukrainekonflikt für militärisch nicht lösbar und streben deshalb Verhandlungen zu einem Waffenstillstand an. Gleichzeitig bemühen sie sich, die durch die Bundesregierung abgebrochenen Wirtschaftskontakte der Ex-DDR-Bundesländer nach Russland durch eigene Maßnahmen erneut herzustellen.

Einschlägige Stichworte sind *Schwedt* [4] und *Nordstream* [5]. Besonders in dem wirtschaftlichen Punkt scheint Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern zu bestehen.

Es ist zu vermuten, dass auch Russland Interesse an solchen Gesprächen und Vereinbarungen mit politischen Entscheidungsträgern der Ex-DDR-Länder hätte, allein mit Blick auf die – aus russischer Sicht – Vorteile eines sich für Militär generell versperrenden Ostdeutschlands.

1.5 Niemals Angriff durch die NATO

Im Kalten Krieg war es in der deutschen Bevölkerung in Ost und West klar: Wäre es zum heißen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion gekommen, dann hätten beide Seiten Massen konventioneller und auch atomarer Waffen in Mitteleuropa gezündet, also in der BRD, der DDR und der Tschechoslowakei. Kaum jemand dort hätte überlebt.

Die Ukraine erleidet es heute: Nicht nur russische, sondern auch westliche Waffen verwüsten und verseuchen das Land, obwohl der Westen laut offizieller Angabe doch der Ukraine bei ihrer Verteidigung helfen will.

Sollte der Ukrainekrieg nach Mitteleuropa übergreifen, käme es ebenso: Nicht nur russische, sondern auch NATO-Waffen würden auf deutschem Boden explodieren. Selbst ohne Atomwaffen wären die Schäden immens. Dieses Bewusstsein scheint in Ostdeutschland wesentlich stärker präsent zu sein als in Westdeutschland, wo ein Irrglaube an eine Art risikoloser Vollkaskoversicherung durch die NATO verbreitet ist.

So liegt die Aktion nahe: Die Ex-DDR-Landesregierungen verlangen von den NATO-Staaten – einschließlich der Atomwaffenstaaten USA, Großbritannien und Frankreich – vertragliche Zusicherungen, unter keinen Umständen jemals Kriegswaffen auf deutschem Boden – oder zumindest in der Ex-DDR explodieren zu lassen: Freunde bombardieren einander nicht. Solche Zusicherungen fehlen bisher.

Es ginge um gegenseitige Nicht-Angriffsverträge. In Verbindung damit dürften sich zumindest zwischen den Ex-DDR-Bundesländern und Russland im gegenseitigen Interesse praktische Verfahren vereinbaren lassen, dass in entmilitarisierten Rotkreuz-Schutzzonen in der Ex-DDR unter keinen Umständen jemals russische Kriegswaffen zur Explosion gebracht werden.

Möglicherweise würden sich Ex-BRD-Bundesländer solchen Schutzregelungen wie für die Ex-DDR anschließen wollen.

1.6 Atomwaffenverbotsvertrag

Die BRD und die DDR waren unabhängig voneinander Mitglieder im Atomwaffensperrvertrag von 1968 [6]. Durch den 2+4-Vertrag [1] wurde das Gebiet der Ex-DDR 1991 international anerkannte atomwaffenfreie Zone [7].

In dieser Situation ist davon auszugehen, dass – ohne die verzerrende Hast der deutschen Vereinigung – eine demokratisch reformierte DDR dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 beigetreten wäre (in Österreich und Irland ist er bereits in Kraft

[6]). Weil die DDR ohnehin Mitglied des Atomwaffensperrvertrags war und keine „atomare Teilhabe“ praktizierte, wäre damit militärisch kein neuer Sachverhalt entstanden, aber der 2+4-Vertrag wäre zusätzlich abgesichert.

Daraus die Aktion: Die Gemeinschaft der Ex-DDR-Länder beruft sich auf die einstige UN-Mitgliedschaft der DDR und auf den 2+4-Vertrag, und sie erklärt den Beitritt ihres Territoriums zum Atomwaffenverbotsvertrag, als seit Jahrzehnten atomwaffenfreies Teilgebiet Deutschlands.

Obwohl die praktische Bedeutung dieses Punktes gegenwärtig gering erscheint, dürfte Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheiten in den Ex-DDR-Bundesländern bestehen.

Nebenbei: Mit der „atomaren Teilhabe“ (Abwurf von US-Atombomben durch Bundeswehrsoldaten und auch nur die Drohung damit) verstößt das seit 1990 neue UN-Mitglied vereintes Deutschland gegen das UN-Verbot des Internationalen Gerichtshofs von 1996 [122]. BRD-Sonderrechte sind nicht mehr gültig.

1.7 Deutsche Verfassung

Ein Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR war 1990 der Entwurf einer Reform-Verfassung [8], die dort die neue Regierung Modrow und die damals neue Opposition gemeinsam erstellt hatten. In der überstürzten Hast der deutschen Vereinigung setzte das DDR-Parlament *Volkskammer* diese Verfassung dann doch nicht mehr in Kraft. Aber sowohl der 2+4-Vertrag als auch der Schlussartikel 146 des Grundgesetzes des vereinten Deutschland fordern seit 1990 die Schaffung der deutschen Verfassung [9]. Bis heute ist dies nicht einmal begonnen.

Von Anfang an schien klar, wurde aber in den drei Jahrzehnten seither in den Kontrasten zwischen Ost- und Westdeutschland unübersehbar: Der DDR das westdeutsche Rechtssystem des Grundgesetzes überzustülpen, konnte keine funktionierende Lösung für die deutsche Vereinigung sein. Tatsächlich bietet dieser Vorgang im Rückblick eher das Bild eines blitzartigen feindlichen Staatsstreichs der BRD-Führung gegen die DDR und deren Führung, die ja damals vollauf beschäftigt war mit der Stabilisierung ihrer eigenen demokratischen Reform. Wenn schon deutsche Vereinigung, dann wäre 1990 eine gesamtdeutsche Regelung sachgerecht gewesen, die wie in den vier Jahrzehnten zuvor weiterhin zwei Rechtsräume – Ost und West – unterschieden und eingespielte Gleichgewichte respektiert hätte.

Das Grundgesetz ist unübersehbar durch seine Entstehungsgeschichte geprägt, als westallierter Besatzungsbefehl von 1949. Im Gegensatz hierzu atmet der Entwurf der Reform-Verfassung der DDR von 1990 einen starken Geist von direkter Demokratie und Gerechtigkeit, mit dem Grundtonor: Politische Probleme sind *niemals* durch Militärgewalt lösbar, und echte Demokratie passt nicht zusammen mit Militäreinsätzen, deshalb keine Wehrpflicht und keine Todesstrafe.

Somit die Aktion: Die Gemeinschaft der Ex-DDR-Länder startet eine Initiative, gemäß dem Grundgesetzartikel 146 die deutsche Verfassung zu schaffen, mit Unterscheidung zwischen den Rechtsräumen West und Ost. Dabei dient der Entwurf der Reform-Verfassung der DDR von 1990 als Arbeitsgrundlage zumindest für das Gebiet der Ex-DDR.

Im vereinten Deutschland wurde über Jahrzehnte der Ansatz versäumt, den Verfassungsauftrag des Grundgesetzartikels 146 auch nur anzurühren. Daran ist zu erahnen, dass sich führende Wirtschaftskräfte gut mit dem Grundgesetz eingerichtet hatten. Deshalb dürfte in der deutschen Bundespolitik die Bereitschaft sehr begrenzt sein, sich mit einer DDR-Verfassung zu beschäftigen, die ja ein fundamental anderes System beschreibt als das Grundgesetz.

Allerdings dürften Verfassungsfragen als solche auch in der Ex-DDR allenfalls eine kleine Minderheit interessieren, denn sie haben scheinbar nichts mit dem Alltag zu tun. Dieses Bild dürfte

sich aber ändern, wenn zugleich die öffentliche Diskussion begonnen wird, dass die Sicherheiten des Lebens in der DDR – Arbeitsplatz, Wohnen, Kinderbetreuung ... – Folgen von deren Verfassung waren, während die 1990 aus der BRD eingebrachten Probleme – Arbeitslosigkeit, Wohnungsverlust, Randrolle der Jugend ... – auf dem Grundgesetz der BRD basierten. Angesichts innerer Kritik am heutigen Zustand der deutschen Demokratie dürfte eine offene Verfassungsdiskussion eine hilfreiche Rolle für die Mängelbehebung im vereinten Deutschland spielen.

Die vorgeschlagenen sieben Aktionen der ostdeutschen Landesregierungen, um einen drohenden Krieg wenigstens von der Ex-DDR abzuwenden, mögen eigenwillig und unrealistisch erscheinen. Sie beruhen aber auf einer Vorgeschichte, die in den USA begann und die selbst für Zeitzeugen im Rückblick teilweise unglaublich ist. Ohne diese Vorgeschichte wenigstens in groben Zügen zu kennen, ist die deutsche Gegenwart nicht zu verstehen. Deshalb widmen sich die folgenden Kapitel diesen Ereignissen.

2. Antriebskraft US-Militärpolitik

2.1 Rasanter Feindbildwechsel 1945

Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg hatte die USA in ihrem Kernland gefährdet. Dennoch wurden sie Teilnehmer an beiden Kriegen, und zwar als der wirtschaftliche Gewinner, nämlich als Waffenlieferant für europäische Kriegsparteien. Der jeweils späte eigene Einstieg als Kriegspartei (1917 bzw. 1941) sicherte für die USA Einfluss auf den Kriegsausgang, also auf die Kapitulation Deutschlands und Österreich-Ungarns (1918) bzw. Deutschlands und Japans (1945), auf die Rückzahlung von Kriegskrediten und auf Kriegsbeute. Aber die US-Truppen blieben 1918 nicht als dauerhafte Besatzungsmacht in Europa.

In der Friedenszeit vor dem Ersten Weltkrieg hatte der Militärhaushalt der USA bei rund 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gelegen, ähnlich wie in anderen Staaten. Im Ersten Weltkrieg stieg dieser Wert auf über 20% [10] (siehe Abbildung). Folglich bereitete den USA nach Ende dieses Krieges der Auftragsseinbruch der Rüstungswirtschaft ein soziales Problem.

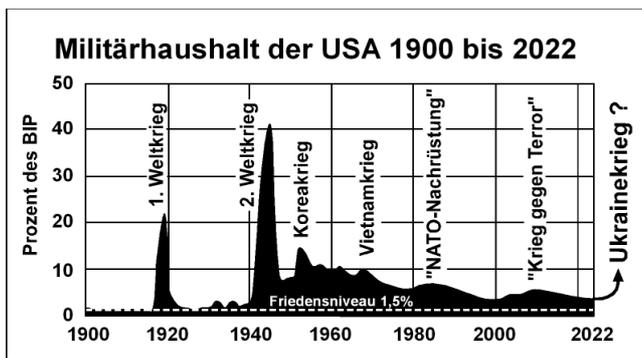


Abbildung [10] (erläutert im Text)

Im Zweiten Weltkrieg stieg der Wert sogar auf über 40% (siehe Abbildung). Dies war die Folge des landesweiten Aufwuchses von Rüstungsindustrie und Militär. So rollte über vier Jahre lang im Schnitt *Tag und Nacht jede Stunde* ein neuer viermotoriger Fernbomber B-17, B-24 oder B-29 aus einer Fabrikhalle in den USA [11], insgesamt über 34.000 Stück [12], für die Verwüstung von Städten in Deutschland und Japan. Geschah dies zur Landesverteidigung der USA gegen eine Bedrohung durch Deutschland und Japan – oder wegen des Rüstungsgeschäfts? Angriffe gegen zivile Wohnsiedlungen als solche waren schon seit 1907 als Kriegsverbrechen geächtet. Die Städtebombardierungen als entgrenzter Verstoß gegen dieses Verbot räumten die moralische Hemmung beiseite, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung den Terror der „verbrannten Erde“ zu praktizieren, als

fortan den Normalfall des Krieges, schließlich im Schadensmaß ohne Obergrenze, durch die Atomwaffen, die in der Demokratie USA neu entwickelt worden waren.

Mit Kriegsende 1945 galt es, in den USA einen wirtschaftlichen Absturz wie nach dem Ersten Weltkrieg zu vermeiden. In den Kriegsjahren hatte die US-Regierung ein Netz von Militärbasen in Europa, Asien und Afrika geschaffen, das sie nun ausbaute (auf aktuell weltweit über 750 Auslandsbasen, gegenüber Russland mit etwa 25 (in einstigen Sowjetrepubliken und in Syrien) und China mit einer einzigen Auslandsbasis (in Ostafrika)). Auch blieb US-Militär dauerhaft in Deutschland und Japan stationiert. Das machte möglich, den Militärhaushalt, den der US-Kongress bewilligte, auch im Frieden auf Kriegshöhe zu halten.

Um dies vor dem Volk zu begründen, wurde aber ein neues Feindbild gebraucht, eines, das überzeugend Angst einflößte. Die beiden besiegten Feindbilder Deutschland und Japan waren „verbraucht“. Doch binnen weniger Wochen gelang es der US-Regierung, unterstützt von den Leitmedien, in der öffentlichen Meinung ein neues Feindbild zu etablieren: die Sowjetunion.

Dieses flinke Auswechseln hatte eine Kehrtwende in der Propaganda erfordert: Ab den frühen 1920er Jahren bis zum deutschen Überfall 1941 galt die Sowjetunion wegen ihrer kommunistischen Stalin-Diktatur als bössartiger Pariastaat. Doch 1941 war sie zum hilfsbedürftigen Kriegsverbündeten avanciert und erhielt US-Rüstungslieferungen. Nach der Kapitulation Deutschlands und Japans war auf der *Potsdamer Konferenz* im Juli 1945 die Sowjetunion eine der drei offiziell siegreichen Mächte der *Anti-Hitler-Koalition*, und zwar diejenige, die weitest die meisten Opfer und größten Zerstörungen des Krieges zu beklagen hatte (Frankreich wurde erst nachträglich und historisch ungenau zu einer europäischen Siegermacht erklärt).

Aber ab September 1945, im Zuge einer Meldung über sowjetische Spionage in den USA [13], projizierte die US-Führung die Sowjetunion erneut als Schreckensbild der kommunistischen Stalin-Diktatur, nämlich als übermächtige militärische, wirtschaftliche und sogar geistige Bedrohung gegen die USA selbst und gegen zahlreiche befreundete Länder in Europa und Asien.

2.2 Neue Rolle der US-Truppen

Damit erhielten die US-Truppen in den Auslandsstützpunkten eine neue und absehbar langfristige Rolle, als vermeintliche *Schutzmacht* gegen einen unbewiesenen, nicht einmal plausiblen sowjetischen Invasionsplan. Gelder aus dem *Marshallplan* der USA (1948-52) für den Wiederaufbau europäischer Staaten waren in Westeuropa willkommen. Als Gegenleistung erhielten die USA von den Empfängerstaaten Erlaubnisse zu Truppenstationierungen, offiziell als *atomarer* Schutz gegen eine in ihrer angeblichen Masse weit überlegene sowjetische Bedrohung. Sogar Großbritannien und Frankreich, obwohl als Siegermächte geführt, bezogen Gelder aus dem Marshallplan, und ebenso das westalliierte (amerikanisch-britisch-französische) Besatzungsgebiet Deutschlands; dieses erhielt 1949 einen demokratisch und souverän anmutenden Staatsmantel und wurde fortan als *Bundesrepublik Deutschland (BRD)* bezeichnet.

Diese „*Schutzmacht*“-Rolle des US-Militärs wurde 1949 institutionalisiert durch die Gründung des Militärbündnisses *NATO*. Immer unter Befehl eines US-Generals, ist die NATO völkerrechtlich eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten. Kein Europäer hat jemals zentrale militärische Mitentscheidung. Eine militärische Beistandspflicht, irreführend als eine Art *Vollkaskoversicherung* beschworen, besteht in der NATO gar nicht. Der Wortlaut des Artikels 5 im NATO-Vertrag legt dies klar [14]: Im Fall eines bewaffneten Angriffs entscheidet jeder Mitgliedsstaat *für sich allein*, was er macht. So würde eine diplomatische Protestnote als *Beistand* völlig ausreichen. Anders dürften die USA gar nicht Mitglied der NATO sein – der

US-Senat hätte es blockiert, wie er bereits 1919 die Mitgliedschaft im damals neu gegründeten *Völkerbund* blockiert hatte, weil damit militärische Verpflichtungen verbunden waren [15].

Ein Problem für die NATO-Staaten ist nicht das Bündnis an sich, sondern die Stationierung von US-Truppen und deren generelles Recht auf *Selbstverteidigung* nach eigenem Ermessen, also auch die Stützpunktnutzung in US-nationalen Kriegen außerhalb der NATO. So können betroffene NATO-Staaten gegen ihren Willen in Kriege der USA verwickelt werden. Solche Stationierung zu erlauben, ist aber *keine* Voraussetzung für die NATO-Mitgliedschaft [14] (sondern war es zunächst für Geldflüsse aus dem *Marshallplan*). Beispielsweise sperren sich Frankreich, Dänemark und Tschechien gegen US-Truppen im Land.

Durch laufende Medienberichte über Angst einflößende Gewaltakte und Willkürmaßnahmen im sowjetischen Herrschaftsbereich floss stetig Propagandamaterial zugunsten der USA. In diesem Kontrast erschienen sie als Musterbild von Recht und Freiheit. Die Meldungen drehten sich vor allem um die sowjetisch beherrschten osteuropäischen Länder und die ost-deutsche Besatzungszone, *Deutsche Demokratische Republik (DDR)* genannt. So gewann in Westeuropa und vor allem in der BRD ein medienvermitteltes Selbstbild die mehrheitliche Gewöhnung und Zustimmung: eine freiheitlich-demokratische Rechtsordnung, gegen eine täglich lauernde sowjetische Bedrohung geschützt durch einen amerikanischen *Atomschirm*. 1955 wurde die BRD zum NATO-Mitglied erklärt.

2.3 Drehscheibe Westdeutschland

Für die Begründung eines hohen Militärhaushalts waren und sind für die US-Regierung Stationierungsrechte in europäischen Staaten unverzichtbar. Bei der NATO geht es für die USA vor allem um diese Stationierungsrechte, ansonsten um möglichst viele NATO-Mitgliedsstaaten als vermeintliche Schützlinge, die – als positiver Nebeneffekt – für ihr Militär US-Waffen kaufen.

Das Kernproblem bei alledem war für die US-Regierung die Souveränität der NATO-Staaten. Die uneingeschränkte Souveränität als vorherrschender Teil der westalliierten Besatzungsmacht besaßen die USA lediglich in der BRD. Deshalb hatten sie ihre europäische Kommando-, Nachrichten- und Nachschubstruktur in der BRD konzentriert. Auch verfügten sie dort über Hochseehäfen (vor allem Bremerhaven), für den Massentransport von Rüstungsmaterial aus den USA nach Europa.

Ebenso wie Deutschland war auch Österreich, 1945 aus der Nazi-Annexion von 1938 befreit, in vier Besatzungszonen geteilt. 1955 erhielt Österreich seine Souveränität zurück, unter der Bedingung der militärischen Neutralität. Dieselbe Lösung hatte die Sowjetunion auch für Deutschland angeboten, aber die USA lehnten ab [16]: Die BRD mit panzerfähigem Flachland und Nordseehäfen war für ihre Militärpräsenz in Europa unverzichtbar. Österreich als Gebirgsland ohne Hochseehäfen war hingegen militärisch uninteressant.

Das östliche Gegenstück zur NATO wurde 1955 ein sowjetisch befehligtes und politisch geführtes Militärbündnis *Warschauer Pakt*, mit dessen überwiegender Kommando- und Nachrichtenstruktur auf sowjetischem Boden.

2.4 Militärisch-industrieller Komplex der USA

Im Laufe des Zweiten Weltkriegs übernahm in den USA eine Verflechtung von Militär und privater Rüstungsindustrie, *militärisch-industrieller Komplex (MIK)* genannt [17], die Kontrolle über die Außenpolitik. Eine für europäische Verhältnisse unvorstellbare Korruption, darunter hunderte Millionen Dollar private Wahlkampfspenden [18], löste die US-Außenpolitik aus den demokratischen Prozessen heraus.

Dies so zu beschreiben, mag zunächst zu simpel klingen. Es erweist sich aber als leistungsstark, die US-Außenpolitik seit

1945 zu erklären, jenseits von ideologischer Propaganda aus Sachverhalten nachvollziehbar. Die Atomrüstung und ein erster Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion in Korea (1950-53) boten neuartige und ergiebige Geschäftsfelder, verbunden mit einem Aufwuchs des Militärhaushalts (siehe Abbildung Seite 5).

Die Mittelpunkte westlicher MIK sind *Konzerne*, also sehr große und finanzstarke Unternehmen mit anonymen privaten Eigentümern. Deren Interesse sind *kurzfristige* Geldgewinne, in der Kriegsrüstung erheblich leichter zu erzielen als im Zivilbereich. Kosten werden weitestmöglich der Allgemeinheit und der Umwelt aufgelastet. Durch Multinationalität umgehen Konzerne nationalstaatliche Beschränkungen ihrer Geschäfte. Die Schadenswirkung von Konzernen – in militärischen wie in zivilen Branchen – beruht weniger auf Fehlverhalten von Führungskräften als auf einem roboterartigen Grundmechanismus: Mitarbeiter, die nicht passgenau in den straffen Betriebsabläufen funktionieren, werden zügig ausgetauscht. Dieses Wirtschaftssystem, *Konzernismus* genannt, hat mit mittelständischem *Kapitalismus* nichts zu tun und ist in seiner Struktur totalitär [19].

Auch in der Sowjetunion gab es einen MIK, aber unter staatlicher Kontrolle und folglich ohne private Gewinnmöglichkeiten vergleichbar den USA. 1949 war die Sowjetunion mit dem ersten eigenen Atombombentest in ein Wettüben gegen die USA eingestiegen, mit eigenen Atom- und Fernwaffen, und seit 1953 *beiderseits* mit *tausendfach* gesteigerten Sprengkräften. So lieferten beide MIK einander pingpong-artig über Jahrzehnte hinweg laufend neue technische Begründungen für neuartige Waffen und Fähigkeiten, die gesamte Menschheit zu vernichten – und für weitere Steigerungen der Militärhaushalte.

Die Atombombenabwürfe der USA auf die Städte Hiroshima und Nagasaki erfolgten 1945 im praktisch besiegt Japan. So hatten die Menschen zu Recht Angst und Abscheu vor Atomwaffen, als feigen Mitteln des Massenmords, die jedem Prinzip von Religion, Moral und Menschlichkeit widersprechen. Im Zweiten Weltkrieg schien der Massenmord an Zivilbevölkerung zum opportunistischen Standardvorgehen geworden zu sein, mit den prominenten Eckpunkten Auschwitz, Dresden und schließlich Hiroshima/Nagasaki. Um das Atomwaffengeschäft zu retten, verkündete die neue Propaganda, ja, Atomwaffen seien schlimm, so schlimm, dass der absolut böse Gegner ihren Einsatz niemals wagen werde, solange man selbst nur aktiv ein technisches *Gleichgewicht der Abschreckung* aufrecht erhalte [20]. Krieg wäre fortan unmöglich. So konnte das Atomgeschäft weiterlaufen, aber offenbar als unstabiles System in Richtung Untergang, denn es widerspricht der Alltagserfahrung: Wir leben mit unseren Nachbarn nicht deshalb im Frieden, weil wir sie abschrecken, sondern weil wir sie eben *nicht abschrecken*.

1961 wandte sich der – nach acht Amtsjahren – scheidende US-Präsident Dwight Eisenhower an die amerikanische Öffentlichkeit mit der Warnung, der MIK des Landes würde die Demokratie zerstören [17]. Aber diese Katastrophe war bereits über die US-amerikanischen Bürger hereingebrochen, bis heute: Es ist beklommend zu sehen, wie die Menschen dort zunehmend machtlosere Spielbälle von Konzerninteressen geworden sind.

Eisenhowers Nachfolger John F. Kennedy hatte bei Amtsantritt 1961 von seinem Generalstab erfragt, wieviele Todesopfer die Ausführung des US-Atomeinsatzplans namens *SIOP* in Europa und Asien fordern würde – China zählte damals noch zum sowjetischen Machtbereich. Die Antwort, unfassbar: Innerhalb des ersten halben Jahres nach dem Angriff 600 Millionen. *Der Nazi-Holocaust mal hundert* [21]. Die Sowjets hätten zu der Zeit erstmals mit wenigen Prototypen atomarer Interkontinentalraketen gegen die USA zurückschlagen können [22]. 1962 in der Kuba-Krise (sowjetische Atomraketen auf der Karibikinsel nahe den USA) geriet Kennedy in einen scharfen Konflikt mit seinem atomkriegswilligen Militär. Ein Jahr später fiel er einem Mordanschlag zum Opfer, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Alle US-

Präsidenten seither bis in die Gegenwart verhalten sich als aktive Auftragsbeschaffer für den amerikanischen MIK.

1964 begannen die USA einen – nach dem Koreakrieg – zweiten langjährigen Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion, offiziell in Vietnam, verdeckt Laos und Kambodscha. Dass die USA diesen *Vietnamkrieg* 1975 militärisch verloren, war zweit-rangig, angesichts der Geschäftserlöse der US-Rüstungsindustrie aus elf Jahren Kriegsdauer. Die USA hatten die zweieinhalb-fache Munitionsmenge des gesamten Zweiten Weltkriegs gezün-det, überwiegend in Südvietnam, das laut offizieller Angabe verteidigt werden sollte [23]. Die im Boden verborgenen Blind-gänger der Granaten, Bomben und Streuminen töteten auch heute noch Zivilisten, häufig Kinder, in Vietnam, Laos und Kambod-scha. Nach Kriegsende bereitete der Niedergang des US-Militär-haushalts ein Problem für den MIK (siehe Abbildung Seite 5).

2.5 „NATO-Nachrüstung“

Doch als Problemlösung bot in den 1970er Jahren ein techni-scher Entwicklungsvorsprung der USA – vor allem im Bereich der neuartigen Mikroelektronik – erstmals die Möglichkeit, *zielgelenkte* Präzisions-Fernwaffen herzustellen. Mit atomarer Bestückung waren solche Raketen und Flügelbomben (*Cruise Missiles*) in der Lage, tief unterirdische Bunkerziele zu treffen und zu zerstören. Damit rückte ein salvenhafter *Enthauptungs-schlag* gegen die Kommando- und Nachrichtenstruktur des damaligen Hauptgegners Sowjetunion in die militärische Diskus-sion in den USA [20], denn diese Struktur war um Moskau her-um konzentriert. Wegen ihrer minutenkurzen Flugzeiten waren die erforderlichen Trägerwaffen *Mittelstreckenraketen* (d.h. zwi-schen 500 und 5500 km Reichweite),. Wegen ihrer relativ kurzen Reichweite mussten sie aber in Europa stationiert sein, in der Nähe zu den sowjetischen Grenzen. Umgekehrt hatte die Sowjet-union aus geografischen und technischen Gründen niemals die Möglichkeit zu einem Enthauptungsschlag gegen die weiträumig zergliederte Kommando- und Nachrichtenstruktur der USA [20].

Die USA nutzten eine angebliche sowjetische Überlegenheit bei Mittelstreckenraketen – das Baumuster *SS-20* ohne Präzi-sionslenkung – als Begründung, ihre atomaren Präzisionswaffen in Westeuropa zu stationieren, als – vorgeblich alternativlose – „NATO-Nachrüstung“ [24], beginnend 1984.

Die Einsatzbereitschaft der betreffenden US-Mittelstrecken- raketen *Pershing-II* [25], technisch geeignet für den Enthaupt-ungsschlag gegen die Sowjetunion, setzte voraus, dass das US-Militär grenznahe Stellungsgebiete souverän kontrollierte. Diese Bedingung war *nur* in der BRD erfüllt, so dass Pershing-II ab 1984 dort – und nur dort – stationiert wurden, unter Besatzungs-recht, aber in demokratischer Verkleidung mittels entsprechend ausgewählter deutscher Amtspersonen und Parlamentsrituale.

An diese politische Situation als Folge des Zweiten Welt- kriegs hatte sich die BRD-Bevölkerung über Jahrzehnte fast widerspruchslos gewöhnt, wie auch an materiellen Wohlstand und geringe Einmischung der Besatzungsmächte in das Privat-leben der Bürger. Trotzdem kam es ab 1980 gegen die neuen Raketenstationierungen erstmals zu erheblichem Widerstand aus der Bevölkerung, in Form einer *Friedensbewegung*. Dabei wur-de zum Thema, dass Pershing-II-Einsätze *erneut* von deutschem Boden aus Millionen Zivilopfer in der Sowjetunion zur Folge haben würden, dass die Sowjetunion dem aber durch einen Präventivangriff zuvorkommen könne. Tatsächlich erschienen ab 1985 in der DDR und in der Tschechoslowakei (im heutigen Tschechien) sowjetische atomare *Kurzstreckenraketen SS-23*.

2.6 Wirtschaftliche Klemme der Sowjetunion

1985 war also ein atomares amerikanisch-sowjetisches Duell mit Atomraketen in Mitteleuropa aufgebaut. Durch die minuten- kurzen Flugzeiten war das Duell auf beiden Seiten abhängig von

automatischen Warnsystemen. Allein dadurch bestand jederzeit die Gefahr, dass unbeabsichtigt ein technischer oder menschl-icher Fehler einen begrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa auslöst. Mindestens Deutschland und Tschechien wären zu unbewohn-baren radioaktiven Dschungeln geworden.

Seit 1979 führte die Sowjetunion einen verlustreichen Krieg in Afghanistan, geprägt durch aus den USA gelieferte neuartige tragbare Flugabwehrraketen *Stinger*, mit denen die afghanischen Kämpfer treffsicher sowjetische Flugzeuge und Hubschrauber abschossen [26]. In den USA kam das Wort vom „*Totrüsten der Sowjetunion*“ auf. So hatten die wirtschaftlichen Rüstungslasten und die resultierenden Finanzprobleme unter dem 1985 neu ins Amt gelangten sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow zu einem Umdenken geführt, *Perestrojka* genannt. Es kam es zu einer Aufweichung der politischen Kontrolle in der Sowjetunion und in der Folge auch in den osteuropäischen Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der – dabei etwas langsameren – DDR.

Das wichtigste militärische Ergebnis des neuen Denkens war 1987 der Dialog zwischen Gorbatschow und dem US-Präsi-denten Ronald Reagan. Er führte zum *INF-Vertrag*, also der beider-seitigen Verschrottung aller Mittelstreckenwaffen. Politisch ermöglichte Perestrojka, dass die osteuropäischen Staaten des Warschauer Pakts begannen, ihre jeweilige nationale Souverä-nität von der Sowjetunion zurück zu erobern. Den Höhepunkt bildete die Öffnung der innerdeutschen Grenzsperr *Berliner Mauer* im November 1989. Damit stand auch die Souveränität der beiden deutschen Staaten BRD und DDR zur Debatte.

Eine allgemeine Stimmung in Europa ging davon aus, der Kalte Krieg sei vorbei, die beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt seien nun überflüssig, und die Zeit für eine gesamteuropäische Friedensordnung *vom Ural bis Lissabon* sei gekommen, am einfachsten unter der seit 1975 bestehenden und bewährten ost-west-übergreifenden Struktur *KSZE* [27].

2.7 Sonderrolle von BRD und DDR

Der Zweite Weltkrieg hatte die osteuropäischen Staaten teilweise in ihren Staatsgebieten verändert. Sie hatten aber ansonsten über die Sowjetzeit ihre historische und kulturelle Geschlossenheit und Eigenheit bewahrt, und darauf bauten sie nun auf.

Auf dem nach 1945 verbliebenen deutschen Boden (BRD, DDR und Sondergebiet Berlin) war zwar die sprachliche Einheit unverändert, aber die wirtschaftlichen und in der Folge kulturel-len und sozialen Gegebenheiten unterschieden sich: Während in der BRD und West-Berlin das traditionelle Wirtschaftssystem des Deutschen Reichs (*Kapitalismus*) nahezu bruchfrei weiter-geführt worden war, hatte in der DDR die sowjetische Besat-zungsmacht ein für deutsche Verhältnisse neuartiges Wirtschafts-system eingeführt, das, geplant als *Kommunismus*, doch eine angepasste Eigenform *Sozialismus* entwickelte. In Europa ein-zigartig war ferner eine gegenseitige Abschottung der Bevölke-rungen von BRD und DDR, mit einer Zwischenrolle von West-Berlin. DDR-seitige Gründe waren dichte Grenzsperrn. Sie hatten ab 1961 gestoppt, dass Fachkräfte massenhaft in den materiell höheren Lebensstandard der BRD abwanderten. BRD-seitig hatten die meisten Bürger keine Kontakte in die DDR, die als unterentwickelt und rechtsunsicher galt. Auch bestand in der BRD weithin kaum Interesse an den Verhältnissen in der DDR.

BRD wie DDR konnten 1989 auf ein jeweils 40-jähriges Bestehen zurückblicken, länger als jeder andere deutsche Staat in der Geschichte, abgesehen vom Bismarck-Reich (47 Jahre). So waren sowohl in der BRD (60 Mio. Einwohner) als auch der DDR (16 Mio.) fast zwei Generationen herangewachsen, die über den anderen deutschen Staat wenig wussten. Die verfügbaren, aber durch Propa-ganda geprägten Informationen stammten sowohl aus Medien der eigenen Seite als auch – persönliches Interesse vorausgesetzt – Ein-drücken aus grenzüberschreitenden Radio- und Fernsehsendungen der anderen Seite.

3. Erst Reform, dann Staatsstreich

3.1 Friedliche Revolution in der DDR

Im Zuge der sowjetischen Liberalisierung war 1989 in der DDR trotz repressiver Regierungspraxis eine Bürgerbewegung für politische Reformen in Gang gekommen. Als sichtbarer Start gilt eine ungenehmigte Demonstration im Januar 89 in Leipzig, mit der Forderung einer freiheitlichen sozialistischen Demokratie.

Hier die kurzgefasste Chronologie der Ereignisse [29]: Ab Juni 89 nutzten mehr und mehr DDR-Bürger die überraschende neue Möglichkeit, über Ungarn (ca. 50.000) und später auch über die Tschechoslowakei (ca. 7.000) in die BRD zu fliehen, unter Zurücklassung von Eigentum. Neue unabhängige Bürgergruppen beantragten ihre staatliche Anerkennung, führend dabei das „*Neue Forum*“ [30]. Am 7.10.89, als der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow in Ost-Berlin am 40-Jahresjubiläum der DDR teilnahm, ging dort letztmalig Polizei gegen eine gewaltlose Bürgerdemonstration vor.

Zwei Tage später fand in Leipzig eine „*Montagsdemonstration*“ mit 70.000 Teilnehmern statt, trotz starker Polizeipräsenz gewaltfrei, mit Rufen „*Wir sind das Volk*“. Die dortigen Teilnehmerzahlen stiegen von Woche zu Woche, am 23. und 30.10. jeweils 300.000 Personen, am 6.11. sogar 400.000 – trotz strömenden Regens. Ähnliches auch in anderen Städten. Am 9. November 89 dann die wunderbare Öffnung der Berliner Mauer – Reisefreiheit, Jubel und Erleichterung über das Ende des „*Kalten Krieges*“ zwischen USA und Sowjetunion.

Zum Vergleich: Die größte politische Bürgerbewegung in der BRD-Geschichte hatte sich im Oktober 1983 gegen die Raketenstationierung Pershing-II gewandt [24], aber gemessen an der Gesamtbevölkerung und an der Dauerhaftigkeit mit *nur etwa einem Viertel* der aktiven Beteiligung wie 1989 in der DDR.

In einer Meinungsumfrage in der DDR Ende November 1989 plädierten 86% der Bürger für die Erhaltung einer sozialistischen DDR; nur 5% wünschten eine DDR als Kopie der BRD [29]. Demnach hatte das politische System der DDR in reformierter Form durchaus die *überwältigende* Zustimmung ihrer Bürger.

Bereits eine Woche nach der Maueröffnung kam eine DDR-Reformregierung ins Amt, unter Ministerpräsident Hans Modrow (SED) und der Stellvertreterin Christa Luft (SED), zugleich Wirtschaftsministerin. Dies war eine Koalition aus der vorher allein herrschenden SED und seit langem existierenden kleineren DDR-Parteien (LDPD, CDU, NDPD, DBD), die bis dahin als *Blockparteien* im Schatten der SED fast unsichtbar geblieben waren, nun aber mit eigenen Profilen antraten. So war ein weiterer Stellvertreter Modrows und zugleich Minister für Kirchenfragen, Lothar de Maizière, Vorsitzender der CDU und Befürworter des Sozialismus. Das Programm der Modrow-Regierung war eine demokratisch reformierte sozialistische DDR, eigenständig, keine Vereinigung mit der BRD.

Anfang Dezember 89 trat in Ost-Berlin erstmals ein „*Runder Tisch*“ zusammen, eine gemischte Runde aus Regierungsparteien und Oppositionsgruppen, mit dem Auftrag, eine neue demokratische DDR-Verfassung zu erarbeiten [8]. Ab Januar 1990 tagten die DDR-Regierung und der Runde Tisch gemeinsam [31]. Am 5. Februar zogen acht führende Mitglieder des Runden Tisches und neu gegründeter Parteien als beratende Minister in das Kabinett Modrow ein. Bei einem Besuch in Moskau erklärte Modrow seinen Plan für die DDR: militärische Neutralität beider deutscher Staaten und vertragliche Zusammenarbeit mit der BRD. Er erhielt dort Zustimmung. Ein Termin für – erstmals freie – Wahlen zum DDR-Parlament *Volkskammer* war vereinbart, nur sechs Wochen später, für den 18. März 90.

In einem Gespräch mit der DDR-Wirtschaftsministerin Luft im Februar 90 schätzte der BRD-Wirtschaftsvorstand Detlev Rohwedder den Wert der DDR-Wirtschaft auf 600 Milliarden der BRD-Währung *D-Mark* (DM) [32]. Die Ministerin schloss

künftige Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Investoren an DDR-Unternehmen aus [33]. Innere Probleme der DDR wurden öffentlich benannt und Lösungen wurden gesucht, so dafür, dass die DDR für März 90 ein Defizit von 15 Milliarden DM [29] zu decken hatte (etwa durch einen Kredit einer BRD-Bank) und dass täglich rund 2.000 DDR-Bürger in die BRD umsiedelten, wohl in fehlendem Vertrauen, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR in absehbarer Zeit bessern würden.

Aber insgesamt bestand Anfang Februar 1990 das Erfolgsbild einer in Rekordzeit gelungenen friedlichen Revolution der DDR zu einer freiheitlichen Demokratie mit sozialistischer Prägung, errungen aus eigener Kraft. Was abgesehen von der bevorstehenden Wahl der DDR noch fehlte – wie auch der BRD –, war die Souveränität, die aber nur die vier Besatzungsmächte *gemeinsam* den deutschen Staaten zurückgeben konnten.

3.2 Regie aus den USA

1989 war das Ende des Kalten Krieges für die Völker in Europa überraschend gekommen. Hingegen war innerhalb der US-Regierung schon länger bekannt, welche wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion und ihrer Gefolgsstaaten die Triebfeder waren für die Perestrojka-Kursumkehr der Moskauer Regierung seit 1985. Mit diesem Wissen einer kommenden Veränderung konnte Präsident Ronald Reagan im Juni 1987 an der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor auf einer Kundgebung ausrufen: „*Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!*“ (*Mr. Gorbachev, tear down this wall!*) [34]. Für die Öffentlichkeit klang diese Forderung damals großmäulig, aber realitätsfremd.

Zur Zeit des Amtsantritts von Reagans Nachfolger George H.W. Bush im Januar 1989 wurden aber Demokratiebewegungen in den sowjetisch beherrschten Staaten Osteuropas auffällig, am stärksten in Polen und Ungarn. So gewannen Mehrheiten in Europa die Hoffnung auf ein Ende des Alptraums Kalter Krieg, also die Auflösung der gegeneinander gerichteten Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt, weithin empfunden als Störkräfte gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Ebenso wie seine Vorgänger seit 1945 hatte auch Präsident Bush das Ziel – oder den Auftrag –, für einen hohen US-Militärhaushalt zu sorgen. Ein wichtiges – oder sogar das wichtigste – Werkzeug dafür war die NATO. Für die US-Regierung stellte sich also die Aufgabe, ihre NATO über das absehbare Ende des Kalten Krieges zu retten und möglichst sogar noch zu erweitern.

Aus europäischer Sicht war dieses amerikanische Ziel aus der Zeit gefallen, aus amerikanischer Sicht war es aber logisch. Angesichts der sowjetischen Finanzprobleme sah Bush die USA als Sieger im Kalten Krieg und die Sowjetunion als den Verlierer. Nun galt es, die Früchte des Sieges zu ernten. In jener Zeit trat in der US-Regierung eine als *neokonservativ* bezeichnete politische Linie in den Vordergrund, mit dem erklärten Ziel, die USA in die Rolle der einzigen Weltmacht zu bringen und Konkurrenten nicht zu dulden. Dies wurde bekannt als die *Wolfowitz-Doktrin* [35], seither in allen US-Regierungen wirksam.

Als glücklicher Umstand für diese Strömung kam hinzu, dass die osteuropäischen Demokratiebewegungen von starker Russenfurcht begleitet waren. Historisch schien dies verständlich, und so entstanden von selbst neue Kandidaten für eine NATO-Mitgliedschaft. Finanzielle US-Unterstützung für diese Länder sollte dabei nachhelfen. Bereits im Mai 1989 erklärte Bush in Mainz: „*Ich werde weiterhin alles tun, was ich kann, zu helfen, die geschlossenen Gesellschaften des Ostens zu öffnen*“ [36].

Neben den Vorgängen in den osteuropäischen Ländern waren Fliehkräfte innerhalb der Sowjetunion selbst unübersehbar, weg von der russischen Vorherrschaft. Sowjetrepubliken, in vorderster Linie die baltischen Gebiete Estland, Lettland und Litauen, betrieben den Austritt aus der Sowjetunion. Hier erschien ein weiteres Reservoir für neue NATO-Anwärter. In dieser Situation wäre es nicht schwer, nach dem absehbaren Zerfall der Sowjet-

union einen *neuen* europäischen Konflikt in Gang zu setzen, und zwar gegen den erwartbaren Sowjetunion-Rechtsnachfolger Russland, für das Ziel eines hohen US-Militärhaushalts. Ein solcher Konflikt würde sich dann voraussichtlich aus eigenem Antrieb verstärken, durch eine Spirale russischer Reaktionen und antirussischer Gegenreaktionen.

Dieses Modell hatte allerdings einen Schwachpunkt: die sowjetisch beherrschte DDR. Dort war – verzögert gegenüber Polen und Ungarn – zwar ebenfalls eine Demokratiebewegung entstanden, aber weithin ohne anti-russische Strömungen, sondern mit Russland als wichtigem Handelspartner und hauptsächlich fokussiert auf demokratische Reformen des *eigenen sozialistischen* Regierungssystems. Das Ziel gemäß deutlichem Volkswillen war eine souveräne, militärisch neutrale DDR [29].

Dies würde aber das Ziel einer NATO-Erweiterung blockieren, allein aus Gründen der militärischen Gelände- und Verfügbarkeit: Eine nicht zur NATO gehörende DDR würde zusammen mit Österreich, der Schweiz und der Gebirgskette zwischen der BRD und Tschechien (Fichtelgebirge, Pfälzerwald, Böhmerwald) einen für das US-Militär nahezu unpassierbaren Sperrgürtel quer durch Mitteleuropa legen, von den Alpen bis zur Ostsee. So wären die USA in der militärischen Nutzung neu hinzugewonnener osteuropäischer NATO-Staaten behindert.

Vor allem könnte der Schwerlast-Nachschub aus den USA nicht mehr über die BRD-Nordseehäfen und den Landweg durch die DDR hindurch erfolgen (Eisenbahn und Autobahn). Für solche Transporte blieben dann nur die Binnenmeere Ostsee und Schwarzes Meer, aber mit deren Grundproblem, dass sich die engen Zufahrten zu diesen Gewässern (Großer und Kleiner Belt, Öresund, Bosphorus) leicht durch Seeminen abriegeln lassen.

Damit war es für Bush zwingend notwendig, eine souveräne DDR zu verhindern, egal, welches innere politische System dort bestehen würde. Die Schlussklärung des NATO-Gipfels im Mai 89 in Brüssel benannte – sicherlich nicht ohne Zustimmung des dort anwesenden Bush – den Lösungsweg, nämlich das Ziel, dass „*das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt*“ [37], auch lesbar als: „*weg mit der DDR!*“

3.3 USA und BRD gegen den Rest

Als Hilfe bei der Lösung dieser Aufgabe bot sich die BRD-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl an. Er hatte sich schon bei der Pershing-II-Raketenstationierung in der BRD 1984 [24] als zuverlässiger US-Partner erwiesen. Nun traf sich Bushs Ziel, eine souveräne DDR zu verhindern, mit dem unübersehbaren Ehrgeiz Kohls, aus einer persönlichen Problemphase innenpolitischen Abstiegs 1989 herauszufinden und obendrein als der Schöpfer der deutschen Einheit in die Geschichte einzugehen.

Kohl hatte seinen geplanten Weg zu diesem Ziel Ende November 89 in einem *10-Punkte-Plan* veröffentlicht, nämlich die Vereinigung von BRD und DDR in einem Zentralstaat [38]. Daraufhin konnte Bush bei der NATO-Tagung eine Woche später als Vorbedingung für seine Zustimmung zu Kohls Vorhaben nennen: deutsche Vereinigung ja, aber „*im Kontext der fortwährenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der NATO*“ [39].

Dies wurde fortan überwiegend interpretiert als „*das vereinte Deutschland wird Mitglied der NATO*“. Bush hatte aber – mit der wolkigen Erwähnung von „*Verpflichtungen*“ – auch den Verbleib von US-Truppen auf deutschem Boden zur Vorbedingung gemacht, obendrein mit Atomwaffen. Mit einer NATO-Mitgliedschaft hatte dies *nichts* zu tun, sondern es würde, wenn überhaupt, durch zweiseitige Verträge geregelt. Jedenfalls war damit seitens Kohl und seitens Bush „*die Katze aus dem Sack*“.

3.4 Bündnis zweier „Irrläufer“

Die Kohlsche Absicht der deutschen Vereinigung bestand darin, der DDR das BRD-Rechtssystem überzustülpen [40]. Dies war

beim DDR-Volk aber nicht akzeptiert. Ohnehin lehnten die meisten westeuropäischen Regierungen generell ab, dass die beiden deutschen Staaten sich vereinigen würden, aus Furcht vor der Wirtschaftsmacht dieses neuen Gebildes. Also rundum negativ.

Bushs Vorbedingung, das vereinte Deutschland müsse NATO-Mitglied sein, mit US-Truppen und Atomwaffen auf deutschem Boden, war offensichtlich für die Sowjetunion nicht akzeptabel – oder allenfalls unter der Gegenbedingung, dass auch die sowjetischen Truppen auf deutschem Boden stationiert bleiben, was Bushs Projekt der NATO-Osterweiterung vereitelt hätte. Also auch negativ.

Somit drängte sich der Eindruck auf, Bush habe mit Kohl auf einen realitätsfernen „*Irrläufer*“ gesetzt, und umkehrt habe Kohl in Bush ebenfalls einen „*Irrläufer*“ sehen müssen. Dennoch sollten es beide „*Irrläufer*“ in einem unwahrscheinlichen Zusammenwirken überraschend schaffen, ihre Ziele durchzusetzen:

Mangels Unterstützern in Europa blieb für Kohl der einzige geeignete Verbündete Bush. Dabei hatte Kohl die Erfahrung, dass die USA mit ihrer Wirtschafts- und Militärmacht auch unpopuläre Forderungen durchsetzten, wenn ihnen dies nützlich erschien. Als eigenen Pluspunkt hatte Kohl als BRD-Bundeskanzler Zugang zu erheblichen Geldmitteln. Die BRD-Regierung pflegte guten Kontakt zur *Deutschen Bank* und zur *Dresdner Bank*. Die BRD stand 1989 im weltweiten Vergleich der Bruttoinlandsprodukte (BIP) an vierter Stelle der Industriestaaten der Welt, hinter den USA, Japan und der Sowjetunion, vor Großbritannien und Frankreich [41] (China stieg erst ab etwa 2000 zum Industriestaat auf). Geld war also für Kohl verfügbar.

Ohne einen finanziell leistungsfähigen Partner konnte Bush das Ziel „*weg mit der DDR!*“ nicht erreichen, denn Gelder aus dem US-Kongress für Vorgänge in Europa konnte er nicht erwarten – und schon gar nicht für den Kauf sowjetischer Zustimmung zu solchen Vorgängen. Auch Kohl plante, die DDR-Souveränität zu beseitigen. So hatte Bush mit Kohl eine Problemlösung, aber zugleich auch keine personelle Alternative zu ihm.

3.5 Schnelligkeit

Kohl hatte – spätestens seit der Pershing-II-Stationierung 1984 in der BRD – die Erfahrung, dass er unpopuläre eigene Ziele gegen beliebige BRD-Bürgermehrheiten durchsetzen konnte, mit dem Hebel des politischen Systems der BRD, basierend auf einem *Grundgesetz* [9], das die westalliierten Besatzungsmächte 1949 eingeführt hatten und seither stützten. In einer innenpolitischen Problemphase sah Kohl mit der Öffnung der Berliner Mauer eine Chance, sogar zum *Schöpfer der deutschen Einheit* aufzusteigen. Dabei erwartete er offenbar, dass sich die nötigen politischen Zustimmungen der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs wohl kaufen lassen würden, für Geld aus der BRD-Wirtschaftskraft oder für politische Zugeständnisse.

Kohl sah auch, dass sein Plan der deutschen Vereinigung nur unter Bruch konventioneller, ordnungsgemäßer Verfahrenswesen gelingen konnte, und nur mit überrumpelnder Geschwindigkeit. Spätestens Mitte 1989 dürfte Kohl klar geworden sein, dass Gorbatschow nicht mehr lange sowjetischer Staatschef sein würde, denn der Zusammenhalt des Warschauer Pakts und sogar der Sowjetunion selbst bröckelte unübersehbar. Auch stand Gorbatschow in Moskau in scharfer Kritik einer Gruppe um den Außenpolitiker Valentin Falin, unter dem Vorwurf, sowjetische Interessen nur unzureichend zu vertreten [42].

Aber Kohl schätzte richtig ein und erklärte diese Sicht im Februar 90 auch gegenüber Bush [40]: In Gorbatschows wirtschaftlicher Notlage [43] würden von ihm militärische Zugeständnisse für Geld käuflich sein. Bei künftigen Nachfolgern im Kreml wäre das nicht gewiss, sondern dann wäre zu Deutschland die unverhandelbare Position zu erwarten: „*Wir ziehen unsere Truppen aus der DDR ab, wenn auch die anderen drei Besat-*

zungsmächte ihre Truppen aus der BRD abziehen.“ Alle hätten es verstanden. Es wäre aber unakzeptabel für Bush gewesen.

Somit war klar: Was auch immer Kohl unternehmen wollte, er bräuchte Gorbatschow als noch entscheidungsbefugten sowjetischen Staatschef, und deshalb müsste alles extrem schnell gehen. Am Ende kam die deutsche Vereinigung gemäß Kohls „Drehbuch“ nur elf Monate nach Öffnung der Berliner Mauer.

3.6 Befehl Grundgesetz

So ging es also im Dezember 89 um die Frage, wie denn die deutsche Vereinigung konkret erfolgen sollte. Von einer „Wiedervereinigung“ konnte man nicht sprechen, denn die beiden Landesteile hatten sich über die 40 Jahre ihrer Existenz auseinander entwickelt. Also kam der dehnbare Begriff „Vereinigung“ ins Gespräch, und daraus wurde dann noch kürzer: „Einigung“.

Der naheliegende Weg, dass die DDR ihren begonnenen Reformkurs bis zum souveränen Staat DDR weiter führt und mit der BRD je nach Situation zweiseitige Verträge abschließt, fiel für Kohl aus, denn für Bush wäre eine souveräne DDR unakzeptabel, als Hindernis gegen die NATO-Osterweiterung.

Aber für Kohl bot sich das BRD-Grundgesetz [9] an: Er konnte – zutreffend – behaupten, dies und nichts anderes sei sein verpflichtender Dienstweg. Tatsächlich enthielt das Grundgesetz in der 1989 gültigen Fassung ein *Wiedervereinigungsgebot*, andererseits auch einen Auftrag für eine zu schaffende Verfassung.

Das Grundgesetz war nämlich keine vom Volk beschlossene Verfassung, sondern ein militärischer Besatzungsbefehl der Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich aus dem BRD-Gründungsjahr 1949. Es hatte den Zweck, diesen Besatzungsmächten die ungestörte Militarisierung der drei zur BRD zusammengefassten westalliierten Besatzungszonen Deutschlands möglich zu machen. Zugleich sollte das Grundgesetz ein freiheitlich-demokratisches Erscheinungsbild der BRD erzeugen, obwohl es sich staatsrechtlich um ein Besatzungsgebiet handelte, also um eine Militärdiktatur, gewissermaßen verkleidet in einem demokratischen Staatsmantel.

Der Besatzungszweck, die Beseitigung des Nazi-Regimes, war schnell erreicht und breit akzeptiert. Anschließend musste die deutsche Bevölkerung zuverlässig am Widerstand dagegen gehindert werden, dass die Besatzungsmächte die BRD zu einem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion aufbauten, denn die Bevölkerung lehnte das ab, und es war völkerrechtlich fragwürdig.

Um solchen Bürgerwiderstand gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern ihn im Ansatz zu stoppen, und zwar durch eine eingesetzte *deutsche* Verwaltung, blockierte das Grundgesetz die Volksabstimmung (Referendum) auf Bundesebene. Sicherheitshalber wurde *zusätzlich* der BRD-Länderebene jegliche Zuständigkeit für Militärfragen entzogen.

Als eine dritte Sicherung wurde das politische System im Grundgesetz als *repräsentative* Parteiendemokratie installiert, nach dem Vorbild der USA, wo dieses System 1787 zuerst eingeführt worden war.

3.7 James Madisons Trick

Als „*Erfinder*“ der drei-gewaltenteiligen Demokratie (Parlament, Regierung, Gerichte) um 1750 gilt der französische Baron Charles de Montesquieu. Er hatte erkannt, dass seine Konstruktion, heute als „*direkte Demokratie*“ bezeichnet, nur in kleinen Einheiten funktionieren kann [44], denn mit zunehmender Größe und den großen dort bewegten Geldwerten wächst auch die Korruption, die die Demokratie zerstört. In einer großen Demokratie müssen also die Regionen eigene Souveränität haben.

1776 waren die USA gegründet worden, 1787 erhielten sie eine demokratische Verfassung. Dabei hatte eine Gruppierung um James Madison (von 1809 bis 1817 US-Präsident) dafür gesorgt, dass regionale Souveränität der US-Bundesstaaten auf

eine starke Zentralmacht übergang und die Bürger *nicht direkt* im Parlament das Land führten, sondern *über Repräsentanten*, also speziell ausgewählte Bürger. Mit diesem Kunstgriff wird die große Demokratie USA seither geführt. Madison selbst beschrieb die ausgewählten Parlamentarier als entweder reich oder hochgebildet [45]. Dieses System der *repräsentativen Demokratie* garantierte, dass die Bürger keinen direkten Einfluss auf Handlungen der Zentralregierung nehmen konnten. Die praktische Auswirkung war, dass die Reichen und Gebildeten gegen Ansprüche und Aufstände der Masse von Armen geschützt waren.

Einen weiteren Schub in gleicher Richtung brachte um 1890, dass sehr große Unternehmen – *Konzerne (corporations)* – in den USA als „*juristische Personen*“ die Rechte von Menschen erhielten, einschließlich des Rechts auf gerichtliche Klagen gegen Bürger, die die Konzerne durch ihre Finanzmacht zumeist gewannen [19]. Dieses System fasste auch in Europa Fuß.

Unter dem Grundgesetz bilden sich heute in Deutschland als Wahlergebnis untransparente Parteienkoalitionen, die niemand gewählt hätte. Die Bürger haben keine Möglichkeit, Bundestagsabgeordnete abzuwählen. „*Nebentätigkeiten*“ sind den Abgeordneten erlaubt, aber deren externe Kontakte und zusätzliche Geldeinnahmen bleiben geheim – eine Einladung zur Korruption. Bis zur nächsten Wahl haben die Bundestagsabgeordneten für die Chance zur erneuten Aufstellung als Wahlkandidaten, also zum Weiterbezug ihrer hohen Parlamentariergehälter, nur den Gehorsam gegenüber Vorgaben ihrer Parteien zu beachten. Das Monatsgehalt, „*Abgeordnetenentschädigung*“ genannt, beträgt 2023 über 10.000 Euro [46]. Hingegen droht ihnen keine Gefahr, gegenüber Bürgern irgendeine Rechenschaft abgeben zu müssen, etwa Wahlversprechen einzuhalten. So ist die Gewaltenteilung, also die gegenseitige Kontrolle zwischen Regierung und Parlament, über die Parteien kurzgeschlossen, also unwirksam.

Eine vierte Sicherung von Besatzungsinteressen gegen den Bürgerwillen brachte der kurze Grundgesetzartikel 31: „*Bundesrecht bricht Landesrecht*“. Der föderale Ansatz einer *Bundesrepublik* als dezentraler Zusammenschluss von Bundesländern wurde so in einen zentralstaatlichen Ansatz verkehrt, mit der einseitigen Möglichkeit der Bundesebene, nach eigenem Ermessen Zuständigkeiten der Länder an sich zu ziehen.

Dieses Grundgesetz hatte es möglich gemacht, dass 1953, während noch Tausende Deutsche in Kriegsgefangenschaft waren, die USA begannen, in der BRD Atomwaffen zu stationieren. Das Grundgesetz hatte es sogar möglich gemacht, dass um 1980 die BRD das Gebiet mit der größten Atomwaffendichte der Welt war, mit ca. 5.000 dort gelagerten US-Atomsprengkörpern, die meisten davon Granaten mit kurzen Reichweiten unter 20 km, also geeignet *nur* für die Explosion in der BRD, und so übten es die US-Streitkräfte in Osthessen [47]. Die Bevölkerung wurde nicht informiert über dieses Ausmaß der existentiellen Dauergefährdung durch die vermeintliche Schutzmacht.

Im Besatzungsinteresse hatte sich das Grundgesetz also bewährt, als scheinbar demokratischer Verfassungersatz. Als künftige Verfassung des vereinten Deutschland war das Grundgesetz aber wegen seiner Demokratiedefizite ungeeignet.

Ein fragwürdiger Aspekt der US-Demokratie ist im Grundgesetz *nicht* nachgeahmt: hunderte Millionen Dollar private (meist Konzern-) Spenden für jeden der beiden Kandidaten des US-Präsidentenwahlkampfes [18], ein für europäische Verhältnisse unvorstellbares Ausmaß an Korruption.

3.8 Artikel 146 oder 23?

Das BRD-Grundgesetz wurde dann 1990 fast unverändert als Verfassungersatz für das vereinte Deutschland übernommen, mit der Perspektive, die deutsche Verfassung binnen zwei Jahren zu schaffen und durch eine Volksabstimmung in Kraft zu setzen. Aber bis heute wurde dies nicht einmal begonnen.

Der Auftrag, die deutsche Verfassung zu schaffen, steht im Grundgesetzartikel 146 [9]. Dies hätte 1989 – zusammen mit der Reformverfassung der DDR [8] – der Ansatzpunkt sein müssen, dass beide deutsche Staaten gemeinsam eine Verfassung für einen vereinten, also neuen Staat verabreden. Allerdings scheint es angesichts der grundlegenden Systemunterschiede fraglich, ob ein für das Gesamtgebiet passender Verfassungstext überhaupt möglich gewesen wäre. Vermutlich hätte eine mehrheitsfähige gesamtdeutsche Verfassung weiterhin geografisch zwei Rechtsräume (Ex-BRD, Ex-DDR) unterscheiden müssen.

Für Kohl gab aber der Zeitfaktor den Ausschlag: Eine deutsche Verfassung hätte einen längeren Prozess gebraucht, obendrein mit dem Risiko des Scheiterns und des Weiterbestands einer souveränen DDR – für Bush und folglich für Kohl unakzeptabel. Ein anderer Weg musste her [48].

Hier bot sich ein historischer Präzedenzfall an [49]: Nach Kriegsende 1945 hatte Frankreich die besetzte deutsche Grenzprovinz Saarland in sein Staatsgebiet einbezogen, also praktisch annektiert, völkerrechtswidrig und gegen den Willen der dortigen Bevölkerung. Dauerkontroversen störten eine französisch-deutsche Freundschaftsoptik. So vereinbarten Frankreich und die BRD 1955 eine Volksabstimmung im Saarland. Über zwei Drittel stimmten für den Wechsel zur BRD. Deren Grundgesetz sah für solchen Fall in seinem Artikel 23 den *Beitritt* neuer Bundesländer vor. Das Saarland erklärte diesen Beitritt und ging damit als reguläres neues Bundesland in der BRD auf.

Bereits im Februar 1990 bestand in der BRD-Regierung der Fahrplan, die DDR müsse nach Artikel 23 der BRD beitreten [40]. Dies schien für Kohl die ideale Methode, denn damit wäre die DDR mit ihrer Unterschrift unter einen entsprechenden Vertrag sofort und spurlos aufgesogen.

3.9 Zusammenspiel Kohl-Bush

Mit der westlichen Festlegung auf die deutsche Vereinigung begann unmittelbar nach der Öffnung der Berliner Mauer ein kaum zu glaubendes Zusammenspiel von Kohl und Bush. Das Ziel war abgesteckt: (a) durch Einwirkung auf Gorbatschow den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu bewirken, ohne an der Stationierung der Truppen der USA [50], Großbritanniens [51] und Frankreichs [52] und besonders der westlichen Atomwaffen [53] in der BRD irgendetwas ändern zu müssen, und (b) durch den BRD-„*Beitritt*“ der DDR deren Souveränität zu beseitigen.

Am Tag nach der Maueröffnung hatte Kohl in West-Berlin auf einer Kundgebung gesprochen, mit ersten Hinweisen auf sein Projekt der Vereinigung BRD-DDR („*unsere moralische Verpflichtung für die Einheit unserer deutschen Nation*“) [54]. Ende November 89 hatte er dann sein Programm für die Vereinigung BRD-DDR veröffentlicht [38], und eine Woche später hatte Bush seine Vorbedingung für die Zustimmung zu diesem Schritt erklärt: Deutschland in der NATO [39].

Auch war vorgeklärt: Die USA würden die antisowjetische Opposition in osteuropäischen Ländern finanziell unterstützen, aber auf keinen Fall Geld geben für die Sowjetunion oder die DDR. Solche Kosten müsste Kohl tragen. Wohl um Bush zu gefallen, hatte er ihm am 17.11.89 telefonisch mitgeteilt, er werde eine US-Spende von 250 Mio. Dollar an die Opposition in Polen durch eine eigene Spende in gleicher Höhe aufstocken [55]. Im Kontrast dazu machte drei Tage später der BRD-Kanzlerminister Rudolf Seiters der DDR-Regierung Modrow klar: Finanzielle Hilfe erst nach Abschaffung des Sozialismus [29]. Der bekanntlich anders ausgerichtete Volks- und Regierungswille in der DDR interessierte in Bonn offenbar nicht.

3.10 Erfolgreich, aber verzagt

Nicht mal einen Monat nach Maueröffnung war in Ost-Berlin erstmals ein „*Runder Tisch*“ zusammengelassen, aus der SED,

den Blockparteien, Massenorganisationen und den bedeutendsten Oppositionsgruppen [56], und Anfang Februar 90 war die DDR-Reformregierung Modrow mit den neuen Ministern aus Oppositionsgruppen und neu gegründeten Parteien vollständig in Betrieb [57]. Modrow hatte kurz zuvor einen *Vier-Punkte-Plan* veröffentlicht: militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zu einem Staatenbund, dies im Einvernehmen mit der sowjetischen Führung [58].

Aber in der neuen DDR-Führung hatte sich eine eigentümliche Verzagtheit breitgemacht. Ein erster Hinweis darauf: Die Modrow-Regierung hatte widerstandslos zugelassen, dass Kohl kurz vor Weihnachten 89 eine Großkundgebung in Dresden abhielt, als Werbung für die Ost-CDU [59]. Völkerrechtlich war dies die Einmischung eines ausländischen Spitzenpolitikers in die inneren Angelegenheiten eines UN-Mitglieds.

Auf Demonstrationen tauchten erstmals in der BRD hergestellte Transparente auf, mit der Parole „*Wir sind ein Volk*“, statt im DDR-Original „*Wir sind das Volk*“ [60]. BRD-Fahnen waren an Bambusstangen befestigt, die es in der DDR nicht gab [61]. Auch hatte die Regierung Modrow, soweit bekannt, keine Beschränkungen auferlegt für verdeckte Finanzflüsse und materielle Unterstützung aus der BRD zugunsten von DDR-Parteien. Wenn schon nicht ein Verbot, so wäre doch zumindest eine Pflicht zur Veröffentlichung solcher Geldflüsse geboten gewesen. Aber selbst das fehlte.

3.11 Wunderwaffe D-Mark

Sechs Wochen vor dem DDR-Wahltermin zündete Kohl seine wirksamste Bombe gegen die DDR: Ohne Absprache mit der Modrow-Regierung kündigte er an, in Kürze würde die D-Mark (DM) anstelle der DDR-Mark (M) das Zahlungsmittel in der DDR [62]. Der Umtauschkurs 1:1 war im Gespräch, verbunden mit der vertrauensseligen Erwartung baldiger – Wortlaut Kohl: – „*blühender Landschaften*“ in der DDR.

Die DDR-Regierung versäumte, gegen diese massive Einmischung einzuschreiten. Auch befand sich Kohl mit seiner DM-Ankündigung im Widerspruch zur Leitung seiner *Bundesbank* und zu BRD-Wirtschaftsführern [62]. Von dort kam die Mahnung, das Gefälle zwischen der BRD und der DDR sei zu groß, die DDR-Wirtschaft wäre bei ungeschützter Öffnung zum westlichen Markt nicht konkurrenzfähig und würde vernichtet. Statt solche Einwände nachzuprüfen, redete Kohls Regierung den angespannten Zustand der DDR-Wirtschaft zusätzlich schlecht, weit über die reale Situation hinaus, mit der Falschbehauptung, die DDR stünde kurz vor dem Staatsbankrott [63].

In Wahrheit stand trotz aller Schwierigkeiten die DDR-Industrie im sowjetisch geführten Wirtschaftsbandnis *RGW* gegenüber den übrigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten in einer gefestigten Position [64]. Der Leiter des Statistischen Bundesamts in Berlin, Oswald Angermann, stellte fest, eine akute Kollapsituation der DDR sei nicht erkennbar gewesen: „*Bei einem geschützten Binnenmarkt und eigener Währung hätte die DDR noch 20 Jahre so weiterwursteln können*“ [29].

Mitte Februar 90 reiste die reformierte DDR-Regierung zu einem Staatsbesuch in die BRD-Hauptstadt Bonn. Modrow und Kohl vereinbarten die Einrichtung einer Kommission zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Doch Modrows Bitte um Finanzhilfen wurde abgewiesen [62].

Ein neues DDR-Wahlgesetz vier Wochen vor dem Wahltermin 18. März 90 brachte ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, und Listenvereinigungen von Parteien wurden zulässig [65]. Damit war rechnerisch klar, dass eine von der West-CDU organisierte, finanzierte und gesteuerte Gruppierung von DDR-Parteien mit dem DM-Versprechen die Volkskammerwahl mit hoher Wahrscheinlichkeit gewinnen würde. Noch vier Tage vor der Wahl trat Kohl als Hauptredner einer Großkund-

gebung in Leipzig auf, der Platz dekoriert mit BRD-Flaggen [66]. Die Regierung Modrow, doch Inhaber des Hausrechts in der DDR, ließ dies zu.

3.12 Freie Wahl

Bei der ersten freien Volkskammerwahl [67] am 18.3.1990 erreichten 15 Parteien mehr als 0,1% der Stimmen. Mit schwächerem Ergebnis als erwartet übernahm eine CDU-geführte Koalition (aus CDU (40,8% der Stimmen), DSU (6,3%) und DA (0,9%)) die Regierungsbildung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU).

Als Alternative wäre sogar eine absolute Mehrheitskoalition anderer Parteien möglich gewesen, nämlich aus SPD (21,9%), PDS (umgetaufte SED) (16,4%), BFD (5,3%), Bündnis 90 (2,9%), DBD (2,2%) und Grünen (2,0%). Dies vereitelte aber ein geschichtsblinder – und von internen „U-Booten“ geschürter? – Streit zwischen SPD und PDS. Die Weichen für den schicksalhaften Anschluss der DDR an die BRD waren damit gestellt.

Ungeklärt ist die Frage, warum de Maizière, Jurist, Musiker und Befürworter des Sozialismus in der DDR, nach seinem Regierungsantritt Mitte April 90 nicht den bereits fertigen Entwurf der DDR-Reformverfassung [8] zügig seiner Bevölkerung zur Abstimmung vorlegte [68]. Er war doch vermutlich mehrheitsfähig, und das Ergebnis der Volksabstimmung hätte Modrows Verhandlungsposition gegenüber der BRD gestärkt. Aber zumindest die CDU-Abgeordneten erhielten den Text gar nicht [121] – rechtswidrige Eingriffe in die Arbeit der Volkskammer?

Den letzten Rest an Souveränität verlor die DDR, als im Mai 90 die Finanzminister Walter Romberg (DDR) und Theo Waigel (BRD) einen Staatsvertrag über eine *Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* unterzeichneten. Der Vertrag trat am 1. Juli 90 in Kraft. Die DM war damit das Zahlungsmittel in der DDR, und das Staatsvermögen der DDR war an die BRD gefallen.

Dieses Staatsvermögen in Höhe von geschätzt umgerechnet rund 300 Milliarden Euro [32] wurde daraufhin binnen weniger Jahre von der BRD-Finanzverwaltung, der ihr unterstehenden *Treuhandanstalt* [69] und Ämtern für die *Regelung offener Vermögensfragen* an private Personen und Unternehmen „*verhökert*“, sogar noch mit Verlusten über 100 Milliarden Euro infolge einer Welle von Korruption, teils in Verkleidung als Unfähigkeit.

Noch Ende Juli 90 ersetzte die Volkskammer hastig und intern umstritten den seit 1952 praktizierten Verwaltungszuschnitt der DDR (14 „*Bezirke*“) durch fünf größere „*Länder*“, nach dem Zuschnitt durch die sowjetische Besatzungsmacht von 1949 [70]. Warum das? Die Größe der DDR-Bezirke bewegte sich doch vergleichbar den BRD-Ländern Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg und Bremen. Ging es um die Senkung des künftigen zahlenmäßigen Gewichts der Ex-DDR (5 statt 14) im Bundesrat?

Seinen Abschluss fand der DDR-Untergang mit der Unterzeichnung des *Einigungsvertrags* zwischen BRD und DDR Ende August 1990. Wieviele Volkskammerabgeordnete waren in der Lage gewesen und hatten Zeit genug, diesen fast tausendseitigen Text durchzuarbeiten? Historiker werden herausfinden müssen, welche Fehlverhalten welcher DDR-Regierungsmitglieder und Volkskammerabgeordneten diese rasante und bedingungslose Kapitulation der DDR vor der BRD bewirkt haben.

Das Ergebnis ist bekannt und wirkt bis heute nach: Wegfall des starken DDR-Mieterschutzes und der Grundsatz *Rückgabe vor Entschädigung* – so erhielten BRD-„*Alteigentümer*“ oder deren Erben Rechte an DDR-Wohngebäuden, und die Hälfte der DDR-Bevölkerung verlor die Sicherheit ihrer Wohnung [29]. Die Zerstörung der Wirtschaft machte über drei Millionen DDR-Bürger arbeitslos [71]. 97% des DDR-Staatsvermögens ging an Unternehmen oder Bürger der BRD oder fremder Staaten [29]. Man kommt in der Gesamtsicht nicht umhin, den Vorgang als einen *Staatsstreich* der BRD gegen die DDR zu bewerten.

Die Übernahme des DDR-Staatsvermögens durch die BRD war aber nur nützlicher „*Beifang*“ bei der Hauptaktion, die Souveränität der DDR zu beseitigen, im Interesse der widerstandslosen Osterweiterung der NATO durch die USA.

3.13 Zwei Morde

Die DDR-Regierung Modrow war Mitte November 1989 mit der klaren Absage an die Vereinigung mit der BRD angetreten. Aber Geldmangel schränkte ihre Handlungsfreiheit ein. Die größte BRD-Bank *Deutsche Bank* hätte vermutlich den von der DDR benötigten Zwischenkredit in Höhe von 15 Milliarden DM [29] gewähren können. Seinen Äußerungen nach [72] schien der Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, bereit, der DDR zu helfen. Aber dazu kam es nicht, denn Ende November 89 wurde er Opfer eines militärisch professionellen Mordanschlags, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Soweit bekannt, wagte danach keine BRD-Bank, der DDR den benötigten Kredit zu gewähren.

Auf ähnlicher Linie scheint ein späterer zweiter, ebenfalls professionell ausgeführter Mordfall zu liegen: Der Chef der Treuhandanstalt, Detlev Rohwedder, stellte Ende 1990 nach einigen Monaten Zerstörungsarbeit an der DDR-Wirtschaft fest, dass das Verschleudern der DDR-Betriebe an großenteils unseriöse Käufer durch die Treuhand ein Fehler sei; fortan sollte die Treuhandanstalt Unternehmen im DDR-Volkseigentum belassen und im Weiterbestand fördern [73]. Dies hätte aber eine Chance für eine erneute Rest-Souveränität der DDR bedeutet. In Revision des zu dem Zeitpunkt bereits hoch umstrittenen *Einigungsvertrags* und unter dem stark angewachsenen öffentlichen Druck wäre dies möglicherweise gelungen. Aber auch dazu kam es nicht, denn Rohwedder wurde zu Ostern 91 Opfer eines professionellen Mordanschlags, der ebenfalls bis heute nicht aufgeklärt ist. Seine Nachfolgerin Birgit Breuel setzte auf ungebremsen Vortrieb der Privatisierung des DDR-Vermögens.

3.14 Nicht einen Zoll

Die US-Regierung interessierte sich nur soweit für die Vorgänge zwischen BRD und DDR, als es den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und die Beseitigung der DDR-Souveränität betraf. Eigentlich war klar, dass mit Ende des Kalten Krieges der Abzug *aller* Besatzungstruppen von deutschem Boden fällig wäre. Für die Höhe des US-Militärhaushalts war es aber entscheidend, weiterhin deutsches Gebiet, zumindest aber die BRD für das US-Militär zur freien Verfügung zu haben und nicht durch eine souveräne DDR an der Osterweiterung der NATO gehindert zu sein. Hilfreich war dabei, dass Gorbatschow Geld brauchte. Aber es blieb ein Problem, dass der US-Kongress *keine* Geldflüsse an die Sowjetunion bewilligen würde. Deshalb war Kohl mit seinen BRD-Finanzquellen für Bush die Rettung.

Der BRD-Außenminister Genscher ging Ende Januar 90 mit dem Konzept an die Öffentlichkeit, das vereinte Deutschland käme in die NATO, aber die Sowjetunion erhalte die *Zusicherung*, dass die NATO nicht über die bisherige NATO/Warschauer-Pakt-Grenze hinaus nach Osten erweitert würde. Der US-Außenminister James Baker übernahm sofort diesen Ansatz und präziserte ihn werbewirksam mit der Zusicherung, die NATO würde „*nicht einen Zoll*“ (*not one inch*) nach Osten erweitert [74]. Anfang Februar 90 stimmte Gorbatschow wider Erwarten dieser Problemlösung zu. Inwieweit hier konkrete BRD-Geldflussversprechen mitgewirkt hatten, ist nicht bekannt.

3.15 Reise nach Camp David

Ende Februar 90 hatte Kohl in Camp David (USA) eine Besprechung mit US-Präsident Bush und dessen Außenminister Baker über das weitere Vorgehen. Außenminister Genscher hatte Kohl nicht mitgenommen, denn der hatte sich mit seiner Formel „*Deutschland in der NATO, dafür keine NATO-Osterweiterung*“

den Unmut der US-Regierung zugezogen, und damit auch Kohls Unmut. Baker erwähnte nicht mehr seine Zusicherung an Gorbatschow, die NATO „nicht einen Zoll“ nach Osten zu erweitern.

Das Geheimgespräch, dessen Wortprotokoll 2009 in den USA freigegeben wurde [40], erscheint von der amerikanischen Seite als sehr offen. Bush erklärte Kohl freimütig, er stünde unter Druck, den Umfang der US-Truppen und die Militärausgaben zu senken: „Wir werden gefragt: Wer ist der Feind? (...) Das Konzept, dass Deutschland in der NATO ist, ist absolut entscheidend (...) Wir werden weiterhin US-Truppen in Deutschland und in Europa halten, trotz des Drucks (...) Was mir Sorgen macht, ist das Gerede, dass Deutschland nicht in der NATO bleiben darf. Zum Teufel damit. Wir haben uns durchgesetzt und sie (die Sowjets) nicht. Wir können den Sowjets nicht erlauben, sich aus der Niederlage den Sieg zu greifen. Wir haben heute im Kongress ein wirres Denken, Ideen wie diese Friedensdividende (...) Ich bin mir sicher, Sie stimmen mir zu, dass die KSZE nicht die NATO ersetzen kann, als Kern der Abschreckungsstrategie des Westens und als die grundlegende Rechtfertigung für US-Truppen in Europa“ [40].

Offene Worte Bushs auch zu Atomwaffen: „Wir wissen, dass amerikanische Atomwaffen ein wesentlicher Teil der US-Militärpräsenz in Deutschland sind. Wenn die amerikanischen Atomstreitkräfte aus Deutschland abgezogen werden, dann sehe ich nicht, wie wir irgendeinen anderen Verbündeten auf dem Kontinent überzeugen können, diese Waffen zu dulden. Denn wenn es Unsicherheit gibt, brauchen wir die atomare Präsenz in Deutschland. Unsere Öffentlichkeit sieht die atomare Abschreckung als den Schutz für unsere Jungs. Ich fürchte, dass wir, wenn wir die Atomwaffen verlieren, zuhause den Rückhalt für die US-Truppen unterminieren“ [40]. Wo also würden die Atomwaffen gezündet?

Kohl wollte Bush gefallen: „Die Sowjets könnten für eine begrenzte Zeit in Deutschland bleiben (...). Aber es darf nicht für längere Dauer sein“.

Bush: „So dass wir nicht sagen: Alle Sowjets müssen gehen, und auch alle US-Truppen müssen Deutschland verlassen“.

Kohl: „(...) Sie müssen bleiben, selbst wenn die Sowjets Deutschland verlassen“.

Bush: „Die deutsche Vollmitgliedschaft (in der NATO) ist die Voraussetzung dafür, dass wir US-Truppen in Europa halten können. Sie müssen das verstehen“.

Kohl: „Das gefällt mir sehr. Ich möchte Amerika in Europa, und nicht nur seine militärische Präsenz“ [40].

Kohl machte vor Bush kein Geheimnis daraus, die von Gorbatschow benötigten Zustimmungsbuchstäbchen kaufen zu wollen: „Gorbatschow wird seine eigene Sichtweise auf die NATO haben. (...) Es wird Besorgnisse der Sowjets geben, über ihre Sicherheit, wenn Deutschland in der NATO bleibt. Und sie werden eine Gegenleistung haben wollen (...). Die Sowjets sind beim Verhandeln. Aber das dürfte sich als eine Geldsache herausstellen. Sie brauchen Geld“. Bushs knappe Antwort: „Sie haben tiefe Taschen“ [40]. Mit anderen Worten: Kein US-Geld.

Baker an Kohl: „Zur Währungsunion, was sind Ihre Pläne?“ Kohl darauf: „Es muss schnell gehen. Die gesamte Verbesserung setzt eine Währungsreform voraus. Dies bedeutet, dass wir das Geldsystem der Bundesbank unterstellen müssen. Heute gibt es in der DDR keine Privatbanken, aber damit kann man umgehen. Das ist eine echte Chance auch für die Bundesrepublik“ [40].

Sogar der „Beitritt“ der DDR nach Grundgesetzartikel 23 war Februar 1990 schon ausgemacht, denn Baker erwähnte dies [40].

3.16 Nichts gewesen

Ab 1991 behaupteten die USA und die NATO, Aussagen „keine NATO-Osterweiterung“ seien nur persönliche Meinungsäußerungen gewesen, keine staatlichen Zusicherungen, es gebe ja

keine Schriftform. Mag solche Unverbindlichkeit überseeischer Händlerpraxis entsprechen – in Europa sind bei wichtigen Themen solche mündlichen Erklärungen verantwortlicher politischer Amtsträger *gültige Ehrenworte* mit *mindestens* der Verbindlichkeit schriftlicher Verträge – „ein Mann – ein Wort“.

Beispiele sind 1955 die Heimkehr tausender deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion aufgrund von Ehrenworten zwischen Konrad Adenauer (BRD) und Nikolaj Bulganin (Sowjetunion) oder 1962 in der Kuba-Krise der Stop des anlaufenden Atomkriegs aufgrund von Ehrenworten zwischen John F. Kennedy (USA) und Nikita Chruschtschow (Sowjetunion).

Im übrigen belegen westliche Protokollunterlagen von 1991 die Zusicherungen an Gorbatschow, die NATO nicht nach Osten zu erweitern [75]. So notierte der deutsche Diplomat Jürgen Chrobog über ein Treffen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6.3.91: „Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten.“ Der US-Vertreter Raymond Seitz sagte: „Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen –, dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.“

Genscher wurde 1990 der erste Außenminister des vereinten Deutschland. Diese Kontinuität erhöht noch das Gewicht seines Ehrenworts an Gorbatschow und damit an Russland.

Insbesondere Deutschland muss mit seiner schuldhaften Geschichte gegenüber Russland solche fundamentalen Zusicherungen strikt einhalten, zumal in der aktuellen Rolle als Kriegspartei gegen Russland im Ukrainekrieg seit 2022 und einer offiziellen deutschen Politik, „Russland derart zu schädigen, dass es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“, wie die deutsche Außenministerin 2022 die Zielsetzung beschrieb [76]. Wer denkt zu Ende, was geschieht, wenn in Russland Kreise, die radikaler sind als die Regierung Wladimir Putin, auf eine gewaltsame Lösung eines vermeintlichen „deutschen Problems“ Russlands drängen, mit der Begründung deutschen Fehlverhaltens zu Lasten Russlands seit 1990?

3.17 Zwei plus Vier

Jedenfalls musste die Souveränität von BRD und DDR durch einen Vertrag der 4 Besatzungsmächte mit den 2 deutschen Staaten freigegeben werden, also ein Format „4+2“, 4-mal Geben, 2-mal Nehmen. Im Februar 1990 schlug Baker aber vor, stattdessen die deutsche Vereinigung in den Mittelpunkt zu stellen, das heißt, die umgekehrte Ordnung zu praktizieren: „2+4“. Die Sowjetunion akzeptierte diese Umstellung [77]. Damit war im US-Interesse das kritische Thema NATO in den Hintergrund geschoben. Auch Kohl sah in „2+4“ eine gute Methode, Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag zu vermeiden, mit Dutzenden ehemaligen Kriegsparteien des Zweiten Weltkriegs, die von Deutschland Reparationszahlungen fordern würden.

Nach drei Verhandlungsterminen ab Mai 1990 kam es im September 90 in Moskau zum Abschluss des 2+4-Vertrags [1]. Darin war auf sowjetischen Wunsch der DDR ein militärischer Sonderstatus zugewiesen, nämlich dort keine Stationierung oder „Verlegung“ nicht-deutscher Bündnis-Einheiten und keine Atomwaffen oder deren Trägermittel. Dazu gehörte eine vereinbarte Protokollnotiz: Die Regierung des vereinten Deutschland würde über solche „Verlegungen“ entscheiden und habe dabei die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei zu berücksichtigen.

Vorausgegangen war ein Treffen von Kohl, Gorbatschow, Genscher, dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und anderen im Juli 1990 in Gorbatschows Heimat im Kaukasus [78]. Hier wurde der Abzug der sowjetischen Truppen

aus der DDR bis 1994 vereinbart, ferner Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion. Die DDR-Regierung de Maizière war nicht beteiligt, nicht einmal vorab informiert.

3.18 Feilschen in letzter Minute

Markus Meckel (SPD), DDR-Außenminister von April 1990 bis zum Austritt der SPD-Minister aus der DDR-Regierung de Maizière Ende August 90, berichtete über ein intensives Feilschen zwischen Gorbatschow und Kohl in den letzten Tagen vor dem Abschluss des 2+4-Vertrags, der für den 12. September in Moskau angesetzt war [79]: Am 5.9. kam die sowjetische Seite mit einer erhöhten Forderung – 36 Milliarden DM. Am 7.9. bot Kohl 8 Milliarden DM an. Aber Gorbatschow verlangte mehr. Am 10.9. – zwei Tage vor Vertragsabschluss – bot Kohl 11 bis 12 Milliarden. Gorbatschow hielt dagegen, er brauche 15 bis 16 Milliarden. Kohl bot 12 Milliarden plus einen zinslosen Kredit von 3 Milliarden, insgesamt also 15 Milliarden DM, sämtlich BRD-Geld. Daraufhin stimmte Gorbatschow dem Abschluss des 2+4-Vertrags zu [79].

3.19 Gorbatschows Geheimnis

Im 2+4-Vertrag kommt das Wort NATO nicht vor. Die Rede ist lediglich von dem „*Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören*“. Auch ist festgehalten: „*Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten*“ [1]. Dies bedeutet aber auch, dass Rechte der ehemaligen Besatzungsmächte erloschen sind, ebenso Besatzungsbefehle in der kosmetischen Gestalt von „*Verträgen*“. Also könnte sich das vereinte Deutschland jederzeit als militärisch neutral erklären, wie es Österreich bereits ist.

Es bleibt Gorbatschows Geheimnis, warum er nicht erklärte, gemäß der Linie in seinem Partei-Zentralkomitee [42]: „*Wir ziehen unsere Truppen aus Deutschland nur dann ab, wenn auch die anderen nicht-deutschen Truppen abziehen*“. Dies hätte sich in dem gesonderten deutsch-sowjetischen Vertrag über den Abzug oder Teilabzug sowjetischer Truppen regeln lassen, der in Artikel 4 des 2+4-Vertrags angekündigt ist. Fürchtete Gorbatschow, bei solcher Forderung von Kohl kein Geld zu erhalten? Hat er damit für einen „*Spottpreis*“ die Sicherheitsinteressen seines Landes verkauft, also verraten? An den Gegner NATO?

3.20 Auftrag erfüllt

Am 3. Oktober 1990 konnte Kohl an Bush den erfolgreichen Vollzug „*weg mit der DDR!*“ melden, zugleich seinen persönlichen Sieg als Bundeskanzler des neuen Staates *vereintes Deutschland*. Dieser Staat war für den Anschein von Kontinuität mit dem namensgleichen Etikett der Besatzungs-BRD versehen, „*Bundesrepublik Deutschland*“, hatte aber mit der Besatzungs-BRD keinen Rechtsbezug. Der Vorgang brachte eine erhebliche wirtschaftliche Stärkung der Ex-BRD, auf Kosten der Ex-DDR.

Dies war nicht nur gegen den ursprünglichen Volkswillen der DDR geschehen, sondern auch ohne den erklärten Willen der BRD-Bevölkerung. Hatte die BRD-Bürgermehrheit bei der Bundestagswahl 1987 Kohl das Blanko-Mandat erteilt für eine so weitreichende und teure Blitzaktion, die sich alsbald negativ auf die Lebensverhältnisse auch in der Ex-BRD auswirken musste?

4. NATO-Osterweiterung

4.1 Ab 1997 Vollgas

Bush und Kohl hatten das richtige Gespür: Anfang 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, schließlich zu Ende 91 auch die Sowjetunion selbst. Die 15 Sowjetrepubliken wurden souveräne

Staaten, darunter Russland, das weitaus größte Bruchstück (das größte Land der Erde) als Rechtsnachfolger der Sowjetunion.

Mit tatkräftiger US-Hilfe [74] wurde Russland auch „*Erbe*“ der sowjetischen Atomwaffen, die aus den Sowjetrepubliken Ukraine, Belarus und Kasachstan nach Russland transportiert wurden – eine sichtbare Maßnahme der atomaren Abrüstung. Gleichzeitig hatten die USA aber damit bis 1994 unauffällig Russland als neuen und einzigartigen atomaren Gegner aufgebaut – und so zu dem unverzichtbaren, Angst einflößenden Feindbild, um einen großen US-Militärhaushalt und eine fortgesetzte Rolle der NATO zu rechtfertigen.

Deren Erweiterung begann dann konkret 1997. Aufgrund des Ehrenworts von 1990 hätte Deutschland im NATO-Rat sein Veto gegen diese Entscheidung einlegen *müssen*, versäumte das aber. Bei rechtlich einwandfreiem Verhalten Deutschlands wäre die NATO-Osterweiterung unterblieben. Doch nun sahen sich bis 2008 das europäische Russland und das verbündete Belarus in Europa fast grenzschlüssig durch NATO-Staaten und US-Truppenstationierungen eingekreist.

4.2 Der Weg in den Ukrainekrieg

In Europa fehlte nur noch die Ukraine. Aber Frankreich und Deutschland hatten 2008 deren NATO-Aufnahme abgelehnt, wegen ukrainischer Demokratiemängel. So musste die US-Regierung einen anderen Weg finden, um die Souveränität über die Ukraine zu erlangen. Das prägende Ereignis wurde der gewaltsame Staatsstreich in der Ukraine 2014, mit dokumentierter prominenter westlicher Beteiligung [80]. Dieses Geschehen führte letztendlich in den Ukrainekrieg 2022.

Die in Sowjetzeiten, zuletzt 1954, in ihren Grenzen abgesteckte heutige Ukraine ist sprachlich gespalten: Ukrainisch im Westen, Russisch im Osten und Südosten. Hinzu kommt – wie in allen osteuropäischen Gebieten, die vormals unter sowjetischer Kontrolle standen – ein für westeuropäische Verhältnisse starker Nationalismus, obendrein mit anti-russischer Prägung.

Die neue ukrainische Regierung von 2014, unter Bruch ukrainischen Rechts ins Amt gekommen [80], begann die Diskriminierung der russischstämmigen Minderheit, mit dem Verbot von Russisch als Amtssprache. Im Osten des Landes führte dies zu einem Volksaufstand, den die Regierung mit Militär bekämpfen ließ, mit über 10.000 Toten [81]. Ein fiktiver Vergleich: Gegen einen Volksaufstand in Bayern gibt die Bundesregierung der Bundeswehr den Befehl, dort Ortschaften zu bombardieren.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war 2019 mit dem Versprechen von Frieden in der Ostukraine zur Wahl angetreten, die er daraufhin gewann, mit traumhaften 73% der Wählerstimmen [82]. Dies war aber nur möglich, weil ein ukrainischer Oligarch, zugleich Eigentümer des dort beliebtesten Fernsehsenders, den politisch unerfahrenen Fernsehkomiker Selenskyj zum Wählerfavoriten hochstilisiert hatte [82]. War das politische System der Ukraine mit Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit als Musterbild für „*westliche Werte*“ geeignet?

Warum brach Selenskyj sein Wahlversprechen, trotz seines Wählerauftrags für Frieden? Wären nach diesem Wortbruch nicht Neuwahlen fällig gewesen? Aber da Selenskyj nun mal im Amt war: Warum ließ er sich überhaupt mit dem familiär eng verbundenen großen Nachbarn auf einen Krieg ein, der doch voraussehbar selbsterstörerisch sein würde? Sollten die Medienberichte über Patriotismus, Durchhaltewillen und Stolz der Ukrainer zutreffen, dann wäre doch eine russische Besetzung erfolglos am gewaltfreien Widerstand der Bevölkerung abgeglitten, eher früher als später und ohne Tod und Verwüstung in beiden Ländern. Darf eine Demokratie ihren Bürgern die Ausreisefreiheit verweigern und sie als Soldaten in den Kriegsdienst zwingen?

Haben die Ukrainer das Unglück, in den Griff einer Regierungsgruppe geraten zu sein, die im Interesse fremder Rüstungs-

wirtschaft das eigene Land und Volk nicht schützt, sondern das Land der Zerstörung und Entvölkerung ausgeliefert hat, als Schlachtfeld eines russisch-amerikanischen Stellvertreterkrieges?

Warum hat die ukrainische Regierung ihre Ende März 2022 auf türkische Vermittlung mit Russland ausgehandelten Waffenstillstandsbedingungen fallen gelassen und stattdessen den Krieg weitergeführt? Welche Rolle spielte dabei der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson in Kiew Anfang April 2022 [83]? Geldzusagen fürs Weiterkämpfen?

4.3 Imperium oder Selbstverteidigung?

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Eine Mehrheit in NATO-Europa sieht dies aufgrund ihrer Medienberichte folgerichtig als unproviziert, völkerrechtswidrig und imperialistisch, denn die Angriffsgründe, die Russland veröffentlichte, waren als angeblich legale *Selbstverteidigung* sachlich und zeitlich nicht nachvollziehbar. Das mag nicht überraschen. Bekanntlich ist in jedem Krieg die Wahrheit das erste Opfer. Hier kommt die Erinnerung hoch an die nachgewiesenen westlichen Lügen, die völkerrechtswidrige Angriffskriege in legale Selbstverteidigung umdekorierten sollten (Vietnam 1964: „*Golf-von-Tonkin-Zwischenfall*“, Jugoslawien 1999: „*Völkermord*“; Afghanistan 2001: „*Terroranschlag 9/11*“; Irak 2003: „*Biowaffen*“).

Allerdings lagen beim russischen Angriff auf die Ukraine, soweit erkennbar, durchaus echte zeitnahe Gründe vor, von einer russischen Selbstverteidigung zu sprechen. Dies war aber, warum auch immer, unterblieben: Die ukrainische Regierung hatte die Auflagen des UN-Abkommens *Minsk-II* von 2015 für Waffenstillstand und Demokratie in den ukrainischen Ostprovinzen ignoriert, indem sie die vereinbarte Volksabstimmung zu mehr Autonomie vereitelte und die Diskriminierung gegen die dortige Bevölkerung fortsetzte [84]. Obendrein brach sie dieses Abkommen militärisch, durch eine Mitte Februar 2022 begonnene Großoffensive gegen die Ostprovinzen. Eine OSZE-Beobachtergruppe dokumentierte diesen Angriff [85]. Die beiden Provinzregierungen riefen daraufhin ihre Unabhängigkeit von der Ukraine aus und baten – international anerkannt oder nicht – Russland um militärischen Schutz.

Ein zweiter Grund war der Militärbefehl des ukrainischen Präsidenten vom 24.3.2021, die russischsprachige Provinz Krim zurück zu erobern [86]. Dortige Volksabstimmungen, zuletzt 2014, hatten glaubhaft Autonomie von der Ukraine verlangt. Nach dem Staatsstreich 2014 hatte die neue, auf die USA orientierte ukrainische Führung Russisch als Amtssprache auf der Krim abgeschafft [87], und es war zu befürchten, dass der bis 2042 abgeschlossene Pachtvertrag mit Russland in Gefahr war. Der Krim-Hafen Sewastopol war der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte.

Daraufhin hatte Russland die Krim in sein Staatsgebiet eingliedert, mit Hilfe einer strittigen Volksabstimmung, ansonsten in Nachahmung der US-geführten Abspaltung der serbischen Provinz Kosovo 2008. Westliche Staaten, die in der Regel dem Volkswillen hohen Rang beimessen, kritisieren dies als illegale Annexion, während Russland es als Selbstbestimmungsrecht der Völker angibt. In der Tat besteht im Völkerrecht ein Konflikt zwischen Herrschaftsinteressen von Staaten und Autonomieforderungen dezentraler Regionen, etwa sichtbar in Spanien (Katalonien), Großbritannien (Schottland) und Italien (Venetien).

Russland hätte also Selenskyjs Krim-Rückeroberungsbefehl [86] als Kriegserklärung der Ukraine deuten und den Angriff auf die Ukraine als Selbstverteidigung angeben können, sogar als nach elfmonatiger Vorbereitung „*gerade noch rechtzeitig*“, denn die ukrainische Großoffensive gegen die nahe der Krim gelegenen Ostprovinzen hatte gerade eine Woche zuvor begonnen [85].

Als dritten Grund hätte Russland einen Zusammenhang erklären können zwischen der *USA-Ukraine-Charta für Strategi-*

sche Partnerschaft vom November 2021 [88] und dem *Ukraine-Verteidigungs-Leih-Pacht-Gesetz 2022*, das im Januar 22, fünf Wochen vor dem russischen Angriff, in den US-Kongress eingebracht worden war [89]: Dies habe als Vorsignal für einen *unmittelbar* bevorstehenden Angriff der Ukraine gegen Russland gewirkt. Dazu hätte die russische Regierung Erkenntnisse der Spionage über kritische ukrainische US-Aufrüstung und NATO-Einbindung angeben können – oder auch nur behaupten, wie wohl auch ukrainische Meldungen nicht immer wahr sind.

Dies alles hätte – allgemeinverständlich vorgetragen – die westliche Schwarz-Weiß-Behauptung eines unprovizierten russischen Angriffs auf die Ukraine relativieren können – und es hätte wohl einen ursächlichen Zusammenhang des Ukrainekrieges mit der NATO-Osterweiterung dauerhaft ins Gespräch gebracht.

Warum nutzte die russische Führung die eigenen Möglichkeiten nicht? Dies erscheint als Fehler in der Öffentlichkeitsarbeit, der aber verwundert, denn Russland hatte noch niemals eine Führung, die so gut die westliche Mentalität aus eigenem Erleben kannte: Präsident Putin hatte fünf Jahre in Dresden gelebt, zu DDR-Zeiten, und sein Außenminister Sergej Lawrow war sieben Jahre bei der sowjetischen UN-Vertretung in New York tätig. Warum machte diese russische Regierung im Ukrainekrieg viele weitere überraschende Fehler zum eigenen Schaden? Deutschlands wichtigster großer Nachbar ist zuweilen etwas rätselhaft.

4.4 Deutsche Schuld

Der Ukrainekrieg ist das Ergebnis von Vorgängen in Europa seit Ende des Kalten Krieges 1989. Schaut man genauer hin, dann bildet sich eine klare Spur heraus, die man zunächst kaum glauben mag: Eine Kette von Fehlverhalten westdeutscher und dann gesamtdeutscher Regierungen führt direkt in den Ukrainekrieg.

Die noch größere Überraschung: Hätte sich die jeweilige deutsche Regierung auch nur *bei einem einzigen* dieser Vorgänge korrekt verhalten, egal, was andere Staaten machten, dann wäre der Ukrainekrieg vermutlich unterblieben. Die Geschichtsvergessenheit der amtierenden Bundesregierung zu Russland macht sprachlos. Hier fünf deutsche Fehlverhalten in zeitlicher Folge:

- (a) Hinnahme der Forderung der USA (4.12.1989): *Das vereinte Deutschland wird NATO-Mitglied, und die US-Truppen mit Atomwaffen bleiben in Deutschland* [39], als Preis für die Zustimmung zu dem von Kohl angestrebten schnellen Anschluss der DDR an die BRD (statt innerer Reform der DDR und vielleicht späterem Staatenbund DDR / BRD).
- (b) Vorgetäushtes Ehrenwort von Genscher an Gorbatschow (31.1.1990), daraufhin inhaltsgleich vorgetäuscht von US-Außenminister Baker (9.2.90) und weiteren westlichen Politikern [74]: *Keine NATO-Osterweiterung* („*nicht einen Zoll*“), als Preis für die sowjetische Zustimmung zum *Abzug der Sowjettruppen aus der DDR und der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland*.
- (c) Geheimabsprachen Kohls mit Bush (24.2.90) [40]: *Abzug der Sowjettruppen; US-Truppen und Atomwaffen bleiben in Deutschland; Gorbatschow wird mit BRD-Geld gekauft; Anschluss der DDR an die BRD gemäß BRD-Grundgesetz*.
- (d) Ab 1997 brach Deutschland das Ehrenwort an Gorbatschow vom Frühjahr 1990 und auch den 2+4-Vertrag, durch die Zustimmung zur NATO-Osterweiterung, statt des pflichtgemäßen deutschen Vetos im NATO-Rat. Dortige Beschlüsse erfordern *Einstimmigkeit*. Das deutsche Nein hätte die NATO-Osterweiterung im Ansatz und auf Dauer gestoppt.
- (e) 2015 deutscher Betrug an Russland durch Missachtung des Minsk-II-Abkommens (F, D, RUS, UA), durch eine UN-Resolution festgeschrieben, für das Ende des Krieges der ukrainischen Regierung gegen ihre russisch-sprachigen Ostprovinzen. Die 2015 amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte im Dezember 2022 diesen Völkerrechts-

bruch [84]: Das heimliche Ziel von Minsk-II war, der Ukraine Zeit für Aufrüstung zu verschaffen.

Durch die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und die Ausbildung ihrer Soldaten an diesen Waffen hat sich Deutschland zur Kriegspartei gegen Russland gemacht, in der Rolle als Angreifer, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und Deutschland hat keine Bündnispflichten gegenüber der Ukraine.

Deutschland kann argumentieren, die UN-Charta erlaube die Unterstützung angegriffener Staaten. Dabei stellt sich aber die Frage: Geht diese Erlaubnis soweit, dass die Verteidigung des angegriffenen Landes praktisch vollständig, einschließlich der Soldatenausbildung an gelieferten Waffen und der elektronischen Zielzuweisung, von den Unterstützerstaaten geführt wird [90]?

4.5 Kriegsziel Rüstungsumsatz

Zwei Ergebnisse des Ukrainekriegs sind absehbar: Entweder verliert die Ukraine durch Zerstörung und Bevölkerungsflucht ihre Substanz und damit den regional begrenzten Krieg, oder die starke Unterstützung der Ukraine durch die USA und NATO-Staaten treibt Russland in eine Notwehrsituation, so dass sich der Krieg nach Mitteleuropa ausweitet. In beiden Fällen wäre das Kernland der USA voraussichtlich nicht gefährdet.

Obwohl in ihrer Insellage kaum angreifbar, haben die USA mit fast einer Billion (gleich einer Million Millionen) Dollar pro Jahr den weltweit größten Militärhaushalt, fast soviel wie alle anderen Staaten zusammen (allein die Haupt-Militärmächte 2022, in Milliarden Dollar: USA 877, China 292, Russland 86 [91]). Es geht also offenbar um mehr als Landesverteidigung der USA. Bei derart verschwenderischem staatlichen Umgang mit Geld müssten die USA unter inneren sozialen Spannungen zerreißen. Das passiert aber nicht, denn der US-Dollar ist die weltweite Leitwährung. Dadurch kann sich die US-Regierung – als einzige der Welt – fast beliebig verschulden. Und das tut sie zunehmend, derzeit mit jährlichen Neuschulden etwa in doppelter Höhe des Militärhaushalts [92] – jemals zurückzahlbar?

Die extreme Ausgabenhöhe für Militär ist allerdings nicht zu halten ohne Akzeptanz in der öffentlichen Meinung der USA. Das wird erreicht durch Aufbau und Pflege von Feindbildern, derzeit Russland und China, und durch gelegentliche Kriege, im Grunde egal wo, jeweils mit hohem Materialverbrauch, also Arbeitsplätzen in der US-Rüstungsindustrie, und dies möglichst langdauernd, dazu gelegentliche Kriegsbeute. Das Haupt-Kriegsziel ist jeweils wirtschaftlicher Art: Rüstungsumsätze für den *militärisch-industriellen Komplex (MIK)* der USA. Besonders in internationalen Krisen geht es für den Militärhaushalt um Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, im Sinne von „*pro Militäreinsatz, contra Diplomatie*“, denn Friedensverhandlungen behindern die Rüstungswirtschaft. Der Ukrainekrieg zeigt dies.

Dass der US-geführte *Krieg gegen den Terror* in Afghanistan (2001-21), im Irak (2003), in Libyen (2011) und in Syrien (2015) mit einer Niederlage des Westens in Afghanistan endete, war für den MIK der USA unerheblich, denn wirtschaftlich war diese Kriegskette mit umgerechnet 8.000 Milliarden Euro US-Kosten [93] ein großer Erfolg. Der Tod von über 900.000 Nicht-Amerikanern [93] und das Leid der Überlebenden trat in der US-Wirtschaft nicht in Erscheinung. Ein Problem bildete hingegen der US-Militärhaushalt, der zu Kriegsende 2021 auf unter 4% des BIP abgesunken war (siehe Abbildung Seite 5).

So kann es als wirtschaftlicher Glücksfall für den MIK der USA gelten, dass kurz nach dem Abzug aus Afghanistan der Ukrainekrieg begann: Wiederum fließen Aufträge über Milliarden Dollar an die US-Rüstungsindustrie, diesmal sogar größtenteils bezahlt von europäischen NATO-Staaten, um den Preis von deren wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen, was wiederum den USA als Konkurrenten zugute kommt. Die Ukraine verschuldet sich zunehmend bei den USA und West-

europa [89]. Europäische Finanzhilfen an die Ukraine landen teilweise bei US-Rüstungsfirmen.

Ein großer Vorteil für die USA ist, dass ukrainisches Personal den Krieg in der Ukraine führt, so dass vorwiegend ukrainische und russische Staatsbürger getötet oder verwundet werden, während US-Soldaten nicht gefährdet sind.

4.6 Restebasar

Vorteilhaft für den MIK der USA ist auch, dass er selbst, aber ebenso europäische NATO-Staaten massenhaft Militärmaterial an die Ukraine verkaufen, teils auch spenden. Um dadurch entstandene Lücken zu füllen, bestellen die liefernden europäischen Staaten in großem Umfang in den USA modernere Waffen.

Zwar sollen Waffenlieferungen für die gepriesene Verteidigung der Ukraine fließen, „*solange wie benötigt*“. Aber geliefert wird kaum das beim US-Militär und in der NATO aktuell verwendete Material, sondern überwiegend Altmaterial, das ausgemustert werden soll oder bereits ausgemustert war, aber reaktiviert wurde, – oder sogar noch aus Sowjetzeiten eingemottet war – oder seit Längerem völkerrechtlich verboten oder gemieden ist. Warum nimmt die ukrainische Regierung diese offensichtliche Doppelmoral des Westens hin? So wird die Ukraine zum „*Schrottplatz*“, was auf eine Verlängerung des Krieges hinausläuft.

Hervorstechende aktuelle Beispiele sind Jagdbomber *F-16* aus US-Produktion, in vielen Ländern im Einsatz, vor fünf Jahrzehnten Stand der Technik, jetzt meist am Ende ihrer Lebensdauer und in zahlreichen Ländern im Austausch gegen das neue Baumuster *F-35*. Ein zweites US-Beispiel ist der seit vier Jahrzehnten genutzte Kampfpanzer *Abrams*, für den Ukraineinsatz eine Fehlkonstruktion: zu schwer für Europas Straßenbrücken, immenser Wartungsbedarf der empfindlichen Antriebsturbine aus der Flugzeugtechnik, hoher Verbrauch eines für Landstreitkräfte unüblichen Kraftstoffs (Kerosin), [94]. Als Ukraine-Reaktivierungen von deutschen Lagerplätzen sind zu nennen: Schützenpanzer *Marder*, Kampfpanzer *Leopard-1* und Flugabwehrpanzer *Gepard*.

Besonders pikant ist die Lieferung international geächteter Waffen an die Ukraine: radioaktive Uranmunition, die Gebiete dauerhaft vergiftet (Großbritannien und USA), und international geächtete Streumunition, die betroffene Gebiete mit Blindgängern verseucht und so noch Jahrzehnte nach Kriegsende Zivilisten, in vielen Fällen spielende Kinder tötet und verstümmelt (USA) (ein aktuelles Problem in Vietnam, Laos und Kambodscha [95]).

Andererseits dient der Ukrainekrieg als Verkaufsausstellung für moderne, elektronisch-intelligente Hightech-Waffen aus den USA, mit den hochwertigen Spitzenreitern Panzerabwehrrakete *Javelin*, Flugabwehrrakete *Stinger* und Präzisions-Raketenwerfer *Himars*. Vor allem die neuen osteuropäischen NATO-Mitglieder tätigen aus diesem Angebot umfangreiche Bestellungen.

Als Nebennutzen für die USA ist damit die westeuropäische Rüstungsindustrie langfristig an den Rand gedrängt, denn die Nutzungsdauer der neuen US-Waffen erstreckt sich über Jahrzehnte – mit laufender Wartung, deren Kosten sich auf ein Mehrfaches der Anschaffungskosten addieren. Ein Sonderfall sind die neuen Flugabwehrsysteme *Iris-T* aus deutscher Produktion [96], die noch nicht einmal die Bundeswehr hat, die aber die Ukraine erhält.

Ein zusätzlicher ziviler Bonus für die USA sind die Wirtschaftssanktionen von NATO und EU. Sie haben mit der Begründung „*Angriff auf die Ukraine*“ Russland als Energielieferanten für Westeuropa vorerst aus dem Markt geworfen und US-Energiekonzernen den Verkauf ihrer weitaus teureren Produkte nach Europa eröffnet. Die Motive europäischer Regierungen, diese Schädigung ihrer Bürger zuzulassen, sind unbekannt.

4.7 Atomkrieg

Ist die Eskalation des Ukrainekriegs in den weltweiten Atomkrieg zu befürchten? Nein, vermutlich nicht weltweit. Schon in den

1980er Jahren hatten sich USA und Sowjetunion mit absurd großen Arsenalen (*je über 25.000* Atomsprengköpfe) darauf vorbereitet, einen Atomkrieg, wenn es dazu käme, auswärtig zu begrenzen, auf Mitteleuropa. Dieses Einvernehmen scheint auch zwischen den USA und Russland zu gelten. Noch hat jeder von ihnen mit etwa 6.000 Sprengköpfen ein fast 20-mal größeres Atomarsenal als jeder andere Staat, einschließlich China [97].

Allerdings sind die extremen Megatonnen-Sprengkräfte (äquivalent Millionen Tonnen des chemischen Sprengstoffs TNT) der 1950/60er Jahre heute aus den Arsenalen verschwunden. Der moderne Fokus liegt auf sogenannten *kleinen Sprengkräften* (bis 20 Kilotonnen, d.h. 20.000 Tonnen TNT-Äquivalent). Die Wahl soll den falschen Eindruck erwecken, solche Atomwaffen seien „*nicht so schlimm*“ und deshalb durchaus einsetzbar. Nach diesem Sprachgebrauch waren die Bomben auf Hiroshima (13 Kilotonnen) und Nagasaki (20 Kilotonnen) *kleine Sprengkraft*, in Explosion in der Höhe bei klarem Wetter mit einem Kreis der Totalzerstörung bis rund 5 km Durchmesser und mit örtlicher radioaktiver Verstrahlung, die aber (weil nur neutronen-angeregt) binnen Wochen abklingt. Die langfristig radioaktive Staubwolke mit den Bombenresten steigt in die hohe Atmosphäre und wird mit dem Wind großflächig verteilt. Bei Regenwetter oder bei Explosion am Boden kommt jedoch auch bei der *kleinen Sprengkraft* am Ort eine dauerhafte radioaktive Verseuchung hinzu (durch Spaltprodukte und Plutonium) [98] – nicht mehr besiedelbar. Seit 1996 sind der Einsatz von Atomwaffen und die Drohung mit ihnen über die UN völkerrechtlich geächtet [99].

So folgenschwer es wäre, im Ukrainekrieg mit 1.200 km Frontlänge wäre eine „*kleine*“ Atomexplosion militärisch nur ein Nadelstich, der fehlendes Kriegsglück des Täters nicht herumreißt [94]. Eher werden die Gegner zu mehr Widerstand angestachelt, und das Kriegsverbrechen des Atomeinsatzes liefert der Propaganda nützliches Material: Unvermeidlich hinterlässt jede Atomexplosion Überlebende, die sich lebenslang, also teils jahrzehntelang mit der unheilbaren Strahlenkrankheit quälen. Der Täter von Atomeinsatz würde mindestens ein Jahrhundert lang in jährlichem Gedenken mit den Folgen seines Kriegsverbrechens konfrontiert, zum Schaden für sein internationales Ansehen und folglich für seinen Außenhandel. Die USA haben aus Hiroshima und Nagasaki diese Erfahrung der jährlichen Erinnerungen in vielen Ländern, auch 2023 in Berlin.

Dabei ist allerdings ein Irrglaube weit verbreitet, Atomkrieg bedeute einen kurzen hellen Blitz, und bevor man Schmerz empfinden könne, sei man verdampft. Die Wahrheit ist anders: Für die meisten Opfer von Atomexplosionen folgen stunden-, tage-, monate- bis jahrzehntelange Agonie und Qualen. Hilfe gibt es nicht oder ist medizinisch meist nicht möglich. Es ist der extreme Bruch der Grundvereinbarungen der menschlichen Gesellschaften.

Bei alledem kommt hinzu, dass Überlebende von Atomereignissen, selbst wenn sie keinerlei erkennbare körperliche Schäden haben, im eigenen Land sozial gemieden werden: Ihr Körper könnte radioaktiv verseucht und ihr Erbgut durch die Strahlung beschädigt sein [100]. Genetische Veränderungen durch die Strahlung geschehen unbemerkt, und sie sind nicht erkennbar.

Es ist zu hoffen, dass die russische Führung versteht und beherzigt: Europäer mit ihrer leidvollen gemeinsamen Geschichte, aber auch ihrer gemeinsamen Kulturbasis begehen das Verbrechen von Atomeinsatz nicht. Russen sind und bleiben Europäer.

Russland hätte die Chance, international Pluspunkte einzusammeln, indem es *einseitig* sein Atomarsenal auf Art und Umfang der atomaren „*Minimalabschreckung*“ Chinas abrüstet, also auf rund 5% [97]. Dies würde die US-Regierung früher oder später zwingen nachzuziehen, denn für den US-Kongress gäbe es dann keinen plausiblen Grund mehr, ein Atomarsenal zu bezahlen, das 20-mal größer ist als das jedes anderen Atomwaffenstaates.

Im übrigen sind Atomwaffen heute technisch überholt durch konventionelle Präzisionswaffen. Längere Zeit bestand noch die

Behauptung, Atomwaffen würden weiterhin gebraucht, um tief unterirdische Bunker zu zerstören, denn dafür seien konventionelle Waffen zu schwach. Aber bei der heutigen Treffgenauigkeit weniger Meter – auch über größte Schussweite – geht es gar nicht mehr darum, den Tiefbunker selbst zu knacken, sondern es reicht, die oberflächennahen Anschlusspunkte seiner Kabelverbindungen punktgenau zu zertrennen, mit konventionellen Sprengladungen. Insgesamt haben Atomwaffen also *keine militärische Rolle mehr*.

Dies hat zu einer Krise in der Atomwaffenindustrie geführt. Die vorhandenen Sprengköpfe wurden vor Jahrzehnten hergestellt und bezahlt, und ihre – wenngleich aufwendige – heutige Wartung bringt nicht genug Gewinne, um diese teure Spezialindustrie anspruchsgerecht am Leben zu erhalten. So ist das Interesse an *kleiner Sprengkraft* besonders motiviert durch die wirtschaftliche Hoffnung auf Aufträge für *neue* Sprengköpfe. Hinzu kommt das Problem, dass in der jungen Generation der einst hoch respektierte Beruf *Atomwaffenspezialist* kein gutes Ansehen mehr hat.

Hätte Russland einen Nutzen von Atomeinsätzen gegen US-Militärbasen in der Ex-BRD? Auch nur eine einzige solche Explosion mit Zivilopfern und Verseuchung von Fläche würde, allein durch die Abscheu in der deutschen Bevölkerung, die Aussicht auf Rückkehr zum normalen deutsch-russischen Umgang und Handel für mehrere Generationen blockieren. Dies mag eine Wunschvorstellung von Wirtschaftskonkurrenten sein, liegt aber weder im russischen noch im deutschen Interesse, denn diese beiden Nachbarn haben sich in ihrer Verschiedenheit wirtschaftlich stets ergänzt, ohne um Produkte und Märkte zu konkurrieren.

In der Ex-BRD gibt es nur zwei große US-Flächenziele, bei denen je eine atomare Klarwetter-Höhenexplosion *kleiner Sprengkraft* gewünschte Zerstörungen in der Militärbasis verursachen würde, mit kurzzeitiger örtlicher radioaktiver Verstrahlung und mit wenigen Zivilopfern außerhalb des Geländes: die Luftwaffenbasis *Ramstein* und die Heeresbasis *Grafenwöhr*. Aber selbst innerhalb dieser großen Einrichtungen sind nur wenige Zielpunkte (wie Kabelknoten und Antennen) für das Kommando- und Nachrichtensystem funktionswichtig. Deshalb erbringt eine kleine Anzahl konventioneller Präzisionstreffer dieselbe angestrebte unterbrechende Wirkung wie ein Atomeinsatz, ohne die wirtschaftlichen Nachteile von dessen Illegalität und Langzeitschäden.

5. Schutz der Ex-DDR

5.1 Russisches Angriffsziel Ex-BRD

Welche Handlungsmöglichkeiten hätte die russische Regierung für den Fall, dass sie sich im Ukrainekrieg zur Notwehr gegen die USA und deren NATO-Gefolge gedrängt sieht? Selbst wenn die Ukraine zum verwüsteten und entvölkerten Trümmerfeld geworden wäre, so bliebe doch für Russland *unvermindert* die dort empfundene Bedrohung durch das US-Militär in Europa, direkt vor der Haustür. Diese Truppen haben aber – vorteilhaft für Russland – eine allgemein bekannte Verletzlichkeit, nämlich dass sie in der Ex-BRD konzentriert sind, dort auf einigen Dutzend hochwertigen Basen, und nur zum geringen Teil in anderen NATO-Staaten [50].

Eine fiktive Situation, die niemand in Europa wünschen kann: ein russischer Präventivangriff gegen die US-Basen. Kritische Objekte auf diesen Basen überraschend zu zerstören, würde das US-Militär in Europa handlungsunfähig machen. Zusätzliche Angriffe auf Verkehrsknoten (Flussbrücken, Bahnkreuze, Flugplatz-Runways) würde Bewegungen von Rest-Truppen verhindern. Nicht-US-Truppen dürften als Ziele weniger relevant sein, da das gesamte NATO-System unter US-Befehl steht, der dann unterbrochen ist.

Das geeignete technische Mittel für einen erfolgsversprechenden russischen Präventivangriff gegen die US-Präsenz in Europa wären – wegen ihrer minutenkurzen Flugzeit – salvenfähige, also landgestützte konventionelle Präzisions-Mittelstreckenraketen (nicht see- oder luftgestützt, wegen dann zu langsamer, also nicht

mehr überraschender Startfolge). In manövrierender Hyperschall-technik mit über zwölffacher Schallgeschwindigkeit (4 km/s) unterwegs, dürften solche Raketen auf absehbare Zeit nicht abwehrbar sein (auch nicht durch moderne Systeme Arrow-3 [101]).

Die USA arbeiten an genau solchen Leistungen, mit ihren neuen Baumustern landgestützter Mittelstreckenraketen *LRHW* alias *Dark Eagle* [102] und *OpFires* [103] (als modernisierte konventionelle Ausführungen der einstigen *Pershing-II* [25]). Ein entsprechendes aktuelles russisches Baumuster ist bisher nicht bekannt, dürfte aber in der Fähigkeit der russischen Raketenindustrie liegen. Zu denken wäre an eine zweistufig angetriebene, also Mittelstrecken-Variante der landgestützten Hyperschall-Kurzstreckenrakete *Iskander-M* [104]. Ein solches sowjetisches Projekt *Volga* (in Nachahmung der Leistungen der *Pershing-II*) war 1987 mit dem INF-Vertrag abgebrochen worden [105].

Für einen erfolgreichen Präventivangriff gegen das US-Militär in der Ex-BRD und anderen NATO-Ländern und für Nachfolgeaktionen (etwa um zu verhindern, dass die USA Nachschub anlanden) dürfte Russland einige hundert Raketen benötigen. Sie herzustellen und beim Militär einzuführen, dürfte einige Jahre dauern.

Die US-Marine könnte in großem Stil von Flugzeugträgern aus und mit hunderten Cruise Missiles gegen Ziele in Russland zurückschlagen. Dies würde aber die US-Niederlage in NATO-Europa nicht rückgängig machen. Auch würde Russland dadurch nicht besiegt, es wäre nur eine sinnlose Eskalation der Krise. Ein atomarer Gegenschlag der USA gegen Russland dürfte sich verbieten, wie in Kapitel 4.7 dargelegt. Die US-Regierung könnte aber ihre europäische Niederlage nutzbringend umdeuten in erhöhten Bedarf an Militärgeldern, um die doch wohl zu geringe Rüstung gegen den vermeintlich übermächtigen Gegner fortan hochzufahren – ein Auftragschub für den MIK der USA.

Könnte die russische Führung auf Wohngebiete zielen? Technisch ohne weiteres. Es ist aber kein Grund erkennbar, warum dies geschehen sollte: Es wäre Munitionsverbrauch ohne militärischen Nutzen, außerdem völkerrechtswidrig, mit entsprechenden propagandistischen Nachteilen. Aber selbst wenn der russische Angriff sich nur gegen US-Militärziele richten sollte, würden unvermeidliche Fehltreffer zu erheblichen zivilen Personen- und Sachschäden führen, und zu Unterbrechungen des zivilen Verkehrs.

Russland könnte einen solchen Angriff besonders im Fall Deutschlands als legitime Selbstverteidigung erklären: Deutschland habe sich zunehmend zur Kriegspartei gegen Russland gemacht, durch Lieferung immer wirksamerer Angriffswaffen an die Ukraine und durch Ausbildung ukrainischer Soldaten daran auf deutschem Boden [90]. Außerdem erlaube Deutschland den USA, Militärbasen zu nutzen für die Führung des Ukrainekriegs (Wiesbaden, Ramstein) und für die Ausbildung ukrainischer Soldaten an US-Waffen (Grafenwöhr) – außerhalb der NATO [106].

Ein solcher russischer Präventivangriff auf Deutschland muss unter allen Umständen vermieden werden. Mit Blick auf die Zeit nach dem Krieg gilt dies vermutlich auch aus russischer Sicht. Am zweckmäßigsten hierfür wären ehrliche Gespräche zu den Sicherheitsbedürfnissen beider Seiten. Sollte die Bundesregierung – etwa mit Rücksicht auf US-Interessen – einen solchen Dialog vermeiden, hätte die Ex-DDR – durch den 2+4-Vertrag geschützt und durch ein eigenständiges Gremium ihrer Landesregierungen vertreten – für sich allein die Möglichkeit und vielleicht auch Motivation, mit der russischen Führung in Dialog zu treten, über einen Tausch zum beiderseitigen Nutzen: Die Ex-DDR sorgt in ihren Ländern für die Einhaltung des 2+4-Vertrags, im Gegenzug unterlässt Russland Waffenwirkungen gegen die Ex-DDR.

5.2 Deutschland ist nicht mehr kriegsfähig

Dass das verletzte Deutschland nicht mehr militärisch, sondern nur noch gewaltfrei verteidigt werden kann, war bereits Thema in Kapitel 1.3. Selbst „rein defensive“ Kriegsführung in

zivilem Siedlungsgebiet, etwa durch „Schutzschirme“ aus Flug- und Raketenabwehr, führt zu unakzeptablen Zivilschäden: Flug- und Raketenabwehr über Siedlungsgebieten verschlimmert die Angriffswirkungen – es stürzen nicht nur die feindlichen Flugkörper funktionsfähig oder als Trümmer zu Boden, sondern auch die Trümmer und noch scharfen Explosivteile der massigen Abwehr.

Kurzum: Deutschland ist in seiner Siedlungsdichte und extrem verletzlichen Infrastruktur *nicht mehr kriegsfähig*. Man denke nur an den Ausfall der Stromversorgung oder an Großchemie und Atomanlagen als Bombenverstärker. Das Gefahrenpotential von Chemieanlagen mit ihren Tanks von teilweise tausenden Tonnen hochgiftigen Zwischenprodukten (etwa Chlor, Phosgen oder Cyanwasserstoff) [107] ist der Öffentlichkeit nicht bewusst, obwohl es dem von Atomanlagen entspricht: Unter Waffeneinwirkung bersten die Tanks, und mit dem Wind wälzt sich eine Giftgaswolke am Boden über die Landschaft – keine Überlebenden.

Gemäß einer Umfrage vom Januar 2023 befürchten 72% der Menschen in Deutschland, dass der Ukrainekrieg „*nicht auf das Gebiet der Ukraine beschränkt bleibt*“ [108]. Obwohl Umfragen in Deutschland zu Kampfhandlungen auf deutschem Boden nicht bekannt sind, lehnen nach persönlichem Eindruck die Bürger mit überwältigender Mehrheit jegliche Kriegswaffenexplosionen in ihren Lebensräumen ab, egal, durch wen verursacht.

Deutschland ist also nur noch *nicht-militärisch* zu verteidigen, durch Diplomatie und im Extremfall durch gewaltfreien zivilen Widerstand der Bevölkerung – siehe die erfolgreichen Beispiele Tschechoslowakei 1939 und Dänemark 1940, in beiden Fällen gegen die Besetzung durch die Nazi-Wehrmacht, wie schon in Kapitel 1.3 angesprochen. Die Führungen dieser Länder wussten, dass keine fremde Militärmacht in der Lage wäre, ihre zusammenhaltende Bevölkerung zur Unterwerfung zu zwingen oder zu verlocken. Es ging also darum, eigene Verluste an Menschen und Werten zu vermeiden. Für dieses Ziel war die *Gewaltfreiheit* die einzig wirksame Methode, denn nur sie verweigerte dem Angreifer die benötigte Rechtfertigung für Waffeneinsätze. Dies gilt umso mehr in der heutigen Zeit, mit der schnellen internationalen Nachrichtenverbreitung, die 1939/40 noch nicht vorstellbar war.

Ohne die Verletzlichkeit des Landes zu beachten, gingen alle bisherigen Bundesregierungen – im Einklang mit dem Grundgesetz von 1949 – von der Annahme aus, Deutschland könne noch erfolgversprechend *militärisch* verteidigt werden. Dies soll durch moderne Bewaffnung der Bundeswehr und mit Hilfe der NATO-Verbündeten geschehen [109]. Praktisch würde das bedeuten, dass im „*Verteidigungsfall*“ nicht nur gegnerische Kriegswaffen auf deutschem Boden explodieren, sondern auch Kriegswaffen von Bundeswehr und NATO-Militär. Die Geschäftsgrundlage der NATO war seit Anbeginn 1949, die Staatsgebiete der Gründungsmitglieder von Kriegsgeschehen freizuhalten, dadurch, dass ja *Westdeutschland* dauerhaft als Schlachtfeld verfügbar war [110].

Das NATO-Szenario der militärischen Verteidigung Deutschlands widerspricht somit dem Überlebensinteresse der deutschen Bevölkerung. Militär ist legitimes Ziel für gegnerisches Militär, also Gefahr für die Bevölkerung. Der 2022 von der Bundesregierung verkündete Zusatz-Militäraufwand von 100 Milliarden Euro [109] (4.800 Euro pro vierköpfige Familie oder fast der *deutsche Jahresetat* für Kitas und Schulen) – macht diese Geldausgabe das Leben in Deutschland sicherer oder gefährdeter?

5.3 Schutzglocke 2+4-Vertrag über der Ex-DDR

Der 2+4-Vertrag von 1990 [1] verleiht der Ex-DDR innerhalb Deutschlands einen Sonderstatus: dort keine Atomwaffen oder deren Trägermittel. Auch darf kein nicht-deutsches NATO-Militär dort stationiert oder dorthin „*verlegt*“ werden. Das heißt, die Ex-DDR ist nicht regulärer Teil des NATO-Gebiets und zugleich eine atomwaffenfreie Zone. Dies ist ein Ausdruck der westlichen Zusicherungen von 1990, den NATO-Bereich nicht über die innerdeutsche Grenze hinaus nach Osten zu erweitern [75].

Ein weiterer Aspekt: Ob militärische Vorrechte der westalliierten Besatzungsmächte in der Ex-BRD noch wirksam sind oder nicht – auf dem Ex-DDR-Gebiet haben sie *niemals* gegolten.

Dies alles bedeutet einen Glücksfall für die Sicherheit der Bevölkerung in der Ex-DDR, gewissermaßen eine Schutzglocke: Abgesehen von ziviler Infrastruktur, die im Militärtransit genutzt werden könnte (wie Flussbrücken, Bahnknoten und Flughäfen), gibt es in der Ex-DDR *keine* für Russland militärisch wichtigen Angriffsziele. Die militärischen Bundesbehörden in Berlin dürften aus russischer Sicht als US-abhängige Unterverwaltung gelten, also nicht als munitionswertes Angriffsziel. Kurzum: Während die Ex-BRD mit US-Militärbasen vollgestopft ist, ist die Ex-DDR frei davon. Wenn die Ex-DDR sich zuverlässig und kontrolliert gegen Aufenthalt und Transit nicht-deutschen Militärs und Rüstungsmaterials versperrt, hätte Russland keinen Grund, Zielpunkte in der Ex-DDR ins Visier zu nehmen, und dies müsste sich im beiderseitigen Interesse verlässlich festschreiben lassen.

Obendrein zeigen auch die Bevölkerungen wesentliche Unterschiede in der Einschätzung zum Ukrainekrieg: In der Ex-BRD ist eine Russenfurcht verbreitet. Im Echo der Inhalte der Leitmedien findet eine dortige Mehrheit deutsche Panzerlieferungen in die Ukraine richtig [2] und glaubt an die NATO als wirksame *Vollkaskoversicherung*. Wohl in diesem Irrglauben ist die Sorge um Waffenexplosionen im eigenen Lebensraum gering.

Hingegen besteht in der Ex-DDR – trotz oder gerade wegen der Erinnerung an die sowjetische Besatzung – weithin ein gewisses Verständnis für russische Sicherheitsängste gegenüber USA und NATO, dazu eine erfahrungsgetragene generelle Skepsis gegenüber Leitmedien. Eine Mehrheit in der Ex-DDR lehnt Waffenlieferungen in die Ukraine ab [2], wohl in dem Wissen, was ein russisch-amerikanischer Stellvertreterkrieg auf deutschem Boden bedeuten würde. Also auf keinen Fall Krieg! Bis hin zu der Haltung: „*Wenn die Russen unbedingt wollen, sollen sie doch wiederkommen. Bloß keine Explosionen!*“ So kann die Ex-DDR für ihr Gebiet den Irrweg der militärischen Verteidigung verlassen und sich den viel schwierigeren zivilen Zukunftsaufgaben zuwenden, weg von Zerstörung, hin zu Aufbau und Bewahrung.

5.4 Deutsche Brüche des 2+4-Vertrags

Es ist daran zu erinnern, dass Deutschland 1999 militärisch am Angriff der NATO gegen Jugoslawien teilnahm, „*trotz fehlendem Mandat des UN-Sicherheitsrats und damit ohne völkerrechtliche Grundlage*“ [110], also eine grundgesetzwidrige Straftat (die aber nicht verfolgt wurde), obendrein ein Bruch des 2+4-Vertrags.

Aber zur aktuellen Situation 2023: Der Transit von Rüstungsnachschub in die Ukraine und nach Osteuropa durch die Ex-DDR hindurch oder durch deren Luftraum bricht den 2+4-Vertrag, insbesondere dessen Artikel 5 mit zugehöriger Protokollnotiz [1]: Vor dem „*Verlegen*“, also vor solchem Transit ausländischen Militärs und Rüstungsmaterials durch oder über die Ex-DDR müsste die deutsche Regierung dafür gesorgt haben, dass dabei die „*Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei*“ berücksichtigt sind. Offensichtlich geschieht das im Fall Russland nicht. Trotzdem erfolgen solche Transporte – sie sind also vertragswidrig.

Ein anderer Vorgang: die Durchführung von „*Air Defender 23*“ im Juni 2023, laut Bundeswehr der „*größten Verlegeübung von Luftstreitkräften seit Bestehen der NATO*“ (250 Flugzeuge, davon 100 aus den USA) [111], also mit ausländischem Militär über der Ex-DDR. Auch dies war ein Verstoß gegen den 2+4-Vertrag, allein wegen des ausdrücklich verbotenen „*Verlegens*“.

Technisch hätte diese Übung in jedem beliebigen NATO-Land stattfinden können – warum ausgerechnet über dem rechtlich verbotenen Gebiet Ex-DDR? Ging es der US-Regierung weniger um die militärischen Übungsinhalte als darum, durch gezielten Vertragsbruch den 2+4-Vertrag zu schwächen? Also neues Gewohnheitsrecht zu schaffen, nämlich ungehinderte NATO-Mili-

tärverfügung über die Ex-DDR? Aus der Erfahrung, dass Russland solche Rechtsbrüche bisher mehrfach hingenommen hat und damit passiv zum Entstehen neuen Gewohnheitsrechts beiträgt? Warum folgt die – laut 2+4-Vertrag für die Zulassung der Übung zuständige – Bundesregierung einer solchen illegalen US-Linie?

Laut Bundeswehr war das Übungsszenario „*einem NATO-Artikel-5-Beistandsszenario nachempfunden*“ [111], d.h. es enthielt auch Luftkämpfe und luftunterstützte Bodenkämpfe. Im realen Kriegsfall hätte es dadurch unvermeidlich zivile Schäden gegeben. Warum ist die Militärführung nach Übungen nicht verpflichtet, die zivilen Schäden zu veröffentlichen, die aus den geübten Szenarien im realen Kriegsfall entstanden wären. Die Führung verfügt über diese Daten. Die Öffentlichkeit wäre wohl interessiert daran: Welche Personen- und Sachschäden und wo?

Unklar ist, inwieweit die Bundesregierung mit Abkommen von 2021, vor dem russischen Ukraine-Angriff, den USA die Erlaubnis erteilt hat, die Ex-DDR militärisch zu nutzen [112]. Auch ist nicht bekannt, inwieweit Russland bisher gegen die deutschen 2+4-Vertragsverletzungen protestiert hat.

5.5 Die Rest-DDR

Nach verbreiteter Sichtweise war 1990 die DDR der BRD beigetreten, und das vereinte Deutschland präsentiert sich als Fortführung der BRD. Als Verfahren hatte die DDR-Regierung akzeptiert, einen formellen Ablauf gemäß Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes zu praktizieren. Wegen dieses Verfahrens wurde der Begriff „*Beitritt*“ aus Artikel 23 verwendet. Tatsächlich handelte es sich aber um einen *gleichzeitigen* Zusammenfluss „*alter*“ und „*neuer*“ Bundesländer und des von den Besatzungsmächten hinzugefügten Berlins zum *vereinten Deutschland*.

Den 2+4-Vertrag hatten die vier Siegermächte sowohl mit der BRD als auch der DDR geschlossen [1]. Das vereinte Deutschland ist nicht Vertragspartei, obwohl es nur drei Wochen später, ab 3. Oktober 1990, für solche Rolle zur Verfügung gestanden hätte, in einem fiktiven „*1+4*“-Vertrag. Das vereinte Deutschland tritt aber als *Gegenstand* des 2+4-Vertrags auf [1], das heißt, es ist verpflichtet, seine im Vertrag vereinbarten Aufgaben zu befolgen, – unabhängig von der politischen Linie der jeweils gerade amtierenden Bundesregierung.

Artikel 1 des 2+4-Vertrags beschreibt dessen Mechanismus [1]: Die Siegermächte haben als Gebiet des neuen Staates *vereintes Deutschland* die BRD, die DDR und Gesamt-Berlin definiert. Berlin gehörte vorher zu *keinem* der beiden deutschen Staaten, selbst wenn beide diesen Sachverhalt für „*ihre*“ Hälfte verwaltungstechnisch herunterspielten, jeder auf eigene Weise. Die Siegermächte verordneten zwingende „*Prinzipien*“ [1], nämlich dass die Grenzen des vereinten Deutschland endgültig sind und dass das vereinte Deutschland keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten hat und haben wird.

Und hier der Kernsatz: „*Die Regierungen der BRD und der DDR werden sicherstellen, dass die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind*“ [1]. Das heißt, weder BRD noch DDR sind identisch mit dem vereinten Deutschland, sondern sie bestehen in spezieller Form weiter, mit der *ausdrücklichen* Daueraufgabe, die deutsche Verfassung inhaltlich zu kontrollieren. Diese Verfassung zu schaffen, wie im Grundgesetzartikel 146 [9] beauftragt, ist bis heute noch nicht einmal angefangen, obwohl 1990 von einer Zweijahresfrist die Rede war.

Eine zweite Kontrollaufgabe über zwingende Inhalte der überfälligen deutschen Verfassung folgt aus den Artikeln 2 bis 4 des 2+4-Vertrags und betrifft Militär [1]: „*Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen*“; Angriffskrieg ist verboten und strafbar; Waffeneinsätze erfolgen nur im Einklang mit der UN-Charta; reguläre Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag von 1968; Festlegung einer maximalen deutschen Truppenstärke, zu

erreichen „*binnen drei bis vier Jahren*“, Abzug der sowjetischen Streitkräfte „*bis zum Ende des Jahres 1994*“ [1]. Also 1990 *Zukunftsaufgaben* für die Regierungen von BRD und DDR.

So hatten die beiden Staatsregierungen BRD und DDR im Moment der Unterschrift unter den 2+4-Vertrag ihr Volk und Land in den neuen Staat *vereintes Deutschland* eingebracht, und in denselben Minuten hatten die Siegermächte das Gebiet Berlin hinzugefügt. Die beiden deutschen Staaten blieben zurück als Rest-BRD und Rest-DDR, voneinander unabhängig, beide ohne Volk und Land, aber mit konkreten Aufsichtsaufgaben über das vereinte Deutschland, betreffend die deutsche Verfassung, also mit einem *Weisungsrecht* gegenüber dessen Bundesregierung.

In der Hast der Vereinigung 1990 gerieten diese Einzelheiten des 2+4-Vertrags in den Hintergrund: Von einer Rest-BRD oder Rest-DDR war damals nirgendwo die Rede. Wer hatte schon den 2+4-Vertrag genau gelesen?

Aber mit nun wachsender Kriegsgefahr wird die Rest-DDR zu einem entscheidenden Sicherheitselement: 1990 war nicht abzusehen, dass das vereinte Deutschland den 2+4-Vertrag mehrfach brechen würde, speziell auf dem Gebiet der Ex-DDR (siehe Kapitel 5.4), und sich 2022 zur Kriegspartei gegen eine der Vertragsparteien machen würde. Geschädigt ist dadurch Russland.

Russland müsste sich mit seiner Beschwerde darüber an die Rest-DDR wenden. Eine solche arbeitsfähige Institution existiert bisher nicht. Sie kann aber leicht zusammengerufen werden, aus der Gemeinschaft der sechs Ex-DDR-Bundesländer. Ein solches DDR-Ländergremium hätte also das demokratische Mandat, unmittelbar als Rest-DDR tätig zu werden, mit Weisungen an die Regierung des vereinten Deutschland, also die Bundesregierung, sie müsse zur 2+4-Vertragstreue zurückkehren – und generell als Interessenvertretung der Ex-DDR gegenüber der Bundesregierung. Soweit erkennbar, sind die Menschen in der Ex-DDR mit der Verwaltung durch die Bundesregierung unzufrieden [113].

Was geschieht, wenn die Bundesregierung die Aufforderung des DDR-Ländergremiums zurückweist? Das ist nicht auszuschließen. Im Juni 2023 hat die Bundesregierung mit Litauen eine dauerhafte dortige Stationierung von 4.000 Bundeswehrsoldaten mit Material und Familien vereinbart [114]. Die *NATO-Russland-Grundakte* von 1997 verbietet dies [115].

Es ist unklar, ob die Bundesregierung damit die Fortgeltung der NATO-Russland-Grundakte verneint [114]. Die Litauen-Stationierung ist aber ein ernster Vorgang, denn sie führt auf die Frage nach Fortgeltung des 2+4-Vertrags. In plausibler Reaktion könnte Russland dessen deutsche Verletzungen beklagen, Abhilfe fordern, anderenfalls die Ungültigkeit des 2+4-Vertrags behaupten und die Wiedereinsetzung in die Rechtssituation vor 1990 verlangen, also erneut russische Militärmissionen – oder sogar Kampftruppen – in Deutschland.

5.6 Länder gegen Bund

Sollte die Bundesregierung Widerstand gegen ein DDR-Ländergremium leisten, könnte dieses Gremium gegenhalten, mit dem Verweis auf seine Verantwortung als Rest-DDR für die Einhaltung des 2+4-Vertrags. Dabei kommt den Ex-DDR-Ländern entgegen, dass auf Landesebene das Grundrecht der Bürger auf Volksschleide gilt, denen die Landesregierung dann zu folgen hat. Auf Bundesebene ist solches Recht blockiert. Im Fall einer Kriegsgefahr ist ohnehin davon auszugehen, dass das politische Hauptziel der sechs Ex-DDR-Landesregierungen und ihrer Bevölkerungen deckungsgleich ist: „*Unter keinen Umständen Krieg in der Ex-DDR!*“ Entscheidend für die Durchsetzung dürfte die breite Öffentlichkeit der politischen Diskussion sein.

Somit wäre auch – unabhängig vom 2+4-Vertrag – ein DDR-Ländergremium die *gemeinsame* Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung, für den Schutz der Bevölkerung der Ex-DDR. Die Bundesländer haben im Rahmen des Kompetenz-

gefüges des Grundgesetzes die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, also Polizei, Feuerwehr, Schutzgebiete.

Unterschiedliche Interessen zwischen Bund und Ex-DDR-Ländern wurden bereits deutlich, seit die Bundesregierung 2022 mit Sanktionsbegründungen die traditionellen Handelsverbindungen der Ex-DDR-Länder mit Russland abbrach und damit Industrien und Arbeitsplätze in diesen Ländern zerstörte, Stichworte *Schwedt* [4] und *Nordstream* [5]. Warum nehmen die Ex-DDR-Länder solche Einmischungen der Bundesregierung hin? Sie hätten doch für eigene widerständige Positionen Rückhalt in ihrer Bevölkerung. Was fürchten sie?

Allerdings ist Bewegung zu erkennen: So plädierte 2023 der Ministerpräsident Sachsens, Michael Kretschmer (CDU), für eine Bundesinitiative zum Waffenstillstand in der Ukraine und für die Reparatur der Pipeline *Nordstream-1*, die im September 2022 durch einen – bis heute ungeklärten – Anschlag beschädigt wurde. Kretschmer klagte, „*die Sanktionspolitik gegenüber Russland schwächt unsere Wirtschaftskraft*“ [116].

5.7 Rotkreuz-Schutzonen und mehr

In Deutschland existieren fast keine Schutzräume für die Bevölkerung. Aber der Stand des humanitären Völkerrechts (*Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Konventionen von 1949*) [3] erlaubt, bereits im Frieden *entmilitarisierte Zonen* einzurichten, in denen Kriegshandlungen verboten sind. Solche Zonen zu besetzen oder mit Waffen zu bekämpfen, wären unstrittige Kriegsverbrechen – und damit Geschenke für die gegnerische Propaganda. Folglich besteht in den Zonen hohe Sicherheit gegen Zerstörung

Angesichts drohender Ausweitung des Ukrainekriegs liegt es nahe, dass die Ex-DDR-Länder zumindest alle ihre größeren Städte als solche Rotkreuz-Schutzonen beim *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)* in Genf anmelden, jeweils mit umgebendem Sicherheitsgürtel, beispielsweise eine Artillerie-schussweite tief (ca. 50 km). Sinnvoller wäre, jeweils die gesamte Landesfläche so zu schützen, denn Militär vor Ort, zumal unter NATO-Befehl, bedeutet nur legale Ziele für Militär und somit technische Gefahrenquellen zu Lasten der Bevölkerung.

Die Einrichtung von Rotkreuz-Schutzonen dürfte überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung finden. Mit diesem Rückhalt könnten die Landesregierungen auch mit guten Gründen eine erwartbare Behauptung der amtierenden Bundesregierung zurückweisen, Schutzonen seien eine militärische Entscheidung, die nicht den Ländern zukäme. Ergebnisentscheidend dürfte wiederum die breite Öffentlichkeit der Diskussion sein. Ob es einer NATO-orientierten Bundesregierung gelingen könnte, Rotkreuz-Schutzonen, die Landesregierungen bereits international angemeldet haben, wieder abzumelden, sie also als Schlachtfeld für Kampfhandlungen auszuliefern, dies erscheint fraglich.

Eine Nebenwirkung der Schutzonen wäre das Ende des Waffentransits durch die Ex-DDR hindurch, denn zumindest Teile aller dortigen Autobahnen, Eisenbahntrassen und Luftstraßen lägen dann in Schutzonen. Dies wäre zugleich ein wirksamer, vielleicht *der entscheidende* Beitrag der Ex-DDR für das Ende des Ukrainekriegs, denn ohne freie Verfügung von USA und NATO über die Ex-DDR kann sich der Krieg kaum noch ausweiten.

Eine weitere Schutzmaßnahme für die Bevölkerung in der Ex-DDR scheint selbstverständlich, fehlt aber bisher: *Nicht-Angriffsverträge* mit allen NATO-Staaten, damit niemals NATO-Militär in die Ex-DDR einmarschiert oder das Gebiet überfliegt und damit *unter keinen Umständen* NATO-Kriegswaffen, egal, welcher Art, auf Ex-DDR-Boden explodieren – „*Freunde bombardieren einander nicht*“. Hier müsste das DDR-Ländergremium von der Bundesregierung den Abschluss dieser Verträge mit den NATO-Partnern verlangen, mit dem Rückenwind der Bürgermehrheit.

Die DDR war Mitglied im Atomwaffensperrvertrag von 1968 [6]. Durch den 2+4-Vertrag [1] wurde das Gebiet der Ex-DDR

1991 international anerkannte atomwaffenfreie Zone [7]. In dieser Situation ist davon auszugehen, dass eine reformierte demokratische DDR – ohne den BRD-geführten Staatsstreich von 1990 – dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 beigetreten wäre (in Österreich und Irland ist er bereits in Kraft [6]). Militärisch wäre damit kein neuer Sachverhalt entstanden, aber der 2+4-Vertrag wäre zusätzlich abgesichert. Was spräche also dagegen, dass das DDR-Ländergremium als Rest-DDR, also als Hüter von Interessen der Ex-DDR-Bevölkerung, mit Berufung auf die einstige UN-Mitgliedschaft der DDR in der UN den Beitritt der Ex-DDR zum Atomwaffenverbotsvertrag erklärt, als ohnehin bereits – völkerrechtlich gesichert – atomwaffenfreies *Teilgebiet* Deutschlands? Eine Neuheit in dieser Vertragspraxis? Ergebnisentscheidend wäre auch hier die Öffentlichkeit der Diskussion.

Sollte die amtierende Bundesregierung die Länder der Ex-DDR bei den dort mehrheitsgestützten Bemühungen behindern, dürfte sich bei akut werdender Kriegsgefahr die Frage nach einem Austritt der Ex-DDR aus dem deutschen Staatsverband stellen, zurück zu zwei unabhängigen deutschen Rechtsräumen, etwa in Verbindung mit der Frage nach der deutschen Verfassung gemäß Grundgesetzartikel 146 [9] und mit Verweis auf den DDR-Verfassungsentwurf von 1990 [8] (Kapitel 5.9).

Sofern damalige kriminelle Handlungsweisen nachweisbar werden: Kann sich aus dem BRD-geführten Staatsstreich gegen die DDR von 1990 und dem Vorgang „*Treuhandanstalt*“ [69] ein Schadenersatzanspruch der Ex-DDR gegen die Ex-BRD ergeben?

Anders als in der Ex-BRD dürften in der Ex-DDR noch persönliche Kanäle für *Dialog statt Waffen* bestehen, also für das Verstehen von Bedürfnissen und Handlungsgründen Russlands, ohne Rücksicht nehmen zu müssen auf westliche Gesprächstabus.

Demokratiedefizite in Russland? Mag sein, aber was gehen die politischen Systeme in den einzelnen Staaten andere Staaten an? Wäre es anders, könnte die UN nicht existieren. – Und ist Deutschland ein Vorbild stabiler, gerechter Demokratie?

5.8 Echte Demokratie mordet nicht

Die Entwicklung der Kriegstechnik hat Präzisionsgeschosse hervorgebracht, die über tausende Kilometer bestimmte, aus der Luft oder dem Weltraum geortete Zielobjekte meteregenau treffen und zerstören können, eingesetzt durch aufwendig und langwierig ausgebildete Bedienspezialisten mit Computerunterstützung. Angesichts dieser Technik ist Krieg zur internationalen Leistungsschau von Rüstungsindustrien geworden. So könnte man Kriege auch nach Art sportlicher Wettbewerbe durchführen, ohne größere Personen- und Sachschäden. Allerdings würden die großen Gedeinnahmen aus den Materialschlachten fehlen – unakzeptabel.

Wie der Ukrainekrieg erneut zeigt, werden deshalb weiterhin – wie einst im Ersten Weltkrieg – große Armeen von Bürgern aus ihrem Zivilleben herausgerissen und als Soldaten in flächenhaften Feuerwalzen getötet, verwundet oder „*nur*“ traumatisiert.

So wirkt eigenes Militär doppelt zerstörend: beim Gegner, indem dessen Bürger geschädigt und Werte vernichtet werden, aber auch auf der eigenen Seite, durch unproduktive Geldabflüsse an Rüstungsindustrie und Militär und durch gegnerische Waffenwirkungen. Die weitere Schadensfolge ist, dass die zum Militär eingezogenen eigenen Bürger für die gesellschaftliche Wertschöpfung ausfallen und sozial mitversorgt werden müssen, vielfach weit über die Kriegsdauer hinaus, mit medizinischem Aufwand oder durch Hinterbliebenenrenten. Traumatisierte, entwurzelte Veteranen bringen bewaffnete Gewalttätigkeit in die Gesellschaft, wie es besonders die USA als Folgeschaden ihrer vielen Kriege zunehmend beklemmend erleiden. Eigenes Militär steht also für Zerstörung, als Gegenpol zu Kultur, Aufbau und Bewahrung.

Passt Militäreinsatz überhaupt mit Demokratie zusammen? Abgesehen von Kleinstaaten ohne Militär, schafften Costa Rica (1949), Panama (1994), und Island (1995) ihr Militär ab. Alle

anderen Staaten, die sich als Demokratien präsentieren, unterhalten Militär. Wie selbstverständlich gehen sie davon aus, dass sie ihre Bürger der Lebensgefahr des Kriegsdienstes aussetzen dürfen. Dies widerspricht aber offenbar dem Prinzip von Demokratie.

Die Demokratie kann nicht funktionieren ohne das Gewaltmonopol des Staates, in Form der strikt regelgebundenen Polizei, die unter extremen akuten Umständen einzelne Straftäter auch verletzen und sogar töten darf, um Unschuldige zu retten. Im Kontrast dagegen widerspricht der Auftrag von Militär – selbst bei „*Verteidigung*“ gegen einen äußeren Angriff – den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Moral, ist also *staatliche Schwermertikalität*: Es geht um den *Mord an Unbekannten*, die ein anderer Staat als Soldaten dienstverpflichtet hat, die also zumeist *ohne eigene Zustimmung* in Lebensgefahr getrieben wurden. Atomwaffenstaaten gehen dabei sogar bis zur Bereitschaft zum *Massenmord*. Ein Staat mit Militär kann also gar *keine Demokratie* sein.

Die persönliche Sicherheit in der echten Demokratie beruht nicht auf Angst und Militärgewalt, sondern auf dem Gerechtigkeitsinn und dem Bildungsstand ihrer Bürger: Sollte ein anderes Land einmarschieren, besetzen und Verbrechen begehen, leistet die Demokratie wohlüberlegt *keinen* Widerstand, sondern „*nur*“ gewaltfreien passiven Widerstand, eben möglich gemacht durch Bildung. Von den erfolgreichen Beispielen Tschechoslowakei 1939 und Dänemark 1940 gegen die Besetzung durch die Nazi-Wehrmacht war schon die Rede (Kapitel 1.3). Die Führung des angreifenden Landes ist zwangsläufig autokratisch, sonst würde sie nicht angreifen. Die einmarschierenden Soldaten – unter Zwang oder Propagandawirkung in ihre Rolle gekommen – infizieren sich im unvermeidlichen Kontakt mit den Bürgern des besetzten Landes mit deren freiheitlichen Denkweisen, denn diese Bürger sind durch ihren Bildungsstand selbstsicher in der Lage, mit den Soldaten des Angreifers zu diskutieren: „*Keine Gewalt! Wir tun Euch nichts. Ihr wisst doch, dass Ihr zu Unrecht hier seid*“. So untergräbt der zivile Widerstand die fremde Autokratie.

Zusätzlichen Schutz erhält die militärfreie Demokratie durch das moderne Völkerrecht in Verbindung mit der schnellen internationalen Nachrichtenverbreitung. So wird das Unrecht einer Besetzung oder gar des Waffeneinsatzes gegen die Bevölkerung schnell weltweit bekannt. Als weiterer Schutz wirbt zumeist eine Exilregierung des besetzten Landes wirksam für einen Handelsboykott gegen den Angreifer und Besetzer, bis er wieder abzieht – und wenn es bis dahin zwei Generationen Geduld braucht.

Einen Ansatz in diese Richtung „*militärfrei*“ hatte 1990 die DDR gemacht, mit dem Entwurf ihrer Reformverfassung, in der die Abschaffung sowohl von Wehrpflicht als auch Todesstrafe fixiert war, ebenso die Vermeidung eines militärisch-industriellen Komplexes [8]. Der Staatsstreich durch die BRD-Führung hatte mit der deutschen Vereinigung diesen Weg der DDR blockiert.

In diesem Gedankengerüst drängt sich angesichts des Ukrainekriegs eine Grundsatzfrage auf, zur Stabilität der deutschen Demokratie, durch die unerwartet militärfixierte Haltung und Handlungsweise der deutschen Bundespolitik (von einer Randpartei abgesehen): Dürfen Politiker, die *politische* Probleme für *militärisch* lösbar halten, Führungsverantwortung haben?

Das ist eher befremdlich. Selbst in Staaten mit Todesstrafe gilt es als verboten, solche Strafe auf qualvolle Art zu vollstrecken. In Deutschland gibt es keine Todesstrafe – Vorsorge gegen Justizirrtümer und Respekt vor dem Wunder des Lebens. Doch im Ukrainekrieg, den die deutsche Regierung mit Lieferung von Waffen und Munition an eine Kriegspartei unterstützt, quälen sich im wechselseitigen Beschuss mit Spreng- und Brandmunition unzählige Opfer auf beiden Seiten im stundenlangen einsamen Totenkampf, die Körper zerrissen, verbrannt, zumeist junge Ukrainer und Russen, die – kaum freiwillig – zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Die trauernden, zerstörten Familien werden die entsetzlichen Einzelheiten des Sterbens ihrer Angehörigen niemals erfahren. Und dies alles nur zwecks Geld für Außenstehende.

Die Opfer im Ukrainekrieg sind teils über die Front hinweg miteinander verwandt. Sie alle sind Mitmenschen in Europa, Hoffnungsträger und Zukunftspotentiale ihrer Länder, unersetzlich, denn ihr Gesellschaftsbeitrag und ihre Wertschöpfung wird diesen Ländern fehlen. Jenseits moralischer Überlegungen zeigt allein der wirtschaftliche Aspekt, dass militärbejahende Politiker ihr eigenes Land schädigen: Die modernen Industriegesellschaften bilden ihre jungen Menschen mit Pro-Kopf-Aufwand von hunderttausenden Euro aus (Eltern, Kita, Schule, Berufsausbildung), damit sie anschließend in ihrem Arbeitsleben für ihr Land eine Wertschöpfung im Umfang von Millionen Euro vollbringen können, was vielfach tatsächlich geschieht. In diesem Ablauf vernichtet der Militäreinsatz vor allem junge Menschen, bevor sie ihre zivilen Fähigkeiten entfalten konnten.

Aber Politiker in Deutschland halten die vorsätzliche Grausamkeit durch blinden Sprengkörper-Beschuss gegen Menschen für diejenige Partei für berechtigt, die sich als „Verteidiger“ darstellt, ungeachtet derer möglichen eigenen Verfehlungen. Dass genau diese Grausamkeit auf Deutschland zurückschlagen muss, wenn der Krieg mit deutscher Waffenlieferung und -finanzierung weiter eskaliert, dies wird verdrängt, ebenso wie die Kriegsgewinne für die Rüstungsindustrien, die eigentliche Problemsache.

Über die reale Möglichkeit gewaltfreier Verteidigung sind die Bürger kaum informiert oder halten sie für illusorisch. Sind sie mit solchem eingeengten Kenntnisstand in der Lage zu demokratischen Wahlentscheidungen mit dem absolutem Vorrang, die Verwüstung Deutschlands in einem Industriekrieg fremder Staaten nicht zuzulassen?

Deutsche Politiker, die der Lieferung von Waffen an Kriegsparteien zustimmen, – sind sie geeignet, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung Führungsverantwortung für Deutschland zu tragen? Kann die überfällige deutsche Verfassung funktionieren, ohne dass ein Schutzfilter gegen extrem eingestellte, also auch gegen militärbejahende Politiker eingebaut ist?

Rüstung führt – wirtschaftlich bedingt – immer zur Anfachung von Konflikten, Gewaltfreiheit bewirkt deren Dämpfung. Kann es stabilen Frieden für Gesamteuropa geben, mit einem aufrüstenden Deutschland in seiner Mitte? Ist nicht in Deutschland das Geld schon für die zivilen Aufgaben zu knapp? Hätte die Bundeswehr, personell erweitert, nicht voll zu tun als zivile *Cyberwehr*, die die – technisch mögliche – Datensicherheit im ganzen Land herstellt?

5.9 Die DDR-Reformverfassung von 1990

Im April 1990 wurde der Entwurf einer neuen DDR-Verfassung veröffentlicht, den die Reformregierung Modrow zusammen mit dem „Runden Tisch“ erarbeitet hatte [8]. Hier einige Eckpunkte, soweit sie sich wesentlich vom BRD-Grundgesetz unterscheiden (die betreffenden Artikel sind in Klammern angegeben):

Staat: Die DDR ist ein rechtsstaatlich verfasster demokratischer und sozialer Bundesstaat (Artikel 41). Träger der Staatsgewalt ist das Volk (42). Die Volkskammer ist das oberste Organ der Staatswillensbildung (51). Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (52). Fraktionslose Abgeordnete sind zulässig (müssen also nicht einer Partei angehören, somit ein Aspekt direkter Demokratie) (57) Die Parteien haben ihre Finanzierung zu veröffentlichen (37). Die Gesetze werden durch die Volkskammer oder *durch Volksentscheid* beschlossen (89); ein Volksentscheid findet statt, wenn mindestens 750.000 stimmberechtigte Bürger es verlangen (98). Ein Staatsziel ist, am „*Einigungsprozess Europas*“ beteiligt zu sein, „*in dessen Verlauf auch das deutsche Volk seine staatliche Einheit schaffen wird*“ (Präambel), also kein kurzfristiges Ziel, und nicht ohne europäische Einigung (besteht bis heute nicht).

Frieden. Die Staatsflagge der DDR ist schwarz-rot-gold, in der Mitte mit dem symbolträchtigen Wappen „*Schwerter zu Pflugscharen*“ (43). Die Beschränkung von Hoheitsrechten „*zugunsten eines Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung*“ ist zulässig, also OSZE ja, NATO nein (44). Die Wehrpflicht (27) und die Todesstrafe (12) sind abgeschafft, und

Kriegspropaganda ist verboten (15). Die DDR fördert die Abrüstung. Jegliche Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Regierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Sie dürfen nur in OSZE-Staaten exportiert werden (45). „*Streitkräfte*“ sind einmal erwähnt, „*einschließlich der Grenztruppen*“ (104), ein Grenzschutz. Also eine Randrolle für DDR-Militär und militärische Verteidigung, und keine Erwähnung von Militärbündnissen.

Soziales: Jeder Bürger hat das Recht auf soziale Sicherung gegen die Folgen von Krankheit, Unfall, Invalidität, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Alter und Arbeitslosigkeit. Jeder erhält eine Altersrente (23). Schüler und Studenten haben Anspruch auf staatliche Ausbildungsförderung (24).

Wohnen: Jeder Bürger hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Bei Streit zwischen Nutzer und Eigentümer einer Wohnung hat die „*überragende Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens besonderes Gewicht*“. Wohnungsräumung nur, wenn Ersatz zur Verfügung steht (25). Bei Wohnungen, Wohngrundstücken und für Erholungszwecke genutzten Grundstücken, die vormals aus der DDR Geflohenen oder Auswärtigen gehörten: Die Nutzer haben das Kaufrecht, die vormaligen Eigentümer werden finanziell entschädigt (131) – also Entschädigung vor Rückgabe (das Gegenteil der Praxis seit 1990).

Arbeit: Jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung. Für gleiche Arbeit besteht Anspruch auf gleichen Lohn (27).

Grund und Boden: Die Nutzung von Boden und Gewässern ist „*in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet*“ (32). Der Verkauf von Grund und Boden und die Überlassung von Nutzungsrechten an Ausländer bedürfen der Genehmigung (32). Die Allgemeinheit hat freien Zugang zu Bergen, Wäldern, Feldern, Seen und Flüssen (32). Bei Umwandlung in Bauland geht ein Anteil der Bodenwertsteigerung an die Gemeinde (32).

Umwelt: Die staatliche Umweltpolitik hat „*auf den sparsamen Gebrauch und die Wiederverwendung nichterneuerbarer Rohstoffe und die sparsame Nutzung von Energie hinzuwirken*“ (32) – also Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfwirtschaft. Der Abbau von Bodenschätzen bedarf der staatlichen Genehmigung, mit der Bedingung schonender Bodennutzung (32).

Wirtschaft: Die Bildung von Kartellen und marktbeherrschenden Unternehmen ist unzulässig (30). Eigentum ist „*sozialpflichtig*“ (29). Die Enteignung „*aus Gründen des Allgemeinwohls*“ ist zulässig, aber persönlich genutztes und genossenschaftliches Eigentum (29) sowie volkseigene Unternehmen (131) sind besonders geschützt. Bei größeren und für das Gemeinwesen wichtigen Unternehmen besteht betriebliche Mitbestimmung der Mitarbeiter (28).

Politische Mitwirkung: Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf politische Mitgestaltung und auf Zugang zu öffentlichen Ämtern. Er hat das Recht, sich mit Anliegen an jede staatliche Stelle zu wenden, mit Anspruch auf Anhörung und baldigen Bescheid (21). Bürgerbewegungen sind besonders geschützt. Sie haben das Recht „*des Vorbringens und der sachlichen Behandlung ihrer Anliegen*“ in den Ausschüssen von Volkskammer und Landtagen. Ferner haben sie Anspruch auf Akteneinsicht bei den Behörden, die für das Anliegen zuständig sind (35), – eine wirksame Bremse gegen Korruption.

Soweit der kurze Blick auf den DDR-Verfassungsentwurf. Offenbar waren die Modrow-Regierung und der Runde Tisch überzeugt, dass sich politische Probleme nicht militärisch lösen lassen und dass Demokratie ohne Wehrpflicht und ohne Todesstrafe nicht zusammenpasst mit Kriegseinsätzen von Militär.

Der Verfassungsentwurf wurde im April 1990 fertiggestellt und in die Arbeit der neu gewählten Volkskammer eingebracht, damit er diskutiert, überarbeitet und in einer Volksabstimmung in Kraft gesetzt würde. Aber die neue Volkskammer ignorierte ihn [68]. Zumindest die Abgeordneten der CDU hatten nicht einmal eine Drucksache mit dem Text erhalten [121].

Im Vergleich mit dem Grundgesetz enthält der DDR-Verfassungsentwurf stärkere demokratische Elemente. Den wenig bekannten Unterschied zwischen „*Volkseigentum*“ in der DDR und „*Staatseigentum*“ in der BRD arbeitete die DDR-Autorin Daniela Dahn heraus [28]: Die DDR-Regierung hatte bereits

nach ihrer „alten“ Verfassung von 1968 nicht das Recht, Volkseigentum zu verkaufen, zu beleihen oder zu verpfänden, während der BRD-Staat mit Staatseigentum so verfahren konnte, als sei es sein unbeschränktes Privateigentum.

Für die künftige deutsche Verfassung bilden die abgeschaffte Wehrpflicht und Todesstrafe und die verbotene Kriegspropaganda das Vorbild für ein Filter gegen militärbejahende Politiker und Medien.

Könnte der DDR-Verfassungsentwurf von 1990 heute in der Ex-DDR mehrheitliche Zustimmung finden, für die dortige Gültigkeit innerhalb einer zu schaffenden gesamtdeutschen Verfassung [9]? Wie wäre die Akzeptanz des DDR-Textes bei der Bevölkerung der Ex-BRD?

5.10 Frieden und Klima

Ein zentrales ziviles Thema ist der „Klimawandel“. Laut Wetteraufzeichnungen ist die mittlere Bodentemperatur auf der Erde angestiegen [120]. Als Ursache dieser Erwärmung gilt der Ausstoß von „Treibhausgasen“, an erster Stelle Kohlendioxid (CO₂), als Verbrennungsabgas der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas durch den Menschen. Seit den 1990er Jahren werden Umweltextreme (Dürren, Extremwetter und steigender Meeresspiegel [117]) darauf zurückgeführt, und katastrophale Folgen sind vorhergesagt, wenn nicht zügig und weltweit der fossile CO₂-Ausstoß beendet und auf „grüne“ Energien (Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme) umgestellt werde.

Gestützt auf wissenschaftliche Aussagen eines „Weltklimarats“ IPCC auf einem Stand von etwa 2013, kam die Pariser UN-Klimakonferenz von 2015 zu der Vorhersage: Die katastrophalen Folgen werden zwangsläufig eintreten, wenn die Erwärmung 2 °C überschreitet. Auf dieser Grundlage haben viele Regierungen, so auch die deutsche, freiwillige Selbstverpflichtungen übernommen, den fossilen CO₂-Ausstoß bis 2050 schrittweise auf Null zu senken. Die seit 2021 amtierende Bundesregierung hat dieses Ziel als Handlungsprogramm für den deutschen Ausstoßanteil von 2% festgelegt. Im ersten Schritt soll der deutsche Ausstoß von 2021 bis 2030, also binnen nur eines Jahrzehnts um fast die Hälfte gesenkt werden [118], im zweiten Schritt dann runter auf Null. Die USA, China und Indien mit rund 50% des weltweiten CO₂-Ausstoßes vermeiden verbindliche Selbstverpflichtungen.

Im Zuge des Ukrainekriegs ab 2022 kam es zusätzlich zu Maßnahmen gegen den kostengünstigen deutschen Import von Erdöl und Erdgas aus Russland, der jahrzehntelang geflossen war, über Knotenpunkte in der Ex-DDR. Die Folgen waren ein sprunghafter Anstieg der Energiekosten in Deutschland, dazu wirtschaftliche Verunsicherung durch angekündigte Verbote gegen landesweite lange übliche Heizungstechniken und Fahrzeugantriebe.

Der Umstieg auf erneuerbare, „grüne“ Energien ist naturgemäß allein deshalb sinnvoll, weil solche vor Ort gewonnene Energie kostenlos ist und nicht mehr importiert werden muss, dass also Wertschöpfung im Land bleibt. Die Techniken für den Umstieg stehen seit etwa 2000 zur Verfügung und wären binnen einiger Jahrzehnte im regulären Austausch flächendeckend einführbar, zugleich mit dem Abbau von Energieverschwendung.

Aber für den nun geforderten *extrem schnellen* Umstieg müssten hochwertige, intakte technische Einrichtungen, die mit fossilen Energien betrieben werden und noch Jahrzehnte Lebensdauer vor sich haben, in großem Umfang verschrottet werden, um neuen Industrieprodukten für die Gewinnung und Nutzung der „grünen“ Energie Platz zu machen. Dies scheint volkswirtschaftlich gar nicht leistbar. Auch bestehen begründete Zweifel, ob angestrebte Maßnahmen der Regierung nicht eher vom angestrebten Ziel weg führen. Beispielhafte Stichworte sind „Elektromobilität“ und „Heizungsgesetz“. Der Begriff „Emissionshandel“ weckt die Vermutung, dass sich neuartige Möglichkeiten für wirtschaftliche Großkorruption ausbilden.

Das Gewicht des Klimathemas hat international zu intensiverer Forschung und zu neuen Erkenntnissen geführt, damit auch auf Kritik an der IPCC-Klimaprognose. Das reale Klimageschehen ist weitaus komplizierter. Wie der deutsche Wetterdienst klarstellt, ist es gar nicht möglich, den Einfluss des Menschen auf das Klima der Erde für die nächsten Jahre und Jahrzehnte genau zu beschreiben [119]. Wissenschaftler bemängeln, Effekte seien im IPCC-Modell teils über-, teils unterschätzt worden. Vorhersagen müssten regionale Eigenheiten stärker berücksichtigen. So deutet vieles darauf hin, dass für die Umstellung des Energiesystems und für Schutzmaßnahmen mehr Zeit zur Verfügung steht, als 2015 in Paris befürchtet wurde – eine gute Nachricht für die junge Generation, weil sie das deprimierende IPCC-Zukunftsbild etwas entspannt. Allerdings haben erhöhte Temperaturen unerwartete großflächige Veränderungen an der Natur hervorgebracht, und CO₂-unabhängige Kulturmaßnahmen kommen hinzu (u.a. Flächenversiegelung, industrielle Landwirtschaft), beides mit selbstverstärkenden Schadenswirkungen und unbekanntem Folgen.

Statt der gebotenen sachlichen Klärung der offenen Fragen entstand ein gesellschaftlicher Konflikt über die Realität des Klimawandels, mit Zügen eines Glaubensstreits. Es sollte aber möglich sein, zu den wissenschaftlich offenen Klimafragen im internationalen Dialog den Erkenntnisstand sachlich zu dokumentieren. Dieser nötige Dialog ist durch den Ukrainekrieg gestört, denn die westlichen Sanktionen gegen Russland haben auch zum Abbruch wissenschaftlicher Kontakte geführt. Russland hat eine Schlüsselrolle für Europa: Das Land ist doppelt so groß wie die USA. Allein das europäische Russland bis zum Ural hat die gleiche Fläche wie das gesamte sonstige Europa. Kann eine künftige klimaneutrale Energieversorgung Europas – welcher Technik auch immer – funktionieren, ohne Russland einzubeziehen?

Hier dürfte die Ex-DDR durch das dort stärker verbreitete Verständnis für die russische Seite die Möglichkeit haben, etwa im Rahmen friedenspolitischer Konferenzen auch die Themen Energie und Klima aufzugreifen und wertvolle internationale Beiträge zu gewinnen und unzensiert zu veröffentlichen.

Die Friedensbewegung würde mit solchen Konferenzen weiterhin gegen den krankhaften Befall der Gesellschaft mit dem Virus der Zerstörung und Gewaltbereitschaft wirken. Sie würde aber zugleich die großen zivilen Themen von Aufbau und Bewahrung konstruktiv begleiten, mit der Aufmerksamkeit am Puls der aktuellen Fragen. Derzeit geht es um das Klimathema, während sich künftige Themen bereits andeuten: Wirtschaft und Soziales.

5.11 Jugendbegegnung als Sicherheitspolitik

Trotz Pressefreiheit: Originaltexte von russischer Seite zum Ukrainekrieg sind in westlichen Leitmedien fast nicht zu finden. Überraschenderweise glauben viele der heute erwachsenen Deutschen, sie seien aus den westlichen Nachrichten ausreichend informiert und Nachrichten von der russischen Seite könnten nur Propaganda sein. Die Bildung in der BRD wie in der DDR hatte gleichermaßen das interessengesteuerte Ziel, die Akzeptanz solcher Einseitigkeit zu trainieren. Das Ziel wurde teilweise erreicht. Auch scheint für die heute in Deutschland lebende Mehrheit eine Politik ohne Militär nicht vorstellbar, obwohl Militär in schwerstkrimineller Weise gegen die Prinzipien zivilisierten Zusammenlebens verstößt (siehe Kapitel 5.8).

Braucht es also eine neue Generation, die Waffengewalt aus der Politik verbannt und bei Konflikten die ungefilterten Positionen *beider* Seiten wissen will? Bildung als Grundfähigkeit für eigenes demokratisches Urteilsvermögen, damit als die Grundlage gewaltfreier Sicherheitspolitik, die auf der informierten Widerständigkeit der Bürger gegen Unrecht beruht?

Internationale Begegnungen verlangen zwangsläufig solche offene Haltung. Die DDR war 1951 und 1973 mit „Weltfestspielen der Jugend“ hervorgetreten, mit jeweils rund 25.000 Teilnehmern

aus aller Welt. In der BRD wurde dies als Propagandaveranstaltung abgetan, was sicherlich eine ihrer Funktionen war. Aber war es für die jungen Teilnehmer nur Propaganda – oder war es ein prägendes positives Erleben internationaler Gemeinschaft?

Wie wäre es mit der Einladung aus Deutschland an junge Menschen vor allem aus Atomwaffenstaaten, voran den USA und Russland? Verbesserte Bildung und internationale Jugendbegegnung als *die tragenden Teile* der deutschen Sicherheitspolitik? Nachdem Militär – eigenes oder fremdes – heute nur noch Gefährdung bringt. Für den Kaufpreis eines einzigen Kampfbombers (ca. 100 Millionen Euro) können rund 30.000 junge Gäste für zwei Wochen in Deutschland zusammenkommen, inklusive Reisekosten, Unterbringung und Betreuung durch junge Menschen, die hier leben, und das regelmäßig Jahr für Jahr ...

5.12 Dezentralität als Personenschutz

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehen weltweit ermüthende Erfahrungen: Führungspersonen, deren Entscheidungen den Interessen von Großmächten im Weg standen – etwa Verstaatlichung eigener Rohstoffquellen oder Ablehnung ausländischer Militärstationierungen –, wurden fast regelmäßig durch Geheimdienstaktionen gewaltsam aus dem Amt entfernt, mittels extern gesteuerter Staatsstreichs, oder sie wurden Opfer niemals aufgeklärter Mordanschläge.

Bekanntere Beispiele sind Mohammad Mossadegh (Iran 1953, Staatsstreich), Imre Nagy (Ungarn 1956, 1958 hingerichtet), Patrice Lumumba (Kongo, 1961, Mord), Salvador Allende (1973, Chile, Staatsstreich und Allendes Tod), Aldo Moro (1978, Italien, Mord), Olof Palme (1986, Schweden, Mord). Heute ist in den meisten solchen Fällen historisch dokumentiert, dass Geheimdienste aktiv beteiligt waren. Dies war also staatliche Kriminalität. Es muss hier offenbleiben, ob auch die Morde an Herrhausen und Rohwedder (Kapitel 3.13) in diese Kategorie fallen.

Diese Erfahrung legt leider die Befürchtung nahe, dass mittelgroße Industriestaaten als demokratische Zentralstaaten gar nicht in der Lage sind, unter Eigennutzung des Nationaleigentums gerechte und auskömmliche Lebensbedingungen für ihre Bürger zu schaffen, denn es muss damit gerechnet werden, dass Großmächte dieses für sie unerwünschte Ziel torpedieren, durch verdeckte, aber wirksame äußere Einwirkungen auf das zentrale Spitzenpersonal, das stets nur wenige führende Köpfe zählt.

Hingegen sind *dezentrale* Netze mit weitgehender regionaler Souveränität ihrer Knotenpunkte widerstandsfähig gegen Fremdeinwirkung. Das Ausmaß an Korruption, Erpressung oder Beseitigung einer großen Zahl von Führungspersonen, die jeweils nur in einem begrenzten Gebiet Macht tragen, wäre ebensowenig praktikabel wie die notwendige Geheimhaltung. Dieser Sachverhalt könnte auch als inhaltlicher Hinweis für ein künftiges deutsches Verfassungswerk taugen.

Ein Ex-DDR-seitiges Beharren auf dem Schutz durch den 2+4-Vertrag oder auch nur durch die dortige landesseitige Einrichtung entmilitarisierter Rotkreuz-Schutzzonen dürfte den Interessen der US-Regierung stark zuwiderlaufen. Vorstellbar erscheint deshalb äußerer Druck auf die sechs Ex-DDR-Länderregierungen, sie sollten militärbehindernde Maßnahmen unterlassen. Dennoch dürfte es nicht gelingen, in dezentraler Struktur die widerständige und Schutz und Frieden verlangende Ex-DDR-Bevölkerung zu hindern, ihr Schutzanliegen durchzusetzen, in Rückbesinnung auf die – im Rückblick unglaublich starke – eigene Kraft von 1989 und auf die Regionalität des Landes.

Die Bürger der DDR hatten 1989/90 die Demokratisierung des dortigen politischen Systems bewirkt, aber mit dem Wunsch, die über vier Jahrzehnte errungenen Sicherheiten beizubehalten: sichere Arbeitsplätze, bezahlbare Mieten, das Gemeineigentum an den Versorgungsstrukturen und die zentrale Bedeutung der Jugend, auch in internationaler Begegnung. Ein Jahr später sahen

sie sich um all dies betrogen, gewissermaßen in der Rolle als „arglose Türöffner für einen Raubüberfall“. Heute, über drei Jahrzehnte später, sieht eine neue Generation in der Ex-DDR den Betrug nicht behoben, sondern noch verschärft durch unrechte deutsche Kriegsteilnahme gegen Russland.

Sind „Montagsspaziergänge“ und Proteststimmungen (die eine Randpartei erfolgreich für sich nutzt) Anzeichen für einen souveränen Neuanfang in der Ex-DDR hin zu einer dezentralen europäischen Kraft für Frieden und Gerechtigkeit? Ist ein neues, breites, erfahrungsgeprägtes und regional verankertes *Neues Forum* im Entstehen? Erlebt der *DDR-Verfassungsentwurf* vom April 1990 doch noch eine Wiederauferstehung?

Quellen und Anmerkungen

- [1] *Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 19.8.2023, <<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>>
- [2] *Dreiviertel der Ostdeutschen gegen weitere Waffenlieferungen*, Berliner Zeitung, 4.4.2023, <<https://www.berliner-zeitung.de/news/forsa-umfrage-drei-viertel-der-ostdeutschen-gegen-weitere-waffenlieferungen-an-die-ukraine-li.335091>> Aktuelle Forsa-Umfrage von RTL/ntv zu weiteren oder verstärkten Waffenlieferungen in die Ukraine: in der Ex-BRD 51% dafür, 46% dagegen, in der Ex-DDR 25% dafür, 72% dagegen.
- [3] *Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)*, angenommen am 8. Juni 1977, Schweizerische Eidgenossenschaft, Fedlex, die Publikationsplattform des Bundesrechts, 0.518.521 AS 1982 1362; BBl 1981 I 953, Stand 12. Juli 2018, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/de> Hier Artikel 60: Entmilitarisierte Zonen.
- [4] *Bundeswirtschaftsminister Habeck: Zukunftspaket für PCK-Raffinerie wird umgesetzt*, rbb24 (Rundfunk Berlin-Brandenburg), 5.7.2023, <<https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/2023/07/brandenburg-pck-schwedt-habeck-zukunftspaket-umsetzung.html>>
- [5] Wikipedia, Stichwort *Nord Stream*, zuletzt bearbeitet am 26. Juli 2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/Nord_Stream>
- [6] Stephan Detjen, *Der Unterschied zwischen Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag*, DW (Deutsche Welle), 2.8.2022, <<https://www.deutschlandfunk.de/baerbock-vereinte-nationen-atomwaffensperrvertrag-atomwaffenverbotsvertrag-100.html>> Siehe auch (Österreich, Irland): *TPNW signature and ratification status*, ICAN, undatiert, Abruf am 19.8.2023, <https://www.icanw.org/signature_and_ratification_status> TPNW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons), auf deutsch Atomwaffenverbotsvertrag, Stand Sept. 2023: von 68 Staaten ratifiziert, von weiteren 24 Staaten unterzeichnet (insgesamt 193 Staaten in der UN).
- [7] Wikipedia, Stichwort *Atomwaffenfreie Zone*, zuletzt bearbeitet am 4. Dezember 2021, <https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenfreie_Zone>
- [8] *Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*, Arbeitsgruppe "Neue Verfassung der DDR" des Runden Tisches Berlin, April 1990, in: DocumentArchiv.de (Hrsg.), letzte Änderung 3.3.2004, <http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html>
- [9] *Grundgesetz, Artikel 146*, de Jure, undatiert, Abruf am 19.8.2023, <<https://dejure.org/gesetze/GG/146.html>> Text: „Dieses Grundgesetz, das nach Völlendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“
- [10] Genevieve LeFranc, *Defense spending is wasteful, and it might actually make the US less safe*, The Daily Reckoning, 2021, Diagramm: *20th Century Defense Spending from FY 1900 to FY 2020*, <<https://www.businessinsider.com/wasteful-defense-spending-makes-us-less-safe-2015-7>> ähnlich: File: US defense spending by GDP percentage 2010 to 2007.png, Congressional Research Service, 8 March 2010, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:US_defense_spending_by_GDP_percentage_1910_to_2007.png> Fortschreibung für 2021 und 2022: *Military Expenditure (% of GDP) – United States*, The World Bank Open Data, Diagram 1960 – 2021, Licence Sipri, undatiert 2019: 3,43%, 2020: 3,72%, 2021: 3,48%,

<<https://data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.XPND.GD.ZS?locations=US>>

weiter: *Countries with the highest military spending worldwide in 2022*, Statista, Angabe für USA 2022: 3,5%, Release Date April 2023, <<https://www.statista.com/statistics/262742/countries-with-the-highest-military-spending/>>

[11] Charles E. Sorensen, *My Forty Years with Ford*, Detroit (Michigan) 2006: Wayne State University Press, ISBN 978-0-8143.3279-5, S. 314: Produktion ein Stück B-24 pro Stunde.

Siehe auch:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Consolidated_B-24>

[12] Walter Boyne, *Boeing B-52, A Documentary History*, London 1981: Jane's Publishing Co.,

S. 23: 12.731 B-17 und über 18.000 B-24 produziert.

S. 26: 1941 über 1.660 B-29 bestellt.

Siehe auch:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Boeing_B-17>

(12.731 B-17 produziert),

<https://de.wikipedia.org/wiki/Consolidated_B-24>

(18.482 B-24 produziert),

<https://de.wikipedia.org/wiki/Boeing_B-29>

(3.970 B-29 produziert).

[13] Danny Kringiel, *Geburt des amerikanischen Alptriums. Spionage im Kalten Krieg*, Der Spiegel, 30.06.2010,

<<https://www.spiegel.de/geschichte/spionage-im-kalten-krieg-a-946503.html>>

[14] *Der Nordatlantikvertrag*, Washington DC, 4. April 1949, NATO, Last updated 25-Mar-2019,

<https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de>

Text: „Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass **im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.**“ (Hervorhebungen hinzugefügt).

[15] *Vor hundert Jahren: Gründung des Völkerbundes*, Bundeszentrale für politische Bildung, 17.12.2019,

<<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/302479/vor-100-jahren-gruendung-des-voelkerbundes/>>

[16] *Deutschland-Chronik 10. März 1952: Stalin-Note*, Bundeszentrale für politische Bildung, 17.12.2019, undatiert, Abruf am 16.08.2023,

<<https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/deutschland-chronik/131381/10-maerz-1952/>>

[17] Michael Hennes, *Der neue Militärisch-Industrielle Komplex der USA*, Bundeszentrale für politische Bildung, APUZ, 05.11.2003, <<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27289/der-neue-militaerisch-industrielle-komplex-in-den-usa/>>

[18] Jörg Hebenstreit, *Die Rolle von Geld im US-Wahlkampf*, Bundeszentrale für politische Bildung, 30.11.2020,

<<https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311280/die-rolle-von-geld-im-us-wahlkampf/>>

[19] Joel Bakan, *The Corporation, The Pathological Pursuit of Profit and Power*, London 2004: Constable & Robinson, ISBN 978-1-84529-174-7, S. 170: Interview Mark Achbar with Noam Chomsky, October 24, 2000.

Siehe auch:

Wikipedia, Stichwort *Totalitarismus*, Abschnitt 2.6, zuletzt bearbeitet am 29.07.2023,

<<https://de.wikipedia.org/wiki/Totalitarismus>>

[20] *Das Konzept der Abschreckung – Gleichgewicht des Schreckens*, Bundeswehr, 07.04.2022,

<<https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-dossier-ukraine-heinemann-abschreckung-5408602>>

[21] Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine – Confessions of a Nuclear War Planner*, New York 2017: Bloomsbury USA, ISBN 978-1-6081-9670-8, S. 2 f.: 1961: im ersten halben Jahr nach dem Angriff 325 Millionen Tote in der Sowjetunion und deren Satelliten einschließlich China, dazu etwa dieselbe Anzahl infolge radioaktiven Fallouts in den umgebenden Ländern. Siehe auch:

Peter Pringle, William Arkin, *SIOP – Der geheime Atomkriegsplan der USA*, Bonn 1985: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., ISBN 3-8012-3014-7, S. 87: Sommer 1960: 400 Millionen Tote in der Sowjetunion und deren Satelliten einschließlich China.

ferner:

Wikipedia (english), Stichwort *Single Integrated Operational Plan*,

last edited on 5 June 2023,

<https://en.wikipedia.org/wiki/Single_Integrated_Operational_Plan>

[22] Wikipedia, Stichwort *R-7*, zuletzt bearbeitet am 15. August 2023, <<https://de.wikipedia.org/wiki/R-7>>

Beschreibung der ersten sowjetischen Interkontinentalrakete R-7, Ende 1960 zwei Startrampen, Startvorbereitung jeweils rund 24 Stunden.

[23] Arnold R. Isaacs, *Facts about the Vietnam War, Part I: They didn't fight with one hand tied behind their backs*, War on the Rocks, September 11, 2017,

<<https://warontherocks.com/2017/09/facts-about-the-vietnam-war-part-i-they-didnt-fight-with-one-hand-tied-behind-their-backs/>>

Angabe: Im 2. Weltkrieg 3,4 Millionen Tonnen (Mton) Flugzeugbomben durch USA und Verbündete eingesetzt, im Vietnamkrieg 7 Mton US-Flugzeugbomben. Ferner 1969 USA in Vietnam 1,56 Mton Munitionsverbrauch, davon 60% aus der Luft, 40% vom Boden (Artillerie etc.). Diese Angabe auf 8 intensive Jahre hochgerechnet führt auf ca. 12 Mton gesamten Munitionsverbrauch der USA im Vietnamkrieg (gegenüber ca. 5 Mton im 2. Weltkrieg an allen Fronten).

[24] Christian Siepman, *Proteste gegen Nachrüstung: Atomraketen im Nachbargarten*, Der Spiegel, 22.10.2008, <<https://www.spiegel.de/geschichte/25-jahre-proteste-gegen-nachruistung-a-947980.html>>

[25] Wikipedia (english), Stichwort *Pershing II*, last edited on 6 June 2023, <https://en.wikipedia.org/wiki/Pershing_II>

[26] Wikipedia, Stichwort *Krieg in Afghanistan (1979-1989)*, zuletzt bearbeitet am 11. August 2023,

<[https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan_\(1979%E2%80%931989\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan_(1979%E2%80%931989))>

[27] Wikipedia, Stichwort *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, zuletzt bearbeitet am 7. Juli 2023,

<https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa>

[28] Daniela Dahn, *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Die Einheit – eine Abrechnung*, Hamburg 2019: Rohwohlt Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-499-00104-8.

S. 264 f.: zum Unterschied zwischen Volkseigentum und Staatseigentum.

Siehe auch:

Volkseigentum, Das Politlexikon, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 9.9.2023,

<<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/296532/volkseigentum/>>

[29] Daniela Dahn, *Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten*, Hamburg 1994: Rowohlt Taschenbuch Verlag, rororo aktuell, ISBN 3-4999-13423-3, Insgesamt: Chronologie der Reform in der DDR,

S. 20: Die Hälfte der Ostdeutschen von Vertreibung aus ihren Wohnungen bedroht.

S. 33: Seiters am 20.11.1989: Erst Abschaffung des Sozialismus, dann Geld für die DDR.

S. 58: 3% des Volkseigentums gingen an Ostdeutsche.

S. 60: Kreditbedarf 10-15 Mrd. DM.

Siehe auch:

Seiters sondiert in Ost-Berlin, in: *Blog: Der Weg zur Deutschen Einheit – 28. November 1989: Kohls Zehn-Punkte-Plan*, Der Tagesspiegel, 28.11.2014,

<<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/geschichte/28-november-1989-kohls-zehn-punkte-plan-6911206.html>>

Besuch von Seiters in Ost-Berlin am 20.11.1989.

S. 37: Meinungsumfrage in der DDR Ende November 1989, 86% für „besseren, reformierten Sozialismus“, 5% für Kapitalismus, 9% für Sonstiges.

S. 52: Äußerung Oswald Angermann.

Gesamt siehe auch:

Chronik 89: Das war das Jahr der friedlichen Revolution, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Geschichte DDR, undatiert, Abruf am 16.08.2023,

<<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/mauerfall/chronik-friedliche-revolution-wende-100.html>>

[30] *Das Neue Forum entsteht*, Chronik der Ereignisse 1989/90, 10. September 1989, Die Bundesregierung, 5. August 2022,

<<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/neues-forum-entsteht-337176>>

[31] *Ergebnisse des Rundtischgespräches am 18. Januar 1990*, Chronik der Mauer, undatiert, Abruf am 19.8.2023,

<<https://www.chronik-der-mauer.de/material/180404/ergebnisse-des-runden-tisches-der-ddr-am-18-januar-1990>>

Beispielhaftes Sitzungsergebnis des Runden Tisches der DDR.

[32] Manfred Görtemaker, *Gestaltung der Wiedervereinigung*, Bundeszentrale für politische Bildung, 20.10.2015,

<<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/der-weg-zur-einheit-250/214132/gestaltung-der-wiedervereinigung/>>

[33] „*Sie lernt ja täglich dazu*“, Der Spiegel, Nr. 7/1990, 11.02.1990,

<<https://www.spiegel.de/wirtschaft/sie-lernt-ja-taeglich-dazu-a-370cdf93-0002-0001-0000-000013497948>>

Bericht über die DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft.

[34] *Öffnen Sie dieses Tor! Reißen Sie diese Mauer nieder! Rede von US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni 1987 vor dem Brandenburger Tor*, US-Botschaft und Konsulate in Deutschland, 2.06.1987, US Mission Germany, April 25, 2021,

<<https://de.usembassy.gov/de/offnen-sie-dieses-tor-reisen-sie-diese-mauer-nieder/>>

[35] Wikipedia, Stichwort *National Security Strategy vom September 2002*, zuletzt bearbeitet am 11. Juni 2023,

<https://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Strategy_vom_September_2002>

[36] *Ein ungeteiltes freies Europa, Rede von US-Präsident George Bush in Mainz am 31. Mai 1989*, Chronik der Mauer,

<<https://www.chronik-der-mauer.de/material/178891/rede-von-us-praesident-george-bush-in-mainz-31-mai-1989>>

Zitat im 20. Textabsatz.

[37] *Declaration of the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, Brussels, 29-30 May, 1989*, NATO Online-Library, updated 27 Oct 2000,

<<https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c890530a.htm>>

Zitat in Textabschnitt 26.

[38] *Zehn-Punkte-Plan, Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Online-Dokumentation, Ausgabe 14, 2007,

<https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=eb8e3de0-bb1a-8a78-a08d-568bcbd0d677&groupId=252038>

[39] *4. Dezember 1989 – Auf dem Weg zur Deutschen Einheit: US-Unterstützung auf NATO-Gipfel in Brüssel*, Chronik der Ereignisse 1989/90, Die Bundesregierung, Beauftragter für Ostdeutschland, 28. Juli 2022,

<<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/us-unterstuetzung-auf-nato-gipfel-in-bruessel-472050>>

[40] *Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush at Camp David*, February 24, 1990, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C.,

<<https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>>

Zur deutschen Vereinigung nach Grundgesetz-Artikel 23: US-Außenminister James Baker fragte Helmut Kohl danach.

[41] Wikipedia, Stichwort *Liste der Länder nach historischer Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts*, zuletzt bearbeitet am 31. Mai 2023,

<[https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_historischer_Entwicklung_des_Bruttoinlandsprodukts)

[C3%A4nder nach historischer Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_historischer_Entwicklung_des_Bruttoinlandsprodukts)>
Rangfolge 1990 (in Mio. US-Dollar): USA 5.979.575, Japan 3.140.669, Sowjetunion 2.659.500, Deutschland (BRD+DDR) 1.592.710, Frankreich 1.278.611, Großbritannien 1.182.997, Italien 1.173.063.

In Verbindung mit:

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1950 bis 1989, Statista, 01.09.2009,

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055086/umfrage/einwicklung-des-bip-in-der-bundesrepublik-und-der-ddr/>>

1989 (umgerechnet in Mio. Euro): BRD 1.399.500, DDR 207.944.

Auswertung: Annahme etwa gleiche Werte 1989 wie 1990, dann Summe Deutschland (BRD+DDR) 1.607.444 Euro entsprechend .592.710 US-Dollar, d.h. BRD allein 1.387.000, damit BRD in Position 4, nach der Sowjetunion, vor Frankreich.

[42] Valentin Falin, *Konflikte im Kreml – Der Untergang der Sowjetunion*, München 1997: Blessing Verlag, Lizenzausgabe Berlin 2014, Edition Berolina, ISBN 978-3-86789-834-8.

Siehe auch:

Roman Goncharenko, *Gorbatschow: In Russland in der Kritik*, DW (Deutsche Welle), 31.8.2022,

<<https://www.dw.com/de/gorbatschow-in-russland-immer-wieder-in-der-kritik/a-54882993>>

[43] Ernst Wolf, *Rückkehr der Geschichte: IWF-Kredite und Ölpreis brachten Sowjetunion zu Fall*, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 22.02.2015,

<<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/02/22/rueckkehr-der-geschichte-iwf-kredite-und-oelpreis-brachten-sowjetunion-zu-fall>>

Die sowjetische Staatsverschuldung war angewachsen und hatte Ende 1989 den Höchststand von 54 Milliarden US-Dollar erreicht (beim damaligen Wechselkurs 1,88 DM für 1 US-Dollar 102 Milliarden DM).

[44] Wikipedia, Stichwort *Charles de Secondat, Baron de Montesquieu*,

<https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_de_Secondat,_Baron_de_Montesquieu

>
[45] Philip Dingeldey, *Von unmittelbarer Demokratie zur Repräsentation, Ideengeschichte der großen bürgerlichen Revolutionen*, Bielefeld 2022:

Transkript Verlag, ISBN 978-3-8376-6326-6,

S. 129: Zitat James Madison betr. Ansprüche an Repräsentanten:

„*The representative body, with too few exceptions to have any influence on the spirit of the government, will be composed of landholders, merchants, and men of the learned professions.*“

<<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/cc/92/19/oa9783839643260xiAFS6aYrO4yG.pdf>>

[46] *Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten des deutschen Bundestages*, Deutscher Bundestag, Stand Juli 2023,

<https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb_diaeten/mdb_diaeten-214848>

Die Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1. Juli 2023 monatlich 10.591,70 Euro.

[47] *Conventional-Nuclear Operations*, US Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth, Kansas, 6 August 1976, Reference Book RB 100-30, Vol. I.

Siehe auch:

Taktiklehrbuch der US Army sieht den Einsatz taktischer Atomwaffen in Ostessen vor, 6. August 1976, Zeitgeschichte in Hessen, Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen,

<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/current/2/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Fulda_Gap>

Siehe auch:

Wilhelm Bittorf, *Ich sag' dem Schwein nicht, wann es stirbt*, Der Spiegel, 9/1982, 1. März 1982,

<<https://www.spiegel.de/politik/ich-sag-dem-schwein-nicht-wann-es-stirbt-a-727e53fe-0002-0001-0000-000014347659?context=issue>>

Siehe auch:

Dan Rather, Harry Reasoner, *CBS Reports: The Defense of the United States – The Nuclear Battlefield*, CBS, June 15, 1981, 2. Film einer 5-teiligen Serie, Dauer 48:46 min,

<<https://www.youtube.com/watch?v=Azjhm4GL688>>

[48] Ursula Münch, 1990: *Grundgesetz oder neue Verfassung?*,

Bundeszentrale für politische Bildung, 01.10.2018,

<<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43813/1990-grundgesetz-oder-neue-verfassung/>>

[49] Wilfried Loth, *Land Saarland*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 17.08.2023,

<<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202061/land-saarland/>>

[50] Torsten Krauel, *Warum der Abzug aus Deutschland auch für die USA gefährlich wäre*, Welt, 9.8.2019,

<<https://www.welt.de/politik/ausland/article198274947/Grenell-Warum-der-Truppenabzug-fuer-die-USA-gefaehrlich-waere.html>>

Dort Europakarte mit Angabe der US-Stationierungen 2019.

[51] Wikipedia, Stichwort *Britische Streitkräfte in Deutschland*, zuletzt bearbeitet am 19.6.2023,

<[https://de.wikipedia.org/wiki/Britische_Streitkr](https://de.wikipedia.org/wiki/Britische_Streitkr%C3%A4fte_in_Deutschland)

[C3%A4fte in Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Britische_Streitkr%C3%A4fte_in_Deutschland)>

Noch etwa 750 britische Soldaten in Westdeutschland.

[52] *Deutsch-französische Brigade*, Bundeswehr, 31.01.2020,

<<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/organisation/10-panzerdivision/deutsch-franzoesische-brigade>>

Seit 1989 stationiert in Müllheim (Baden-Württemberg) und in Frankreich, Gesamtumfang 5.000 Soldaten.

[53] Wikipedia, Stichwort *Kernwaffen in Deutschland*, zuletzt bearbeitet am 13.8.2023,

<https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffen_in_Deutschland>

[54] *Helmut Kohl Rede zum Mauerfall vor dem Schöneberger Rathaus*, 10.11.1989, Youtube-Video, Abruf am 18.8.2023,

<<https://www.youtube.com/watch?v=mT03gMOI3sM>>

[55] *The Soviet Origins of Helmut Kohl's 10 Points*, National Security Archive, George Washington University, November 18, 2009,

<<https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB296/index.htm>>

Document No. 1: *Record of Telephone Conversation between George H.W. Bush and Helmut Kohl*, November 17, 1989

[56] *Der Runde Tisch*, LEMO (Lebendiges Museum Online), Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand 26.02.2016,

<<https://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/der-runde-tisch.html>>

[57] *Chronik 1990: Deutsche Einheit – der Weg zur Währungsunion*, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Februar 1990,

<<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/waehrungsunion/geld-d-mark-wiedervereinigung-100.html#tabs-box2>>

[58] „*Modrows Plan*“ für die Einheit, Die Bundesregierung, 1. Februar 1990,

<<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/modrows-plan-fuer-die-einheit-910120>>

[59] *Rede des Bundeskanzlers (Kohl) auf der Kundgebung vor der Frauenkirche in Dresden (am 19.12.1989)*, Die Bundesregierung, Bulletin 150-89, 22.12.1989,

<<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundeskanzlers-auf-der-kundgebung-vor-der-frauenkirche-in-dresden-790762>>

- [60] *Transparent „Wir sind ein Volk“*, LEMO (Lebendiges Museum Online), Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 09.12.1989, <<https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/alltagskultur-transparent-wir-sind-ein-volk.html>>
- [61] Elske Rosenfeld, *Wackeliges Gedenken*, Der Freitag, Ausgabe 28/2020, <<https://www.freitag.de/autoren/elske-rosenfeld/wackeliges-gedenken>>
- [62] *Chronik 1990: Deutsche Einheit – der Weg zur Währungsunion*, mdr (Mitteldeutscher Rundfunk), Februar 1990, <<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/waehrungsunion/geld-d-mark-wiedervereinigung-100.html#tabs-box2>>
- Einträge 6.2.1990 (Kohls Ankündigung der baldigen Währungsunion), 9.2.1989 (Widerspruch aus der BRD-Wirtschaft), 13./14.2.1990 (Reise der Modrow-Regierung nach Bonn).
- [63] *Die wirtschaftliche Lage der DDR vor der Wende 1989*, Die Bundesregierung, undatiert, Abruf am 18.8.2023, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/die-wirtschaftliche-lage-der-ddr-vor-der-wende-1989-317236>>
- [64] Matthias Jut, *RGW: Der sozialistische Wirtschaftsriese und sein Scheitern*, NDR (Norddeutscher Rundfunk), 5.7.2021, <<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/RGW-Geschichte-und-Scheitern-des-Wirtschaftsbuendnisses,rgw102.html>>
- [65] *Völkammer beschließt neues Wahlgesetz*, Chronik der Ereignisse 1989/90, Die Bundesregierung, Beauftragter für Ostdeutschland, undatiert, Abruf am 18.8.2023, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/volkammer-beschliesst-neues-wahlgesetz-390276>>
- [66] *Helmut Kohl in Leipzig gefeiert*, in *Halle beeiert*, Fotostrecke, Spiegel Geschichte, 19.06.2017, <<https://www.spiegel.de/fotostrecke/fotos-helmut-kohl-der-kanzler-der-einheit-fotostrecke-148522.html>>
- Bilder von Kohls Wahlkampfede am 14.3.1990 in Leipzig.
- [67] Wikipedia, Stichwort *Völkammerwahl 1990*, zuletzt bearbeitet am 7.6.2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/Volkammerwahl_1990>
- [68] Wolfgang Templin, *Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), Ausgabe 5-6/90, S. 370 ff., <<https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1990/1990-05-a-370.pdf>>
- [69] Marcus Böick, *Treuhandanstalt*, Bundeszentrale für politische Bildung, undatiert, Abruf am 20.8.2023, <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202195/treuhandanstalt/>>
- [70] Wikipedia, Stichwort *Bezirk (DDR)*, zuletzt bearbeitet am 17.2.2023, <[https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_(DDR))>
- [71] Silke Röbenack, *Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland*, Bundeszentrale für politische Bildung, 15.10.2020, <<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/der-lange-weg-zur-einheit-die-entwicklung-der-arbeitslosigkeit-in-ost-und-westdeutschland/>>
- [72] Alfred Herrhausen, *New Horizons in Europe*, in deutscher Übersetzung *Um Freiheit und Offenheit: Denken – Ordnen – Gestalten*, Redeentwurf für „Third Annual Arthur F. Burns Memorial Lecture“ vor dem „American Council on Germany“ in New York am 4. Dezember 1989, <<https://www.db.com/files/documents/2022/01-JAN/Alfred-Herrhausen--Denken-Ordnen-Gestalten--Um-Freiheit-und-Offenheit.pdf>>
- [73] Alexander Stünzling, *Detlev Karsten Rohwedder*, Lasalle-Kreis, undatiert, im Anhang der „Osterbrief“ vom 27.03.1991 „An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt“, Abruf am 20.8.2023, <<https://lassalle-kreis.de/node/1003>>
- [74] Mary Elise Sarotte, *Not One Inch*, New Haven 2021: Yale University Press, ISBN 978-0-300-25993-3, Sarotte S. 55/56: Am 8.2.1990 Kohls Zusage von Lebensmittelhilfe an Sowjetunion. Am 9./10.2.1990 in Moskau Zusicherungen an Gorbatschow und seinen Außenminister Schewardnadse, die NATO nicht nach Osten, auch nicht in die DDR, zu erweitern, durch Baker, Kohl und Genscher. Siehe auch: Nils Werner, *Wurde die Sowjetunion über den Tisch gezogen?* mdr (Mitteldeutscher Rundfunk) Geschichte, 30.03.2022, <<https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/zwei-plus-vier-verhandlungen-deutsche-einheit-nato-osterweiterung-putin-100.html>>
- Sarotte S. 121 und 135: US-Rolle in der Übergabe der sowjetischen Atomwaffen von Kasachstan, Belarus und Ukraine an Russland. Siehe auch: Emma Levashkevich, *Atomwaffen aus Russland: Die Folgen für Belarus*, DW (Deutsche Welle), 28.03.2023,

<<https://www.dw.com/de/atomwaffen-aus-russland-welche-folgen-hat-eine-stationierung-f%C3%BCr-belarus/a-65154820>>

- Sarotte S. 142: 1992 95% der US-Militärpräsenz in Europa in der BRD. Sarotte S. 191: US-Position 1994: Russland wird niemals NATO-Mitglied. Siehe auch: *Putins NATO-Wunsch stößt auf Skepsis*, Welt, 28.9.2001, <<https://www.welt.de/print-welt/article478463/Putins-Nato-Wunsch-stoesst-auf-Skepsis.html>>
- [75] *Archivfund bestätigt Sicht der Russen bei Nato-Osterweiterung*, Welt, Politik Ausland, 18.2.2022, <<https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/Nato-Osterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>>
- [76] Axel Wolfsgruber, *Baerbock will, dass Russland „jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“*, Focus, 2.5.2022, <https://www.focus.de/kultur/kino_tv/tv-kolumne-anne-will-baerbock-will-dass-russland-nicht-mehr-auf-die-beine-kommt_id_92735159.html>
- [77] *NATO Update February 1990*, Updated 23 August 2001, Abruf am 20.8.2023, <<https://www.nato.int/docu/update/1990/9002e.htm>>
- [78] *Einigung über deutsche Souveränität*, Die Bundesregierung, Chronik der Ereignisse 1989/90, Beauftragter für Ostdeutschland, 2023, Abruf am 22.8.2023, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/15-juli-1990-430096>>
- [79] Manfred Görtemaker, *Verhandlungen mit den Vier Mächten*, Bundeszentrale für politische Bildung, 19.03.2009, <<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43771/verhandlungen-mit-den-vier-maechten/#node-content-title-4>>
- [80] Wikipedia, Stichwort *Euromaidan*, zuletzt bearbeitet am 6. August 2023, <<https://de.wikipedia.org/wiki/Euromaidan>>
- [81] *Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas*, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.1.2019, Abruf am 20.8.2023, <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas/>>
- [82] Wikipedia, Stichwort *Präsidentenwahl in der Ukraine 2019*, zuletzt bearbeitet am 8.3.2023, <https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_der_Ukraine_2019>
- [83] *Die Bundesregierung und die gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im Frühjahr 2022*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen u.a., Deutscher Bundestag, Drucksache 20/6106 vom 22.3.2023, <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006106.pdf>>
- [84] „*Absolut unerwartet*“, Der Tagesspiegel, 09.12.2022, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/absolut-unerwartet-putin-zeigt-sich-enttauscht-von-merkel-wegen-ausserungen-zur-ukraine-9006844.html>>
- Angela Merkel: Das Minsk-II-Abkommen „war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“.
- [85] (beispielhafter Tagesbericht:) *OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) Daily Report 39/2022 issued on 19 February 2022*, OSCE, <<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512629>>
- [86] Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 117/2021, *Zum Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie der Deokkupation und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“*, 24. März 2021, (auf Ukrainisch, übersetzbar mittels Google Translator), <<https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>>
- [87] Frank Nienhuysen, *Russlands Faustpfand am Schwarzen Meer*, Süddeutsche Zeitung, 28.2.2014, <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukrainische-halbinsel-krim-russlands-faustpfand-am-schwarzen-meer-1.1900555>>
- [88] *U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership*, U.S. Department of State, November 10, 2021 <<https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>>
- [89] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, U.S. Congress, January 19, 2022, <<https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/3522/text/is>>
- [90] *Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteinmischung*, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-019/22, 16.03.2022, S. 6, <<https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>>
- Bedingungen, Kriegspartei zu werden. Erneute Befassung 2023: *Militärische Unterstützung der Ukraine: Wann wird ein Staat zur Konfliktpartei?* Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-023/23, 21.06.2023,

<<https://www.bundestag.de/resource/blob/957632/44633615ad0618f5cd38c35ad0a30fe4/WD-2-023-23-pdf-data.pdf>>

S. 34, Schlusssatz: „Das politische Schlagwort von der „Kampffetallianz“ geht jedenfalls schon rein semantisch über den logistischen Vorgang einer Lieferung von Flugzeugen hinaus“.

[91] Die Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2022, Statista, 5.5.2023,

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>>

[92] Die Staatsverschuldung der USA, Deutsche Bank, Finanzwissen, 1.6.2023,

<<https://www.deutsche-bank.de/pk/sparen-und-anlegen/finanzmarktexpertise/PERSPEKTIVEN/die-staatsverschuldung-der-usa.html>>

Diagramm in Billionen Dollar: 2009 12, 2017 21, 2023 31,5.

[93] Costs of War, Watson Institute, Brown University, Providence, RI USA, 2023, Abruf am 20.8.2023,

<<https://watson.brown.edu/costsofwar/figures>>

[94] General Petraeus: Putin is desperate and in an irreversible situation, DW News (Deutsche Welle), Interview mit Ines Pohl, Sep 28, 2022, 20:20 min

<<https://www.dw.com/en/petraeus-putin-is-desperate-and-in-an-irreversible-situation/av-63268034>>

Timecode 00:34 - 01:56 Atomwaffen würden Russlands Situation nicht umkehren, 07:36 - 09:30 aus eigener Einsatzerfahrung (Befehlshaber im Irak) Kampfpfänger M1 Abrams.

[95] Mathias Bölinger, *Streubomben auf Schritt und Tritt*, Deutschlandfunk, 1.5.2010,

<<https://www.deutschlandfunk.de/streubomben-auf-schritt-und-tritt-100.html>>

[96] Wikipedia, Stichwort *Iris-T*, zuletzt bearbeitet am 18.8.2023,

<<https://de.wikipedia.org/wiki/IRIS-T>>

[97] Anzahl der nuklearen Sprengköpfe weltweit 2023, Statista, Stand 12.6.2023,

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36401/umfrage/anzahl-der-atomsprengkoepfe-weltweit/>>

[98] Samuel Glasstone, Philip J. Dolan, *The Effects of Nuclear Weapons*, Washington, D.C. 1977: United States Department of Defense and Energy Research and Development Administration, Third Edition.

Siehe auch:

Manfred Hoffmann, *Kernwaffen und Kernwaffenschutz*, Lehrbuch, Berlin 1984: Militärverlag der DDR, 3., überarb. Auflage.

Siehe auch:

Druckwelle, Hitze und Strahlung, ICAN, undatiert, Abruf am 22.8.2023,

<<https://www.icanw.de/fakten/auswirkungen/druckwelle-hitze-strahlung/>>

[99] International Court of Justice, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Advisory Opinion of 8 July 1996*,

<<https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/95/7497.pdf>>

[100] Sonja Blaschke, 75 Jahre nach Hiroshima: „Die Diskriminierung wird nicht verschwinden“, Ärzte-Zeitung, 6.8.2020,

<<https://www.aerztezeitung.de/Politik/75-Jahre-nach-Hiroshima-Die-Diskriminierung-wird-nicht-verschwinden-411821.html>>

[101] Wikipedia (english), Stichwort *Arrow 3*, last edited on 18 August 2023,

<https://en.wikipedia.org/wiki/Arrow_3>

[102] Andrew Feickert, *The U.S. Army's Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW)*, Congressional Research Service, IF 11991, Updated March 31, 2023,

<<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991>>

[103] Wikipedia (english), Stichwort *OpFires*, last edited on 23 June 2023,

<<https://en.wikipedia.org/wiki/OpFires>>

[104] Wikipedia, Stichwort 9K720, zuletzt bearbeitet am 3. August 2023,

<<https://de.wikipedia.org/wiki/9K720>>

[105] Ryabov Kirill, *The project of operational-tactical missile complex 9K716 „Volga“*, Military Review, Strategic Missiles, Top War, October 19, 2016,

<<https://en.topwar.ru/102264-proekt-operativno-takticheskogo-raketnogo-kompleksa-9k716-volga.html>>

[106] John Vandiver, *New Army command in Wiesbaden to coordinate war support for Ukraine, report says*, Stars and Stripes, September 30, 2022,

<<https://www.stripes.com/branches/army/2022-09-30/eucom-army-ukraine-germany-7520540.html>>

[107] Ralf Bader, *Strukturelle Nichtverteidigbarkeit, Zur Aktualität der Verletzbarkeit moderner Industriestaaten*, W&F (Wissenschaft&Frieden), Heft 3/2023, August 2023, Thema Gesellschaft in Konflikt,

<<https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-3-gesellschaft-in-konflikt/>>

[108] Welche Ängste haben Sie vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine? Statista Research Department, 5.5.2023,

<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365248/umfrage/aengste-vor-dem-hintergrund-des-krieges-in-der-ukraine/>>

[109] Sondervermögen Bundeswehr – 100 Milliarden Euro für die

Bundeswehr, Bundesfinanzministerium, undatiert, Abruf am 19.8.2023,

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzien/Bundeshaushalt/Sondervermoegen-Bundeswehr/sondervermoegen-bundeswehr.html>

(83 Millionen Einwohner, also 100 Mrd. Euro = 4.800 Euro pro vierköpfige Familie. Deutscher Jahreset für Kitas und Schulen 110 Mrd. Euro (2020).)

[110] Sven Morgen, *Die NATO – Deutschland im Bündnis*, Bundeszentrale für politische Bildung, 05.07.2019,

<<https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/293297/die-nato/>>

[111] Übung *Air Defender 23*, Bundeswehr, 22.6.2023,

<<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/team-luftwaffe-auf-uebung/air-defender-23->>

[112] *Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Armed Forces Services Corporation“ (Nr. DOCPER-TC-57-11)*, Bundesgesetzblatt 2021, Teil II, Nr. 17, Pos. 1, 10.8.2021,

<https://media.offenegesetze.de/bgbl2/2021/bgbl2_2021_17.pdf>

Beispiel eines Bündels solcher deutschen Genehmigungen an US-Söldnerfirmen aus 2021, keine Sperrregelung für die Ex-DDR. Siehe auch:

<<https://fragenstaat.de/anfrage/aenderung-des-nato-truppenstatutes/#nachricht-728203>>

[113] Mandy Stobbe, *Lebenszufriedenheit in der DDR*, Bundeszentrale für politische Bildung, 22.3.2022,

<<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/504982/lebenszufriedenheit-in-der-ddr/>>

Siehe auch:

Johannes Grunert, *Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen ist unzufrieden mit der Demokratie*, Der Spiegel, 28.6.2023,

<<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-mehr-als-die-haelfte-der-ostdeutschen-unzufrieden-mit-der-demokratie-a-02976dd9-788d-42fc-bdb1-88ee86b62a97>>

Zitat: „Die Unzufriedenheit mit der Demokratie geht mit einer Sehnsucht nach der DDR einher – sie ist bei zwei Dritteln vorhanden.“

[114] Thomas Wiegold, *Kampfbrigade nach Litauen: Deutschland sagt erstmals Auslands-Stationierung zur Abschreckung zu – Zusammenfassung*, Augen geradeaus!, 26.6.2023,

<<https://augengeradeaus.net/2023/06/kampfbrigade-nach-litauen-deutschland-sagt-erstmalig-auslands-stationierung-zur-abschreckung-zu-zusammenfassung/>>

[115] *Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation*, Die Bundesregierung, Bulletin 42-97, 3. Juni 1997,

<<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/grundakte-ueber-gegenseitige-beziehungen-zusammenarbeit-und-sicherheit-zwischen-der-nordatlantikvertrags-organisation-und-der-russischen-foederation-1--803640>>

Hier betreffend: Abschnitt IV, 12. Absatz, „substantielle Kampftruppen“.

[116] Daniel Delhaes, „Der Platz für Schadenfreude ist besetzt von der AfD“, Interview mit Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, Der Tagesspiegel, 10.08.2023, S. 16,

<<https://www.tagesspiegel.de/politik/michael-kretschmer-uber-afd-erfolgen-nahboden-fur-protest-haben-die-verantwortlichen-in-berlin-bereitet-10286917.html>>

[117] *Beobachtete und künftig zu erwartende globale Klimaänderungen*, Umweltbundesamt, 21.6.2022,

<<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/beobachtete-kuenftig-zu-erwartende-globale#aktueller-stand-der-klimaforschung->>

[118] *Treibhausgasminderungsziele Deutschlands*, Umweltbundesamt, 2.5.2023,

<<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasminderungsziel-e-deutschlands>>

[119] Deutscher Wetterdienst, *Klimaszenarien (Zukunft)*, undatiert, Abruf am 15.08.2023,

<https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimaszenarien/klimaszenarien_homenode.html>

[120] *Weltklimabericht 2023, Sachstandsberichte der IPCC*, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, März 2023,

<<https://www.lpb-bw.de/ipcc>>

[121] Thilo Schmidt, *Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches 1990*, Deutschlandfunk Kultur, 14.7.2015,

<<https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-10-der-verfassungsentwurf-des-runden-tisches-100.html>>

[122] International Court of Justice, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons*, Overview of the Case, 8 July 1996,

<<https://www.icj-cij.org/case/95>>

Autor: Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin, Physiker, parteilos. Stand 15. September 2023